

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Unsere Klassenposition

Der Marxismus hat drei Hauptbestandteile: den dialektischen Materialismus, die politische Ökonomie und die Lehre vom Klassenkampf. Jene, die ihn für überholt erklären, bemühen sich in der Regel zuerst um die Demontage seines Klasseninhalts. Bekanntlich wurde auf dem notorischen „Sonderparteitag der SED“ im Dezember 1989 nicht nur Lenin unter den Vorvätern durch Bernstein ersetzt, sondern auch die Klassenkampf-Konzeption aufgekündigt. Seitdem kommt dieser Begriff in der Sprache der PDS ebensowenig vor wie jeder Bezug auf die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft.

Einige Monate später – er hatte inzwischen sein „richtungweisendes“ Buch über den „dritten Weg“ veröffentlicht – erläuterte Gregor Gysi im ND, was er von der Marxschen Theorie für verzichtbar halte. Nur (!) in zwei Fragen sei er „vom Marxismus weg“: in der Frage der Macht und in der Frage des Eigentums. Mit anderen Worten: Vom ganzen. Denn die Quintessenz der Erkenntnisse der Klassiker besteht gerade darin, daß der Sozialismus auf zwei entscheidenden Stützfeilern ruht, die zugleich seine Voraussetzungen sind: die Arbeiterklasse und deren soziale Bündnispartner müssen ihre politische Herrschaft errichten, um den Kapitalisten die entscheidenden Produktionsmittel zu entziehen und Schritt für Schritt zu einer ausbeutungsfreien Gesellschaft zu gelangen.

Man kann darüber streiten, worin die Vorzüge und die Defizite der DDR bestanden. Aber eins ist unleugbar: Sie bleibt deshalb objektiv die größte Errungenschaft nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern auch unseres ganzen Volkes, weil sie dem Kapital vier Jahrzehnte lang in einem Drittel Deutschlands Macht und Eigentum entzog. Die Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war ein Vorgang ohne Präzedenz in der deutschen Geschichte.

Wie erklärt sich nun die Tatsache, daß ganze Schwärme eifernder Renegaten gleich Leichenfledderern über die längst verflossene DDR herfallen und deren angebliche Häßlichkeit zu beweisen suchen? Das Überlaufen mancher, die gestern noch volltönend den Sozialismus besangen und heute zu den ideologischen Wortführern des Kapitalismus gehören, besitzt eine gemeinsame Wurzel: das Abgehen von der Marxschen Klassenkampflehre, das Versinken im Morast bürgerlicher Gesellschaftstheorien. Wer den Kompaß der Klassenorientierung verliert, gerät unweigerlich in die Irre. Er büßt seine solide Urteilsfähigkeit und das Vermögen ein, dem permanenten Druck der bourgeo-

sen Ideologie und den Verlockungen der kapitalistischen Fassaden-Demokratie zu widerstehen.

Der Grundantagonismus der Gesellschaft, die jetzt wieder ganz Deutschland beherrscht, ist der unversöhnliche Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, die vom Klassegegner als „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ deklariert werden. Eine Täuschung, die verfängt. Zwischen beiden Hauptklassen vollzieht sich ein ständiger Konflikt, den der Marxismus als Klassenkampf bezeichnet. Dabei handelt es sich um einen höchst realen Vorgang, der zugleich durch das subjektive Verhalten der Kontrahenten bestimmt wird. Wo sich Gewerkschaftsführer mit Spitzengehältern und SPD-Parteibuch trotz gelegentlichen Aufmuckens nach wie vor konformistisch verhalten, wo große Teile der ausgebeuteten Klasse vorerst noch auf dem Niveau der Arbeiteraristokratie leben, ist es sehr schwer, massenhaftes Klassenbewußtsein zu erzeugen.

Übrigens sind nicht wenige Linke von lähmender Orientierungslosigkeit betroffen. Noch immer geistert z. B. die Mär vom „Sozialstaat“ herum. Und was sich bisweilen an Klassenindifferenz einstellt, ist verblüffend. Beispiel Irak. Ein kommunistischer Funktionär aus Essen erklärte kürzlich: „Die Souveränität (Iraks!) muß genutzt werden für demokratischen und sozialen Fortschritt.“ Das traditionsreiche Wochenblatt „Unsere Zeit“ propagiert leider beharrlich die Positionen eines Flügels der KP Iraks, der zwei Minister in die von der CIA durchsetzte Bagdader Quisling-Regierung entsandt hat. Es druckte sogar einen Leitartikel aus dessen Zentralorgan unter der das Marionettenregime aufwertenden Schlagzeile „Vor der irakischen Regierung stehen wichtige Aufgaben“. Am 9. Juli distanzierte sich die UZ zwar von dieser „Regierung“, rechtfertigte aber weiterhin die Teilnahme der KP mit der Bemerkung, nur so könne „ein Bürgerkrieg“ verhindert werden. Der irakische Widerstand wurde wie bisher herabgesetzt. Das ist die Folge einer „klassenneutralen“ Haltung in dieser Frage.

Der „RotFuchs“ plädiert nicht für dogmatische Enge und sektiererische Abschottung gegenüber Vertretern anderer sozialer Kräfte, deren Beitrag zum Kampf gegen die faschistische Gefahr und für die Verteidigung des Friedens willkommen ist. Entschieden antikapitalistisch, steht er jedoch im Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital eindeutig auf der proletarischen Seite der Barrikade.

Klaus Steiniger



INHALT

| | |
|--|------|
| Beinahe lauter Europawahl-Sieger | S. 2 |
| Stimme und Faust der Nation | S. 3 |
| Hintergründe des 13. August 1961 | S. 4 |
| Kreuzberger Mauerlegenden | S. 4 |
| Die BRD – ein Rechtsstaat? | S. 5 |
| Weshalb die Westalliierten zu „Befreiern ganz Europas“ hochstilisiert wurden | S. 6 |
| Makabre D-Day-Souvenirs | S. 6 |
| Wie die DKP konstituiert wurde | S. 7 |
| Was war die Nationale Front? | S. 8 |
| Die Selbsttore der Berliner PDS | S. 9 |
| Merkwürdiges aus Meck-Pom | S.10 |
| Hut ab vor Püttlinger Genossen! | S.11 |
| Mörderische „Gesundheitspolitik“ | S.12 |
| Der Fall des Wirtschaftsprofessors Horn | S.13 |
| Leserdebatte: War es wirklich eine Konterrevolution? | S.14 |
| Zur Bildungspolitik der BRD | S.15 |
| Von der Katjuscha zur Kursk | S.16 |
| Hans Heinz Holz bei Schülern „RotFuchs“-Förderverein im Netzwerk Cuba | S.17 |
| Hamburgs Vatti Hoffmann | S.18 |
| Besetzung des Palasts der Republik durch das Kapital | S.19 |
| Milliarden Patronen | S.19 |
| Die „Tongking-Golf-Affäre“ | S.20 |
| Wofür steht Hugo Chávez? | S.21 |
| Im griechischen Märtyrerdorf Distomo | S.22 |
| Putin und die Restauration | S.22 |
| Zum 60. Jahrestag des Pariser Aufstandes | S.23 |
| Oberst Henri Rol-Tanguy | S.23 |
| 1954: Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz | S.24 |
| Ein Kommunist – Speaker des indischen Parlaments | S.24 |
| PTB errang Achtungserfolg | S.24 |
| Die Gneisenau-Ente | S.25 |
| Einkaufsfahrt nach „Brandenburg“ | S.25 |
| 1. Regionalgruppen-Konferenz | S.26 |
| ND auf Fuchspirsch | S.26 |
| Fritz Bringmann – ein großes Leben | S.27 |
| Erholung in Heideruh | S.27 |
| Werner Seelenbinder – ¡Presente! | S.28 |
| Leserbriefe | S.29 |
| Anzeigen / Impressum | S.32 |

Das politische Kaleidoskop nach den Europawahlen 2004

Beinahe lauter Sieger

Mit Ausnahme der SPD, die bei den Wahlen vom 13. Juni über die Sozialkahl-schlags-„Agenda 2010“ ihres Kanzlers stolperte und in das tiefe Loch der Wählerunzufriedenheit fiel, zeigten sich die anderen staatstragenden Wahlvereine mit den Ergebnissen hoch zufrieden.

Nun sind Wahlen, bei denen es – zieht man die Schröder-Partei ab – lauter Sieger gibt, zwar ein Novum. Doch unvermeidlich muß auf den Genuß von solch „Hochprozentigem“ Ernüchterung folgen. Das politisch gewichtigste Resultat dieser Urnengänge (ob es sich nun um die „Europawahlen“, die Landtagswahl in Thüringen oder diverse Kommunalwahlen handelte) gibt nämlich reichlich Anlaß für Katerstimmung danach: An der Europawahl nahmen weniger als 43 % der bundesdeutschen Wähler teil; bei den Abstimmungen zu Landtag und Kommunalvertretungen sah es ähnlich trostlos aus. Wenn weit über die Hälfte der Bürger Stimmenthaltung übt, reichen die routinemäßigen „Erklärungsmuster“, die zu schönes Ausflugs Wetter oder politische Apathie als Ursache solcher Enthaltensamkeit vorschützen, kaum noch aus. Das massenhafte Fernbleiben von den Wahlkabinen ist ganz eindeutig bewußtes Protestvotum. Mehr noch: Es stellt eine Absage an jene repräsentative Fassadendemokratie dar, bei der sich der Bürger mit der Stimmabgabe nahezu selbst entmündigt, denn von nun an liegt die Entscheidungshoheit bei Mandatsträgern, die sie erfahrungsgemäß ganz anders nutzen als vor der Wahl versprochen. Zugleich widerspiegelt sich in der Wählerabstimmung ein enormer Vertrauensverlust in die hiesige systemkonforme und staats-tragende Parteiendemokratie.

Vor dem Hintergrund mehrheitlicher Wahlverweigerung büßen auch die schönsten Prozentzahlen erheblich an Gewicht ein, weil sie eben nur eine relative Größe repräsentieren. Gemessen am tatsächlichen Wählerpotential, also der Zahl der Wahlberechtigten, erweisen sich selbst die euphorischsten Gewinner vom 13. Juni als Verlierer – sie alle haben im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen absolut an Stimmen eingebüßt.

Soweit das konservative oder in deren Richtung degenerierte Parteien betrifft, ist das für Linke weniger von Belang. Anders verhält es sich jedoch, was das Abschneiden der Kräfte angeht, die als kapitalismuskritisch gelten. An ihrem noch immer beachtlichen Potential gemessen, also vor allem um die PDS. Die DKP, die

erstmalig seit 1989 an einem bundesweiten Wahlgang teilnahm, konnte mit ihren minimalen personellen und finanziellen Möglichkeiten keinen massenwirksamen Wahlkampf führen; sie wurde so mit bundesweit 0,1%, in Ostberlin 0,6%, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt 0,3% nur von einer politischen Minderheit als Möglichkeit wahrgenommen, ein konsequentes Zeichen zu setzen.

Mit einem Stimmenanteil von 6,1% bei der Europawahl gelang der PDS der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Dieser unbestreitbare Erfolg veranlaßte manchen Kommentator (siehe „junge Welt“ vom 28. 6.) zu der Wertung, damit habe sie sich „als ostdeutsche Regionalpartei von bundespolitischer Bedeutung zurückgemeldet“. Als Möglichkeit trifft das durchaus zu. Ob diese aber auch genutzt wird, steht auf einem anderen Blatt. Das dürfte entscheidend davon abhängen, ob auch von Führung wie Basis der PDS begriffen wird, wodurch sich vor allem der Erfolg vom 13. Juni erklärt.

Keine Abstriche sind an dem engagierten Wahlkampf zu machen, bei dem sich die PDS als soziale Oppositionskraft darzustellen vermochte. Sie zog eine wichtige Lehre aus ihrem Debakel bei der Bundestagswahl 2002. Damals scheiterte die PDS, weil sie als bloße Mehrheitsbeschafferin für Schröder und Co., ohne eigenes Profil, agierte. Diesmal hingegen entsprach sie einem Erfordernis, wie es ihre Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch formuliert hatte: „Mehr Eigenständigkeit gegenüber der SPD“ zu zeigen und sich nicht damit zu begnügen, „als Appendix der SPD“ zu gelten (ND 2. 6. Mit entschiedener Ablehnung der Schröderschen „Agenda 2010“ und eigenem Gegenentwurf zu dieser konnte die PDS eingebüßtes Ansehen als Anwältin sozialer Gerechtigkeit zurückgewinnen. Auch hielten sich ihre Wortführer vor der Wahl sichtlich damit zurück, demonstrativ ihre Totalabgrenzung von der DDR-Vergangenheit vorzuführen.

Als Oppositionskraft mit – im schroffen Gegensatz zur konservativen „Opposition“ von CDU/ CSU und FDP – sozialer Orientierung wurde die PDS für viele mit dem Kurs der „rot-grünen“ Regierung Unzufriedene eine akzeptable Alternative: Sie erhielt diesmal die Stimmen von 270 000 einstigen SPD-Wählern, außerdem votierten 110 000 bisherige Nichtwähler für sie. Das jedoch sollte nicht zu Trugschlüssen verführen, denn: Zugleich büßte die PDS

im Vergleich sogar zu der für sie desaströsen Bundestagswahl 2002 von ihrem Wählerstamm noch einmal 330 000 Stimmen ein. 930 000 PDS-Wähler wechselten diesmal ins Lager der Nichtwähler. Dieser Verlust konnte durch Zuwanderungen wie die erwähnten nicht voll ausgeglichen werden.

Die vorhandene Chance, künftig als politische Kraft „von bundesdeutscher Bedeutung“ tatsächlich eine Rolle spielen zu können, wird nur nutzbar, indem sich die PDS als konsequente Interessenvertreterin der Unzufriedenen, Benachteiligten und Ausgegrenzten Glaubwürdigkeit erwirbt und dadurch erheblich stärkeren Zulauf aus diesem enormen Potential erfährt.

Als nachhaltig kontraproduktiv erweist sich dabei jedoch, daß die PDS in Berlin wie in Mecklenburg-Vorpommern durch ihre Regierungsteilnahme als Gehilfin der Sozialdemokratie bei deren unsozialer Politik tätig ist. Kein Zufall deshalb, daß sie am 13. Juni prozentual wie absolut die stärksten Einbußen in diesen beiden von ihr „mitregierten“ Ländern hinnehmen mußte. Um welche Größenordnungen es sich dabei handelte, belegt das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: Erhielt die PDS dort bei den Europawahlen von 1994 noch 230 000 Stimmen (= 27,3 %), so schrumpfte das Ergebnis 1999 auf 165 000 Stimmen (= 24,3 %), um in diesem Jahr auf den Tiefstand von 130 000 Stimmen (= 21,7%) zu fallen. Peter Ritter hatte als PDS-Landesvorsitzender durchaus Grund, seine Partei „angesichts des Stimmenverlustes“ vor Selbstzufriedenheit zu warnen (SVZ, 28. 6.).

Wenn „von links“ Kritik am Kurs der PDS-Führung geübt wurde und weiterhin wird, weil die sich vom Sozialismus verabschiedet hat und ihre Partei aus einer antikapitalistischen in eine bloß noch kapitalismuskritische Kraft umwandelte, sollte das nicht als pauschale Ablehnung mißdeutet werden. Auch als „zweite sozialdemokratische“ Partei in der BRD, die im Unterschied zum Original noch einstige Grundwerte der Sozialdemokratie verteidigt, ist die PDS für Linke ein gesellschaftliches Korrektiv, dem eine wichtige Rolle zukommt. Ihre Verantwortung liegt nicht zuletzt darin, daß sie durch entschlossene Wahrnehmung der Interessen der Lohnabhängigen und an den Rand der Gesellschaft Gedrängten verhindern muß, daß immer mehr Unzufriedene der neonazistischen Demagogie erliegen. Die Wahlen vom 13. Juni signalisierten, daß diese Gefahr besteht und – europaweit – zunimmt.

Ihr zu begegnen ist die politische Pflicht sowohl der PDS – von der Basis bis zur Führung – als auch jener Sozialisten, die sich (wie im „RotFuchs“) polemisch als Kritiker dieser Partei zu Wort melden.

Wolfgang Clausner

In diesem deutschen Staat
besetzt den Platz
der Politik-Elite – Bodensatz.

Regieren der Bosse Genossen,
regiert das Wahlvolk verdrossen.

Paul Brennglass

Stimme und Faust der Nation



Grafik: Arno Fleischer

Der 60. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns ist uns Veranlassung, einige Stationen seines kampferfüllten Lebensweges nachzuzeichnen.

Am 16. April 1886 in Hamburg geboren, verließ Ernst Thälmann als Sechzehnjähriger das Elternhaus.

Im Mai 1903 wurde er Mitglied der SPD. Ein Vierteljahr fuhr der junge Genosse zur See, arbeitete dann unter anderem als Schaueremann, beim Möbeltransport und längere Zeit – zumeist als Kutscher – in Wäschereibetrieben. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatte er sich, jetzt 28 Jahre alt, zu einem von den Arbeitern geachteten Funktionär entwickelt.

Anfang Januar 1915 erhielt er den Gestellungsbefehl. Unter dem Eindruck des Völkergemetzels vertiefte sich Thälmanns antikapitalistische Überzeugung. Als im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegründet wurde, betrachtete er sich als Mitglied, obwohl er als Soldat formell keiner Partei angehören durfte. Im Lazarett erreichte ihn die Nachricht von der Oktoberrevolution in Rußland. Auf eigene Faust verließ er am 9. November 1918 die Truppe.

Im März 1919 wählten ihn die Arbeiter in die Hamburger Bürgerschaft. Zwei Monate später wurde er Vorsitzender der USPD in der Hansestadt.

In gemeinsamen Aktionen festigte sich die Kampfgemeinschaft der KPD und des linken Flügels des USPD. Sie bewährte sich bei der Niederwerfung des Kapp-Putsches im März 1920. In Hamburg leitete Ernst Thälmann den Aktionsausschuß der USPD gegen die Putschisten.

Wesentliche Hilfe erhielt das Ringen des revolutionären deutschen Proletariats durch Lenin und die Komintern. Mit allem Nachdruck setzte sich Thälmann für einen Anschluß an die KI ein. Er gehörte zu der Mehrheit der Delegierten des Halenser USPD-Parteitags, die im Oktober 1920 dafür und für die Vereinigung mit der KPD stimmte.

Im Dezember 1920 wurde Thälmann zum Mitglied des Zentralausschusses der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt. Sein Hauptwirkungsfeld blieb zunächst Hamburg, wo er später eine führende Rolle beim proletarischen Aufstand spielte.

Im Mai 1923 wurde er in die Zentrale der KPD gewählt. Seit Mai 1924 war Thälmann auch Abgeordneter des Reichstags,

in dem er konsequent die Interessen der Werktätigen verfocht. 1925 wurde er zum Vorsitzenden des Roten Frontkämpferbundes gewählt.

Im Frühjahr desselben Jahres kandidierte er erstmals bei den Reichspräsidentenwahlen. In etwa 25 Städten stellte er sich als Kandidat vor und erläuterte die Politik der Partei. Innerhalb weniger Wochen lernten ihn Hunderttausende kennen.

Ernst Thälmann war 39 Jahre alt, als er an die Spitze der KPD trat. Zu seinen engsten Mitstreitern zählten Fritz Heckert, Ernst Schneller und Wilhelm Pieck, um nur einige zu nennen. Thälmanns bedeutendste Leistung war sein Anteil an der Entwicklung der KPD zu einer schlagkräftigen proletarischen Kampfpartei. Unter der Losung „Keinen Pfennig den Fürsten! Brot und Arbeit dem werktätigen Volke!“ organisierte die KPD zahlreiche Versammlungen und Kundgebungen. Die Bewegung erfaßte die Masse der Werktätigen, auch die Mehrheit der in der SPD organisierten Arbeiter. 12,5 Millionen Wahlberechtigte trugen sich in die Listen für einen Volksentscheid ein, dreimal soviel, als zu dessen Einleitung notwendig waren. Die KPD verstärkte ihre Anstrengungen, die Massen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu mobilisieren. Der von Thälmann angeführte Aufmarsch des RFB wurde von 500 000 Berliner Arbeitern begleitet. Das war die größte Demonstration in der Hauptstadt seit 1922. Unvorstellbares Elend brachte die Weltwirtschaftskrise den Werktätigen.

Die Reichstagswahlen im September 1930 bestätigten, wie berechtigt die KPD vor der faschistischen Gefahr gewarnt hatte. Die Nazis erhielten 6,4 Millionen Stimmen gegenüber 800 000 im Jahre 1928.

Die Lage spitzte sich im Sommer und Herbst 1932 weiter zu. Über sieben Millionen Menschen waren ohne Arbeit. Arbeitslosenunterstützung, Löhne, Gehälter und Renten wurden weiter gesenkt. Am 22. Januar 1933 organisierten die Nazis vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD, einen Aufmarsch ihrer braunen Kohorten. Erneut appellierte Ernst Thälmann an die Kommunisten, das Kampfbündnis mit allen Antifaschisten zu schließen.

Am 3. März 1933 fiel der KPD-Vorsitzende in die Hände der Gestapo. Während der mehr als 11jährigen Haft, sowohl in Berlin als auch später in Hannover und Bautzen, bestand Verbindung zwischen ihm und der Partei. Sie lief vor allem über seine Frau Rosa und später zunehmend auch über seine Tochter Irma sowie über Rechtsanwälte. Befreiungsbemühungen der KPD schlugen fehl.

In der Nacht zum 18. August 1944 wurde Ernst Thälmann im Konzentrationslager Buchenwald, wohin man ihn aus Bautzen gebracht hatte, auf Befehl Hitlers ermordet.

Burkhard Kammhoff

Zu Hintergründen des 13. August 1961

Da sich der Tag bald wieder jährt und zu erwarten ist, daß viele Halbwahrheiten und Entstellungen in den Medien präsentiert werden, möchte ich als Zeitzeuge meine Sicht auf diese Ereignisse darlegen. Die heutige „Lesart“ über die Maßnahmen des 13. August soll, so hat man zumindest den Eindruck, insbesondere jüngeren Menschen ein Bild der Willkür des DDR-Staates vermitteln, ohne auch nur ansatzweise die konkrete Situation des Kalten Krieges zwischen NATO und Warschauer Vertrag (damit auch zwischen BRD und DDR) in den Jahren von 1958 bis 1961 zu berücksichtigen. Es gab zwei objektive Gründe für die militärische Sicherung der Staatsgrenze zur BRD und zu West-Berlin.

1. Von 1958 bis 1961 mehrten sich Kriegszugübungen der NATO im grenznahen Raum zur DDR. Manöver wie Wolf Jaune, Tigre Jaune, Side-Step, Wallenstein I bis IV, Hold Fast, Bone Dry, Winter Shield I und II mußten für die Führung der Warschauer Vertragsstaaten zwangsläufig zu der Schlußfolgerung führen, daß der Kalte Krieg ohne eigene Schutzmaßnahmen in einem 3. Weltkrieg mündet! So war zum Beispiel die angenommene Manöverlage

im September 1960 bei der großen Truppenübung „Hold Fast“ im Raum Schleswig-Holstein und Jütland kombiniert mit der Seekriegsübung „Bone Dry“, daß ein Vorstoß über eine angenommene „Demarkationslinie“ die Kampfhandlungen eröffnete. Es wurden Brückenköpfe gebildet und kombinierte Luft-See-Landungen mit imitiertem Einsatz von atomaren Sprengkörpern durchgeführt. Das Übungsgelände ähnelte auffallend der DDR-Küste. 45 000 Soldaten und 12 000 Räder- und Kettenfahrzeuge gelangten zum Einsatz. (In: Wehrkunde, München, Heft 11, November 1960, S. 575 f.)

Eine ähnliche „Ausgangssituation“ lag den großen NATO-Manövern „Winter Shield I und II“ zugrunde, die Anfang 1961 stattfanden. Auch hier wurde der Stoß gegen die DDR – diesmal unter winterlichen Bedingungen – geprobt. Dabei ging die Manöverlage davon aus, daß ein „innerdeutscher Konflikt“ die erste Phase eines möglichen Krieges gegen die Staaten des Warschauer Vertrages sein könnte. (In: Wehrkunde, Heft 3, März 1961 f.)

Bezeichnend ist, daß alle Operationen einen Blitzkrieg mit möglichem Einsatz von atomaren Waffen voraussetzten!

2. Eine Lehre aus dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR bezieht sich auf die ungenügende Sicherung ihrer Staatsgrenze (kaum pioniertechisch ausgebaut, wenig und unzureichende Kampftechnik an der Grenze). Die Grenztruppen der UdSSR waren damit nicht in der Lage, den Gegner aufzuhalten und den grenznah stationierten Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der UdSSR die benötigte Zeit zur Entfaltung zu gewährleisten. Dieser Fehler sollte sich an der Grenze der beiden Militärblöcke nicht wiederholen.

Als Leiter einer operativen Gruppe der Grenztruppen der DDR bei Kommando-Stabsübungen der sowjetischen Streitkräfte in der DDR und der NVA (wie „Sewer“/Norden) stellte ich fest, daß die Sorge der Kommandeure der Sowjetarmee um eine militärisch gesicherte Grenze zur NATO ständig spürbar war. Sie, die zum Teil noch Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg hatten, wußten um die Gefahren eines gegnerischen „Manövers“ in den oben genannten Ausmaßen!

Peter Oldenburg, Oberst a. D.

Kreuzberger Mauer-Legenden

Drei Jahrzehnte lang lag Kreuzberg, der östlichste Stadtbezirk des Westens, von der Mauer wie von einem sanften Boxerhandschuh fest umschlossen, derart in die große Mauerbeuge eingefügt, daß zu Zeiten politischer Aufregung, etwa beim Berlin-Besuch des US-Präsidenten Reagan, ein Dutzend Polizeiwannen reichten, um den verdächtigen SO-36-Pöbel entlang des Landwehrkanals einen ganzen Tag lang einzusperren.

Aber wer da ein- und wer ausgesperrt war, ist nicht immer klar gewesen. Ich erinnere mich mit Freude an eine Aktion des BUM (Büro für ungewöhnliche Maßnahmen)

mit dem humorvollen Event-Erfinder Kurt Jotter. Die Kottbusser Brücke wurde mit Mauer-Attrappen abgesperrt, Pässe gestempelt bei Aus- und Einreise, und mehr oder weniger ernsthaft die Ausrufung der Kommune Kreuzberg erwogen – eine auch heute noch verlockende Idee!

Jedenfalls hatte die Grenze für Kreuzberger wenig Schrecken, im Gegenteil. Die Mauer der letzten Jahre, das war der einzige ruhige Platz in Berlin. Stundenlange Spaziergänge, unbelästigt von kontrollierenden Zivilstreifen, das war im Zuge der präventiven Straßensäuberungen, die Innensenator Kewenig zur Vorbereitung der IWF-Gipfel oder der Reagan-Besuche durchzog, nur noch auf dem schmalen Grenzstreifen vor der Mauer möglich, überall sonst wurde gefilzt, geschlagen, wegverhaftet, wer nicht gerade Schlips und Anzug trug und wie ein Banker aussah. Bekanntlich verlief die Mauer nicht genau auf der Grenzlinie, sondern ca. fünf Meter nach Osten versetzt, und da durfte kein Westpolizist seinen Fuß hinsetzen. Ich wußte nicht, wo man sich so ruhig nackt sonnen konnte, ein Haschpfeifchen reinziehen oder andere kleine illegale Sachen machen wie auf der Lohmühleninsel oder an den Treptower Ufern. Einmal gab es in der Zimmerstraße eine mörderische Prügelei von Kreuzberger Autonomen mit der Moon-Sekte. In Todesangst flohen unsere „Antifas“ auf den Mauerstreifen und wurden von den DDR-Grenzern vor den rechten Schlägern beschützt. Ausgerechnet die ehemals linke taz mokierte sich über dieses „groteske Bündnis“, dem

Redakteur wurde für diese Gemeinheit im Waldekiez sein Auto demoliert, allerdings während er drinsass ...

Schön war der Mythos vom Kubat-Dreieck: Tausende junge Menschen aus ganz Europa hatten im Sommer 1987 mehrere Monate lang ein großes Stück Niemandsland am Potsdamer Platz besetzt, das die DDR an den Berliner Senat verkauft hatte, aber noch bewachte. Unter dem Schutz der Grenzer, die auf Leitern kletterten, um über die Mauerkrone hinweg alles neugierig zu registrieren, entwickelte sich eine Art alternatives Leben, von dem die Dabeigewesenen heute noch träumen. Die Westpolizei tobte, schikanierte und provozierte und wollte täglich „das Gesocks da“ abräumen, aber die Ostgrenzer verwiesen sie stets strenge von ihrem „Derridorium“. Über die Mauer lächelnd schützten sie das wilde gute Leben. Am 1. Oktober stürmte endlich die Polizei kriegsmäßig das Gelände, riß Häuser und Zelte mit Bulldozern ein, vernichtete Kunstwerke, Tiere und von manchem das letzte Eigentum. Zweihundert junge Leute flüchteten vor dem CS-Gas über die Mauer, erhielten Kaffee, Zigaretten und Asyl. Aber diese Erinnerung ist der Weltpresse keine Zeile wert. Es ist für die Antikommunisten aller Schattierungen ja auch zu und zu peinlich, daß ausgerechnet das Prunkstück ihrer Kalte-Kriegs-Hetze gegen sie zeugt: Tatsächlich ist es ein unumstößliches historisches Faktum, daß über die Mauer mehr Leute von West nach Ost geflüchtet sind als umgekehrt!

Dr. Seltsam

Die Garde unserer 65er wächst weiter an

Herzlich gratulieren wir

Hanne List

aus Nürnberg (1. August),

Elfriede Matthias

aus Berlin (5. August),

Heinz Oehme

aus Chemnitz (12. August) und

Klaus Wilhelm

aus Berlin (24. August),

die jetzt ins gesetztere Alter eintreten. Wir wünschen ihnen maximale Gesundheit, Standhaftigkeit und Mut für den nächsten Lebensabschnitt.

Warum die Bundesrepublik Deutschland kein Rechtsstaat ist

Netz aus gesetzlichen Schlupflöchern

Trotz immer geringer werdender Akzeptanz sozialdemokratischer Politik klingt aus den maßgeblichen Führungsetagen auch nach ständigen Wahniederlagen ein fortwährendes „Weiter so!“ Angeblich gäbe es zu der gegenwärtigen Politik keine Alternative. Die „Deutungshoheit“ liegt in der Kompetenz der Medien. Die Schröder-Regierung habe schließlich eine Friedensmission erfüllt, als sie sich gegen den Irak-Krieg der Bush-Administration wandte, behaupten sie. Als Krönung mannigfacher Verkündigungen heißt es zynisch, die „Agenda 2010“ komme allen zugute. Die soziale Akzeptanz der „Reformen“ werde in dem Maße wachsen, wie die Vermittlung ihrer Substanz zum Umbau des „Sozialstaates“ an Überzeugungskraft gewinne. Hinterfragen wir jedoch Schein und Wirklichkeit, Anspruch und Realität dieser Politik, so wird die tiefe Kluft zwischen verbaler Verkündung und objektiver Analyse immer offensichtlicher: Schon längst ist in der BRD eine große Koalition am Werke, um gerade auch militärische Gewalt direkt oder indirekt überall dort einzusetzen, wo vorwiegend ökonomische Interessen deutscher global agierender Großunternehmen zu bewahren und erweitert durchzusetzen sind.

Natürlich war und ist es nur zu begrüßen, wenn bisher deutsche Soldaten nicht direkt in Irak eingesetzt wurden. Doch werden die Bush-Krieger durch die imperiale deutsche Politik nicht schon längst militärisch flankiert? Es gab und gibt eine zuverlässige logistische Unterstützung der Okkupanten nicht nur auf dem Territorium der BRD. Der BND hat sich bei der massiven Erfindung von Kriegsgründen gerade auch dadurch hervorgetan, daß er ebenfalls die Stationierung von Massenvernichtungswaffen in Irak für möglich hielt. Die Bundeswehr entlastet zudem in Afghanistan ganz erheblich die USA-Militärs. Zuvor war mit der deutschen Teilnahme am Balkankrieg ein wesentliches Tabu gebrochen worden. Die Öffentlichkeit wurde auf kriegerische Handlungen in Irak systematisch eingestimmt. In der UNO hat man mit dem Engagement deutscher Diplomaten den Besatzern Absolutum erteilt. Schließlich: Die militärischen Ambitionen in der EU-Verfassung wurden und werden von den Schröder, Merkel, Stoiber und Fischer nicht nur gebilligt, sondern sind vorab mitbefördert worden. Ist es angesichts dieser und anderer Tatsachen legitim, die derzeitige Politik als friedensfördernd zu deklarieren? Das Gegenteil ist der Fall!

Wie es um den Rechtsstaat steht, wird schlagartig an der heuchlerischen Aufregung über die beabsichtigte Steuer-Abzocke des Mobilfunkkonzerns Vodafone deutlich. Der gigantische Konzern will sogenannte Teilwertabschreibungen von ca. 50 Milliarden Euro geltend machen. Diese sollen ihm eine Steuerersparnis von

12,5 Milliarden Euro bringen. Wer muß für den Wertverlust der Vodafone-Aktien aufkommen? Natürlich die Steuerzahler! Dabei ist es sehr aufschlußreich, daß Steuerrechtler auf die Legalität des Vorhabens dieses Konzerns verweisen. Es sei doch üblich, Verluste steuermindernd zu minimieren. Der eigentliche Skandal ist demnach keineswegs die Handlungsweise dieser Konzernleitung. Jetzt empören sich ausgerechnet jene Politiker am heftigsten, die Gesetze beschlossen haben, welche zwar sofort Schwarzfahrer abkassieren, aber den Konzernen Schlupflöcher eröffnen, damit sie ihre Steuerpflicht radikal verringern können oder ihr legal gar nicht nachkommen müssen. Mehr noch! Mit dem Segen Eichels, der angeblich fortwährend vor leeren Kassen steht, konnten im Jahre 2002 viele Kapitalgesellschaften im Rahmen der Körperschaftssteuern sogar Rückzahlungen erhalten. Vodafone ist kein Einzelfall, sondern charakterisiert ein System.

Das alles und noch viel mehr verlangt dringend eins: Ein solches Recht zu schaffen, das allen parasitären antisozialen Auswüchsen klare Grenzen setzt. Das meiste Unrecht auf wirtschaftlichem Gebiet stimmt nun einmal derzeit mit dem gültigen „Recht“ und seinen fehlenden Konsequenzen überein. Immense Überschuldung des Staates auf Kosten künftiger Generationen – keine Straftat. Horrende Bezüge selbst von unfähigen Managern – durchaus legal und geduldet, unangemessene Abfindungen – letztlich Schwamm drüber. Milliarden schwere Fehlentscheidungen à la Maut – kritikwürdig, aber ohne ins Gewicht fallende rechtliche Folgen. Die Rechnungshöfe prangern zwar jährlich eine eklatante Vergeudung von Steuergeldern an. Doch juristische Sanktionen bleiben weitgehend aus.

Ist es angesichts dieser und anderer krasser Fehlentwicklungen aufrichtig, ständig mit Pathos von einem „Rechtsstaat“ zu sprechen?

Schließlich ist die Behauptung, die „Agenda 2010“ komme allen zugute, schon eine Perversion. Warum eigentlich gibt es keine faktenmäßig untersetzte tendenzielle und prognostische gesellschaftliche Gesamtrechnung darüber, wann und wie der Bürger durch die „Agenda 2010“ den Gürtel enger schnallen, kräftige Einschnitte an seinem Lebensstandard hinnehmen muß? Weil dann kurz- und langfristig offensichtlich wird, daß diese Agenda keine Reform, sondern eine die Gesellschaft noch intensiver spaltende Deformation ist, die eben die Reichen noch reicher und wiederum die Armen noch ärmer macht: Die Zeitdauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes wurde gekürzt, die Zumutbarkeitsregeln für die Arbeit sollen enorm verschärft werden, das künftige Arbeitslosengeld II soll monatlich 331

Euro (Ost) und 345 Euro (West) betragen. Es ist vorgesehen, den Niedriglohnsektor zu erweitern, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verlängern, den Kündigungsschutz einzuschränken. 2004 wurde die Rentenanpassung nicht nur ausgesetzt, sondern der Rentenbeitrag zur Pflege- und Sozialversicherung erhöht. 2005 wird die Rentenbesteuerung eingeführt, Arztbesuche sind mit Eintrittsgeld verbunden und Zuzahlungen bei Medikamenten angehoben worden.

Zugleich ist es fatal, daß eigentlich erhebliche volkswirtschaftliche Auswirkungen dieses Sozialabbaus dünnlich ignoriert wurden. Oder war es etwa Absicht, die Inlandsnachfrage durch den Kaufkraftverlust verschiedener Schichten zu reduzieren, nicht die Vermittlung von Arbeitsplätzen, sondern die Bestrafung von Langzeitarbeitslosen und damit selbst ihrer Kinder durchzusetzen? Warum werden ständig Horrormeldungen über die Verlagerung von Betrieben ins Ausland oder demographische Fehlentwicklungen bei totaler Ausblendung der Produktivität der Arbeit lanciert? Hier sind doch objektive Analysen und nicht manipulierte Drohungen am Platze. Es ist angesichts dieser massiven antisozialen Politik absehbar, daß der Widerstand gegen die „Agenda 2010“ nicht nachlassen wird.

Prof. Dr. Harry Milke

Der „RotFuchs“ trauert um seinen langjährigen Leser

Prof. Dr. Mitja Rapoport

Ein außergewöhnlicher Mensch

Ein beispielhafter Kommunist

Ein großer Gelehrter

Genosse Mitja Rapoport bleibt uns unvergessen.

Einem letzten Wunsch unseres Genossen

Dr. Werner Klaus

Dresden

entsprechend wurden bei seiner Beisetzungsfier Spenden für den „RotFuchs“ gesammelt.

Wir sind tief berührt.

Weshalb die Westalliierten zu „Befreiern ganz Europas“ hochstilisiert wurden

Seit Monaten durften Millionen Zuschauer, bequem im Sessel zurückgelehnt, eine spannende Show erleben, den D-Day in der Normandie, die lange hintertriebene Errichtung der „Zweiten Front“. Krieg life ersetzte zeitweilig den sonst üblichen Einsatz von Sex, Crime und volksverdummenden Talks. Nun sollte geschichtliche Wahrheit ans Licht kommen. Oder war es eine der Manipulationen hinter der Nebelwand historischer Erinnerungen? Zunächst: Konservative Historiker wissen, daß der „öffentliche Gebrauch“ Geschichte (gemeint ist das Geschichtsbild, H. S.) zum „Politikum“ macht: „Geschichte und Politik (sind) immer symbiotisch.“ (Jörg-Dieter Gauger in „Geschichtsbilder...“, Hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Freiburg i. Br. 2003) „Mit der Geschichte lassen sich Skandale kreieren, die Welt in ‚anständig‘ und ‚unanständig‘ aufteilen, in ‚gut‘ und ‚böse‘, lassen sich Debatten inszenieren, die über Wochen die Feuilletons beschäftigen und mediale Präsenz ermöglichen. Mit Geschichte läßt sich von den harten Problemen ... ablenken zugunsten geistesgeschichtlicher Großwetterlage, in die man Zeitdiagnostisches nach Belieben einspeisen kann.“ (Ebenda, S. 14)

Haben wir da das Rezept für den Zweck der gigantischen Show um den D-Day? Zu sehen war die gewaltige Militärmaschine der USA. Ohne sie „wäre die Befreiung Europas von den Nazis nie gelungen.“ (Der Spiegel 23/2004) Der 6. Juni 1944 sei „das Ende des Nazi-Regimes gewesen.“ (FAZ) Die USA hätten die Hauptlast bei der „Befreiung“ getragen und die meisten Opfer gebracht. Daß die UdSSR an der Ostfront die faschistische Wehrmacht entscheidend geschlagen hatte, wurde vernebelt. Und die Opfer – wenn denn Saldierung moralisch erlaubt ist? Die Toten, die die USA bei Kriegsende zu beklagen hatten, betrug 2 % im Vergleich zu den sowjetischen Opfern. Die UdSSR war Kriegsschauplatz gewesen, und die USA? Zu fragen ist: Warum haben die Westmächte wortbrüchig die zweite Front so lange verzögert und erst im Juni 1944 endlich eröffnet? Solange die Sowjetarmee und die Nazi-Wehrmacht sich gegenseitig riesige Verluste zufügten, waren USA-Interessen kaum berührt. Anders wurde das, als sich abzeichnete, daß die Sowjetarmee die faschistische Bestie allein besiegen könnte. „Der Spiegel“ (a. a. O.) zitiert Gerhard Schröder: „Die Landung in der Normandie war der Beginn der Befreiung Europas.“ An anderer Stelle wird eingeschränkt: „Mit der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 begann die Befreiung Osteuropas.“ Der Zweck der Übung ist durchsichtig: Die USA und ihre Westalliierten waren Garanten der „Befreiung“, die später die „Demokratie“ garantierten, an der Ostfront marschierten die Sowjettruppen in Richtung Berlin, um als Okkupanten die „Sowjetisierung“ durchzusetzen. Ja es hätte ohne die USA noch schlimmer kommen können, wenn die Sowjetarmee allein Deutschland besiegt hätte. Der „Westen“ verkörpert Frieden und Demokratie, der Osten Gefahr und Diktatur. In den „Dokumentationen“ durften auch deutsche Soldaten nicht fehlen, schon

deshalb, um die Dimension des Sieges noch zu vergrößern. Die Methoden waren differenziert. „Der Spiegel“ (23/2004) wählte sich die „Bestie von Omaha Beach“, den Gefreiten Hein Severloh, zum „Zeitzeugen“, der als MG-Schütze auf die an Land gehenden USA-Soldaten feuerte und an der Tötung von 4184 von ihnen den Hauptanteil haben soll. Severloh ist jetzt 80-jähriger Rentner. Die „Sächsische Zeitung“ rühmte: „Der Deutsche Franz Gockel verteidigte als 18-Jähriger Omaha Beach gegen die landenden Amerikaner.“ Er lag mit dem MG im „Widerstandsnest“ 62: „Wir schossen, was die Läufe nur hielten. Bald lag der ganze Strand voll von Amerikanern.“

Eine besondere Rolle spielte in der gigantischen Show Gerhard Schröder. Die Medien feierten, daß zum ersten Mal ein Bundeskanzler am traditionellen Treffen in der Normandie teilnahm. Bei der Gelegenheit wurde bekannt, daß Helmut Kohl frühere Einladungen ausgeschlagen hatte: „Es ist für den deutschen Bundeskanzler kein Grund zum Feiern, wenn andere ihren Sieg in einer Schlacht begehen, in der Zehntausende Deutsche elend umgekommen sind.“ Welchen Grund hatte Schröder zum Feiern? Er nannte zwei, erstens: Nun sei der Zweite Weltkrieg endgültig beendet. Mit seiner Teilnahme an den Feiern zum D-Day? Wer die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges als Folie für die aktuelle Weltlage nimmt, darf – furchtbarerweise – zu dem Schluß kommen, daß der dritte Weltkrieg mit der Serie völkerrechtswidriger Aggressionen (Jugoslawien, Afghanistan, Irak) längst begonnen hat. Und Deutschland ist (wieder) Beteiligter, besser: Komplize.

Zweitens hob Schröder hervor, daß er nun „in gleicher Augenhöhe“ – auch in Gesprächen mit Bush – verhandle. Das ist ein „Erfolg“. Während die CDU noch Wahlplakate klebte, auf denen sie forderte „Damit Deutschland wieder mitredet“ (bislang war es wohl sprachlos), hatte der SPD-Kanzler das bereits verwirklicht. Aber wie nutzte er dieses „Mitreden“?

Um die USA-Politik zu brandmarken? Um für die Wiederherstellung der Normen des Völkerrechts und der Rolle der UNO zu kämpfen? Schröder sah die günstige Gelegenheit, um „unseren“ Platz im Sicherheitsrat einzufordern, also unter den Privilegierten zu sein, die Kriege „legitimieren“ dürfen und damit die UNO-Charta in ihr Gegenteil verkehren.

Die Resolution des Sicherheitsrates, die die Regeln für die Okkupation Iraks festlegt, wurde im Schatten der Show einstimmig angenommen. Das Treffen in der Normandie wurde zur geschichtlichen Kulisse für die „Befreiung“ Iraks und die Heldenrolle der USA und ihrer Soldaten beim Sieg über „Hitler II“, Saddam Hussein.

Auch Rußlands Staatsoberhaupt Wladimir Putin feierte den D-Day mit. Als Repräsentant des Staates, der Verbündeter der USA in der Antihitlerkoalition war und den größten Blutzoll zur Niederwerfung des Faschismus geleistet hat? Oder als Bär, der sogar das Brummen verlernt hat? Summa summarum: Wir tun Recht daran, über Gaugers Erkenntnisse zur Funktion (imperialistischer) Geschichtsbilder nachzudenken. The show must go on. **Prof. Dr. Horst Schneider**

Makabre D-Day-Souvenirs

Die einen, Offizielle, Offiziöse und Private, gingen dieser Tage in der Normandie zu den Soldatenfriedhöfen, hörten sich die zum großen Teil verlogenen Ansprachen an und lasen die verfälschten Beweggründe, warum so spät die Zweite Front „eröffnet“ wurde, als die Rote Armee bereits auf der Siegerspur ins mitteleuropäische Herz des Faschismus war. Andere „Gedenk-Touristen“ – die Mehrheit – bevorzugten den „Genuß in den D-Day-Boutiquen“ am Gold-Beach, einen „wonderful shopping“-Genuß, zum Beispiel in der „Boutique Overlord“: Je nach Flecken und Kriegsnähe standen die Wehrmachtshelme für 450 Euro hoch im Kurs. Für einen Stahlhelm mit Delle mußte der „Gedenk-Tourist“ immerhin 600 Euro blechen. Eine US-Lady mit baumelndem Kreuz auf der Bluse freute sich besonders über ihr „Schnäppchen“: ein GI-Helm für 220 Euro – der hatte auch nur ein paar Schrammen. Da kennen sie sich aus, im Börsenkurs des Todes. Und außerdem: Die sind ja auch nur aus Kunststoff, die US-Helme.

Nicht weniger makaber – der reichliche D-Day-Krempel und der übliche Souvenir-Schnickschnack: D-Day-Schlüsselanhänger, D-Day-Vasen, D-Day-Aschenbecher (der macht nachdenklich, ungewollt),

D-Day-Shirts mit Blutflecken zu 50 Euro, ohne Flecken für schlappe 20 Euro. Das „Spitzenerzeugnis“: ein Kästchen in Sargform (Preis auf Anfrage).

Ein D-Day solchen Ausmaßes ist schnell vorbei. Ja, was nun? Hoffnung kommt auf: Der 1. August – der 90. Weltkriegs-Jahrestag (1914) ist schon in Sicht. Die Fahrkarte kaufen und auf nach Verdun! Dort wird noch ein echter „Mann-gegen-Mann“-Krieg gezeigt, die Original-Pickelhaube inklusive Einschußlöcher und das blanke Bajonett mit Blutrille ... und einem kleinen Schrifftband: Jeder Stoß ein Franzos! Später hat man „humaner“ getötet: Jeder Schuß – ein Ruß!

Im nächsten Jahr wird es „total human“: Der 60. Jahrestag von Hiroshima und Nagasaki. Jetzt schon werden in den USA der „Auslösehebel“ der Atombombe (Miniformat) in hoher Stückzahl produziert, für die Souvenirstände in den US-Stützpunkten, und viele kleine Bömbchen nach dem Original-Bomber „Enola Gay“. Der Luftwaffengeneral und Bomberpilot Paul Tibbets (er warf die Bombe, die 230000 Menschen tötete) wird seine Killer-Pension, umsatzmäßig, aufbessern ... Ja, ja, so sind sie – die globalen Freiheitskämpfer – in God's own Country!

Artur K. Führer, Bottrop

Wie sich die DKP zwölf Jahre nach dem KPD-Verbot konstituierte

Ein richtiger Schritt



Der legendäre Kasseler Kommunist Willi Belz (links) bei einer Demonstration gegen Berufsverbote, Bonn 1979

1968 hat sich die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) konstituiert. Was waren die wichtigsten Beweggründe für den Übergang von der KPD zur DKP?

Die KPD wurde nur wenige Jahre nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus 1956 auf Betreiben der Adenauer-Regierung vom Bundesverfassungsgericht verboten. Das Urteil diente nicht nur zur Unterdrückung der Kommunisten, sondern auch als Peitsche gegen alle, die antikapitalistische Positionen vertraten, sich der Remilitarisierung widersetzten und für normale Beziehungen zur DDR eintraten. Das macht schon die Zahl derjenigen deutlich, die seit 1951, dem Jahr des Verbots der FDJ, besonders aber seit dem KPD-Verbot von der politischen Justiz verfolgt wurden. So gab es zwischen 1951 und 1968 staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen 150000 bis 200000 Personen. 7000 bis 10000 Kommunisten und andere Demokraten wurden zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.

Wir Kommunisten haben uns nie mit dem Verbot unserer Partei abgefunden, sondern in den 12 Jahren der erneuten Illegalität stets unsere Arbeit im verborgenen mit der Suche nach legalen oder halblegalen Betätigungsmöglichkeiten und dem Kampf um die Aufhebung des Karlsruher Urteils verbunden. Ausdruck dafür war unser Wirken in den Betrieben und Gewerkschaften sowie in den demokratischen Bewegungen, der Aufbau von Bildungsgemeinschaften zum Studium des Marxismus, die Kandidatur von Kommunisten als Einzelkandidaten oder in Wählervereinigungen bei den Parlamentswahlen oder die Herausgabe demokratischer Zeitungen – wofür nicht wenige Genossinnen und Genossen zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Mitte der 60er Jahre sind wir dann mit der Bildung von Ausschüssen für die Wiederzulassung der KPD weiter in die Offensive gegangen. Parallel dazu entwickelten sich Bewegungen, in denen Nichtkommunisten für die Aufhebung des KPD-Verbots eintraten.

Von besonderem Gewicht war die Bewegung gegen das KPD-Verbot im Ausland.

So konnten wir uns in all den Jahren auf die Solidarität der sozialistischen Länder, besonders der DDR, stützen. Aber auch in unseren westlichen Nachbarstaaten entfaltete sich eine breite Bewegung gegen das KPD-Verbot. Die Tatsache, daß das legale Wirken einer kommunistischen Partei in Europa sonst nur noch in den faschistischen Staaten Spanien und Portugal untersagt war, brachte die Herrschenden in eine immer schwierigere Lage. Dies um so mehr, als dieser Umstand natürlich ihrem Streben nach Vorherrschaft in Westeuropa und der sich herausbildenden Strategie, die Konterrevolution auf Filzlätschen in die sozialistischen Länder zu tragen, nicht gerade förderlich war.

All das veranlaßte auch einflußreiche bürgerliche und sozialdemokratische Politiker zu der Überlegung, daß man in der einen oder anderen Form das KPD-Verbot aus der Welt schaffen müsse. So erklärte z. B. der damalige Außenminister der Großen Koalition und SPD-Vorsitzende Willy Brandt auf einer internationalen Pressekonferenz: „Ich bin dafür, daß es wieder eine KPD gibt. Das könnte eine günstige Wirkung nach innen und außen haben.“

Max Reimann, der Erste Sekretär des ZK der KPD, hatte schon am 15. Februar 1967 der Bundesregierung Vorschläge zur Aufhebung des KPD-Verbots unterbreitet. Ein weiterer wichtiger Schritt war der vom Parteivorstand der KPD erarbeitete Programmentwurf, der im Februar 1968 auf einer Pressekonferenz vorgestellt werden sollte. Diese wurde jedoch auf Anordnung des damaligen CDU-Innenministers Benda verboten. Herbert Mies und Max Schäfer verhaftete man bei der dennoch erfolgten Übergabe des Entwurfs.

Die Bemühungen um Verhandlungen führten aber schließlich am 4. Juli 1968 zu einem Gespräch mit dem damaligen Bundesjustizminister und späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann, in dem die Vertreter der Verhandlungskommission der KPD Wege zur Aufhebung des Verbots darlegten. Heinemann erwiderte, daß es zwar juristische Möglichkeiten gäbe, diese aber angesichts der Lage in der Regierung und im Bundestag nicht

zu verwirklichen seien. Daraufhin wurde nach gründlicher Abwägung von den Kommunisten der Entschluß gefaßt, den Weg der Neukonstituierung einer legalen kommunistischen Partei zu beschreiten. Er führte am 26. September 1968 zur Konstituierung der DKP.

Welches waren die wichtigsten Gründe für diese Entscheidung? Einerseits war deutlich geworden, daß die Aufhebung des KPD-Verbots in absehbarer Zeit bei den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht durchgesetzt werden könnte. Andererseits wurde das Wirken einer legalen kommunistischen Partei immer dringlicher. Das zeigten die sich anbahnenden Klassenauseinandersetzungen, die dann auch in den Septemberstreiks 1969 ihren ersten Ausdruck fanden, ebenso wie die wachsende antikapitalistische Stimmung und das Interesse am Marxismus in der kritischen 68er Generation. Mit einer illegalen Partei, die in 12 Verbotsjahren beinahe auf die Größenordnung der heutigen DKP zusammengeschnitten war, ließen sich die Herausforderungen und neuen Möglichkeiten jedoch nicht bewältigen.

Die Praxis hat dann auch die Richtigkeit der Konstituierung einer legalen kommunistischen Partei bestätigt. In wenigen Jahren wurden aus 5000 bis 6000 etwa 30000 Mitglieder. Und diese Partei hat keinen geringen Einfluß auf die Klassenkämpfe und politischen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren genommen. Dies vor allem in den Betrieben und Gewerkschaften, in der Bewegung für die Verträge mit den sozialistischen Staaten und die Anerkennung der DDR sowie in der Friedensbewegung

Die DKP verkörpert das Erbe der KPD, der Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks, Max Reimanns und Kurt Bachmanns. Sie ist in ihrem Selbstverständnis Klassenpartei der Arbeiterklasse. Ihr Wirken gründet sie auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin, die sie auf die heutigen Bedingungen des Klassenkampfes schöpferisch anzuwenden versucht. Unverwechselbares Markenzeichen der DKP war dabei von Anfang an die solidarische Verbundenheit mit den sozialistischen Staaten, vor allem mit der Sowjetunion und der KPdSU, mit der DDR und der SED. Daran haben wir schon bei unserer Konstituierung, die ja auf dem Höhepunkt der mit den damaligen Ereignissen in der CSSR verbundenen antikommunistischen Welle erfolgte, keinen Zweifel gelassen. Und davon haben uns auch weder Ratschläge abzubringen vermocht, wir könnten uns angeblich erfolgreicher entwickeln, wenn wir uns vom realen Sozialismus distanzierten, noch der Knüppel der Berufsverbote. **Willi Gerns**

Unser Autor befand sich unter Adenauer zweieinhalb Jahre im Gefängnis.

Welche Rolle spielte eigentlich die Nationale Front in der DDR?

Bericht eines Insiders

Am 4. Oktober 1949 verabschiedete der SED-Parteivorstand die Entschließung „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“. Einleitend hieß es: „Im Ergebnis der Politik der imperialistischen Westmächte ist Deutschland zerrissen worden. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wurde durch die Einführung der Separatwährung und andere wirtschaftliche Separatmaßnahmen in den Westzonen zerstört. Die Bildung des Bonner Separatstaates und seiner Marionettenregierung hat die politische Einheit Deutschlands untergraben. Die Existenzgrundlagen eines einheitlichen Nationalstaates sind durch diese Spaltungspolitik erschüttert worden. Die Unabhängigkeit und Souveränität der deutschen Nation sind gefährdet.“

Die Einschätzung war nicht übertrieben. Seit dem einseitigen Währungsschnitt vom 20. Juni 1948 in den drei Westzonen war das bis dahin formal einheitliche deutsche Besatzungsgebiet wirtschaftlich gespalten, die Vier-Sektoren-Stadt Berlin mit ihren zwei Währungen eingeschlossen. Am 14. August 1949 wurde in den Westzonen ein Parlament gewählt, das sich am 7. September als Bundestag konstituierte und mit Theodor Heuss und Konrad Adenauer den Bundespräsidenten bzw. Bundeskanzler wählte. Damit war die im Dezember 1947 im Osten Deutschlands entstandene Massenbewegung „Für Einheit und gerechten Frieden“ – sie hatte als „1. Deutscher Volkskongress“ am 6./7. Dezember 1947 erstmals in Berlin getagt und zu Massenaktionen aufgerufen – vor eine neue Situation gestellt. Ihr gewähltes Gremium – der Deutsche Volksrat – hatte auf dem 3. Kongress am 29./30. Mai 1949 die gesamtdeutsch angelegte „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ bestätigt. Die 1400 Delegierten aller Parteien und Massenorganisationen der Ostzone waren erstmals auf Grund einer Einheitsliste gewählt worden, die 61,8 Prozent Zustimmung bekam; 31,5 Prozent Neinstimmen (6,7 % ungültig) belegten die streitbar demokratische Auseinandersetzung. Die 300 Vertreter des Volksrates hielten am 7. Oktober 1949 ihre letzte Tagung ab und bildeten sich zur Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik um. Wilhelm Pieck wurde zu ihrem Präsidenten gewählt, während Otto Grotewohl den Regierungsauftrag erhielt.

Verabschiedet wurde auf dieser 9. (letzten) Tagung das Manifest „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland“. Es schrieb die Grundsätze für ein künftiges einheitliches Deutschland in 20 Punkten fest. Darin bestand auch der Gründungsauftrag der Nationalen Front. Die bisherigen Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden waren künftig

Ausschüsse der Nationalen Front; das Sekretariat der Volkskongressbewegung konstituierte sich als Sekretariat.

Am 3. Februar 1950 trat die „Nationale Front des demokratischen Deutschland“ als Volksbewegung ins Leben. Als Programm schrieb sie fest, „... für einen dauerhaften Frieden, Herstellung der Einheit des demokratischen Deutschlands, Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und Abzug aller Besatzungstruppen innerhalb einer festzusetzenden Frist“ zu wirken.

Die Arbeit der Nationalen Front in der Bundesrepublik wurde von Anbeginn behindert und schließlich verboten; zahlreiche Aktivisten wurden strafrechtlich belangt.

In der DDR war die Volksbewegung von Anfang an Träger der Wahlen; die Kandidaten wurden nach einem vereinbarten Schlüssel auf einer gemeinsamen Liste aufgestellt und gewählt. Als Gremien wirkten ab 1952 Bezirksausschüsse mit einem hauptamtlichen Sekretariat sowie entsprechende Ausschüsse in sämtlichen Kreisen. Die ehrenamtlichen Wohnbezirksausschüsse hielten ständige Verbindung zu den Straßen- und Hausvertrauensleuten. So war gewährleistet, daß Bürgeranliegen stets kurzfristig an Behörden und Einrichtungen gelangten. Abgeordnete aller Ebenen legten in von der Nationalen Front regelmäßig einberufenen Einwohnerversammlungen Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab und nahmen dort auch Wähleraufträge entgegen. Die Ausschüsse übten eine gesellschaftliche Kontrolle über Beschlüsse der örtlichen Volksvertretungen aus und besaßen das Antragsrecht zur Abberufung von Abgeordneten, die ihren Verpflichtungen ungenügend nach kamen. Die in Einwohnerversammlungen gewählten Schiedskommissionen lösten zahlreiche örtliche Streitfragen ohne Einschaltung der Gerichte. Sie waren in Verantwortung der Ausschüsse tätig.

Der Bündnischarakter der Nationalen Front fand auch personellen Ausdruck: Von den etwa 405 000 ehrenamtlichen Mitgliedern der Ausschüsse der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden waren etwa 117 000 Mitglieder der SED, 96 000 Mitglieder der CDU, DBD, LDPD oder NDPD; 132 000 Mitglieder waren parteilos. 1989 gehörten von den 15 Vorsitzenden der Bezirksausschüsse 9 zu den mit der SED befreundeten Parteien oder waren parteilos. Von den 245 hauptamtlichen stellvertretenden Kreissekretären waren 135 Mitglieder der Bündnisparteien der SED. Bei allen Ausschüssen wirkende Arbeitsgruppen „Handwerker/Gewerbetreibende“ und „Christliche Kreise“ waren um spezifische Kontakte bemüht, die dankbar angenommen wurden; etwa 1315 evangelische Pfarrer – ein Drittel der in der DDR tätigen Seelsorger – wirkten aktiv in den

Arbeitsgruppen. Von Millionen Bürgern angenommen wurde der ständige Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“. Aufrufen zu freiwilligen und unentgeltlichen Einsätzen zur Werterhaltung örtlicher Kulturstätten, Jugendklubs, Sport- und Freizeitanlagen folgten alljährlich Hunderttausende. Erfolgreiche Hausgemeinschaften erhielten eine „Goldene Hausnummer“ als sichtbare Anerkennung. Auch der sparsame Umgang mit Naturressourcen und ihre Sammlung und Wiederaufbereitung als Sekundärrohstoffe – die DDR gewann damit etwa 13 Prozent ihres Gesamtbedarfs – geriet landesweit zu einer nahezu selbstverständlichen Bürgertugend.

In der neuen Verfassung der DDR – sie wurde nach monatelanger öffentlicher Erörterung in einer Volksabstimmung am 6. April 1968 bestätigt – schrieb Artikel 3 (2) fest: „In der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigen die Parteien und Massenorganisationen alle Kräfte des Volkes zum gemeinsamen Handeln für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Dadurch verwirklichen sie das Zusammenleben aller Bürger in der sozialistischen Gemeinschaft nach dem Grundsatz, daß jeder Verantwortung für das Ganze trägt.“ Damit war das Gründungsanliegen der Volkskongressbewegung – Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage – der nunmehrigen Realität der Existenz zweier deutscher Staaten als Völkerrechtssubjekte gewichen.

Der Zerfall der DDR Ende 1989 betraf auch die Nationale Front, denn die bisherigen Bündnispartner CDU und LDPD sprachen nun der SED die bisher zuerkannte „führende Rolle“ ab und kündigten auch die jahrzehntelange Zusammenarbeit der Parteien und Massenorganisationen im Demokratischen Block auf. Der landesweite Versuch der Umwandlung des Bündnisses in eine „Nationale Bürgerbewegung“ kam über Ansätze nicht hinaus und war im April 1990 definitiv beendet. Die restlichen finanziellen und materiellen Mittel sowie Liegenschaften vereinbarte die „Treuhand“. Das jahrzehntelange bürgernahe Wirken der Ausschüsse und deren unbestreitbare Einflußnahme auf Entscheidungen der örtlichen Organe werden in den „neuen Bundesländern“ von zahlreichen Menschen gleichermaßen dankbar wie bedauernd erwähnt, die sich heute einer ausufernden Bürokratie ohne basisnahen „gesellschaftlichen Anwalt“ gegenübersehen. **Dr. Norbert Podewin**

Unser Autor war Mitglied des Sekretariats und des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front.

Warum die PDS in Ostberlin 28 133 Wählerstimmen verlor

Die Selbsttore der ersten Halbzeit

Die PDS hat bei den EU-Wahlen nicht schlecht abgeschnitten, in Brandenburg, in Thüringen Erfolge verbucht. In Berlin verlor sie – bei noch etwas geringerer Wahlbeteiligung als vor fünf Jahren – 2,3%, in Ostberlin sogar 7,5% (28133 Wähler), in einigen Stadtteilen noch mehr, so in Prenzlauer Berg 13,1%. Das hat natürlich etwas mit der Bewertung der Tätigkeit der PDS im „Koalitionssenat“ zu tun. Am 16. Mai legte der Berliner PDS-Vorstand den 110 Delegierten des Landesparteitags eine Halbzeit-Bilanz des Mit-„Regierens“ vor. In der von der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus herausgegebenen Schrift „Zwischen Altlast und Zukunft“ wird in 42 „Geschichten über den Mentalitätswechsel in Berlin“ berichtet, worauf PDS-Senatoren und -Abgeordnete stolz sind, und was ihnen weniger gelungen scheint. Die Unternehmen „Sony Music“ und „Universal Music“ wurden in der Stadt angesiedelt, statt völligen Abrisses der Wohnbauten in Marzahn Nord erfolgt ein „Teiltrückbau“, die Kontrolle der Unternehmen, an denen das Land Berlin beteiligt ist, sei „schwierig und mühselig“, die „Grenzen des gegliederten Schulsystems“ seien „noch nicht überwunden“, das Aus für die Berliner Symphoniker stehe der Rettung der Opernhäuser gegenüber, die Kürzungen der Hochschul-Etats seien zwar schmerzhaft, aber vertretbar. Nach der Streichung der verbilligten BVG-Fahrpreise für Sozial- und Arbeitslosenhilfe-Empfänger sowie Senioren soll eine Art Ersatz ausgehandelt werden ... Das Wachpersonal im Abschiebe-Knast Grünau wurde „für die besondere Klientel sensibilisiert“...

Angesichts etlicher Fehlschläge in der Wohnungspolitik erklärt Michail Nelken offen: „Die Herausforderung, ‚Schlimmeres‘ zu verhindern, beansprucht so viel Zeit und Kraft, daß für die Entwicklung eigener Projekte zu wenig bleibt“ (S. 24). Anders ausgedrückt: Trotz hektischer Betriebsamkeit besteht das Mit-„Regieren“ der PDS in ihrem Verschleiß im Räderwerk der Senats-Mühlen, und man „bemüht sich“, daß alles für die Berliner nicht noch mieser wird. Das ist die Politik des kleineren

Übels – als ob es nicht für jedes Übel noch ein größeres gäbe. Was die Aufklärung des Berliner Bankenskandals betrifft – man wühlt sich dabei durch Tausende von Aktenordnern, die Banken-Manager verweigern die Aussage, aber das BRD-Wirtschaftsrecht bietet keine Handhabe gegen die Schuldigen –, so spricht Nelken von einem „System organisierter Verantwortungslosigkeit“ (S. 25). Ingeborg Simon verweist anläßlich der radikalen Kürzung des Blindengeldes auf die „zunehmende Beschädigung unserer Glaubwürdigkeit als Partei der sozialen Gerechtigkeit“ (S. 28). Damit sind Kernfragen berührt, die in der „Bilanz“ sonst umgangen werden: War es denn überhaupt richtig, in die Koalition einzutreten? War es nicht grundverkehrt, sich als vornehmstes Ziel zu stellen, den Haushalt der Stadt zu sanieren und dafür „schmerzliche Einschnitte“ als unvermeidlich hinzunehmen, also die Politik des Sozialabbaus, die die Bundesregierung konsequent betreibt, noch durch zusätzliche soziale Verschlechterungen in Berlin zu flankieren? Selbst wenn der Stadt im Jahre 2010 von den heutigen Schulden 35 Milliarden erlassen würden, blieben zu diesem Zeitpunkt erneut fast genausoviel übrig wie jetzt – nämlich 51 statt 53 Milliarden, weil derweil trotz der drastischen Sparmaßnahmen jährlich weitere Milliarden-Differenzen zwischen Einnahmen und Ausgaben sowie die Zinslasten hinzukommen. Der Handlungsspielraum wird also nicht größer. Bedeutet das alles nicht, für die, die sich an Berlin gesundgestoßen und einen Augias-Stall hinterlassen haben, jetzt die Drecksarbeit zu machen und damit das Vertrauen von Mitgliedern, Sympathisanten und Wählern der PDS, die sich eine Verbesserung für Berlin erhofft hatten, schmählich zu enttäuschen? Haben Hunderttausende die PDS in Berlin gewählt, damit sie den Sozialabbau mitmacht? Ist nicht gerade dadurch dem Massenwiderstand das Wasser abgegraben worden? Kann man mit dem Druck des außerparlamentarischen Kampfes jetzt nicht viel mehr erreichen?

Das alles sind keine „Vermittlungsprobleme“, das ist die Grundfrage: Wessen Politik betreibt (neben der SPD) eben auch die PDS in der Praxis – die der Kapital-Eigner oder die der „weniger Begüterten“? Allein die Risiko-Abschirmung von Spekulationsverlusten der Fondsanleger kostet die in Haftung genommenen Berliner zwischen 12 und 22,6 Mrd. Euro. Das führt zu enormen „Sparzwängen“, sprich: massiven Kürzungen sozialer Leistungen. Angeblich bemüht sich die PDS im Senat darum, daß das nur diejenigen trifft, die es vertragen können. Stimmt das wirklich, wenn es bei den Kita-Gebühren zum Beispiel um alle Eltern geht, die zusammen (!) mehr als 1917 Euro brutto (!) monatlich verdienen? Und was ist mit der Erhöhung der Wasserpreise, der Grundsteuern, des Eintritts für die Schwimmbäder, der Aufhebung der Lernmittelfreiheit, der Schließung von Bibliotheken, den alljährlichen Fahrpreissteigerungen? Hat der Tarif-Streit des Senats mit den Gewerkschaften nicht eine Signalwirkung für Deutschland und für die Zukunft gehabt? 300000 offiziellen Arbeitslosen stehen in Berlin 8400 offene Stellen gegenüber. Die Hartz-Gesetze werden bewirken, daß in der Hauptstadt etwa 225000 Bürger als „Arbeitslosengeld II“ nur noch 331 Euro (im Westen 345) monatlich und 30% der jetzigen Arbeitslosenhilfeempfänger keinen einzigen Cent mehr erhalten. Die Rentner und die Kranken werden doppelt und dreifach geschröpft ...

Nach einer Umfrage des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität sind 86% der Berliner mit der Politik des Senats „grundsätzlich unzufrieden“ (s. ND vom 27. 2.).

Den Tatsachen stehe „vielfach eine persönlich erlebte bzw. ‚gefühlte‘ Bilanz gegenüber ... Beteiligte wichten anders als Betroffene ...“, wurde auf dem Landesparteitag erklärt. Allerdings, denn die am Senat Beteiligten sind ja eben nicht betroffen! Wäre es nicht längst an der Zeit, der SPD klare Bedingungen für die Fortsetzung der Koalition zu stellen, die auf einen tatsächlichen Politikwechsel gerichtet sind, oder aber die unheilige Allianz endlich aufzukündigen?

„Die Pflicht ist vorbei, jetzt kommt die Kür“, tönte Senator Wolf am 6. Juni auf dem ND-Pressfest. Die PDS-Beteiligung ist mitnichten ein Beweis dafür, daß man fähig wäre, „das Land zu reformieren“, wie dieser Mann behauptet, sondern ein wesentlicher Faktor zur Zerstörung der Glaubwürdigkeit einer linken, gegen den Sozialabbau gerichteten Kraft. Den meisten Delegierten war das am 16. Mai im Abacus-Hotel am Tierpark wohl nicht bewußt, weniger jedenfalls als vielen Wählern am 13. Juni.

Dr. Ernst Heinz

Am **14. August** begeht der verdiente Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung

Genosse Dr. Ernst Heinz

Vorsitzender der Regionalgruppe Berlin des „RotFuchs“-Fördervereins seinen **70. Geburtstag**.

Er hat sich als Autor der Zeitschrift und Organisator vieler Veranstaltungen große Anerkennung erworben. Als langjähriger 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg und später als Sekretär der Bezirksleitung Berlin stand er an verantwortlicher Stelle für den Sozialismus in der DDR ein. Wir übermitteln unserem Genossen und Freund die herzlichsten Wünsche zu seinem Jubiläum.

Warum Angelika Gramkow de facto Unternehmerinteressen vertritt

Merkwürdiges aus Meck-Pom

Die Vorsitzende der PDS-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Angelika Gramkow, „begreift eine Neuverschuldung über die verfassungsmäßigen Grenzen hinaus ... als Chance für die Entwicklung des Landes“, „ein vernünftiger Einsatz zusätzlicher Mittel bringt auch Vermögen, sichere Strukturen und schafft Werte. Zusätzliche Kredite können für einen Schub in der Wirtschaft des Landes sorgen. Wenn in Wissenschaft und Technik, Unternehmensfinanzierung und Tourismus investiert wird, zahlt sich das ebenfalls aus.“

Da sich die Banken bei der Kreditierung unsicherer Unternehmungen bewußt zurückhalten, soll die Landesregierung einspringen. Denn diese bekommt ohne Schwierigkeiten einen Kredit. Und sie gibt das Geld als zinsloses und verlorenes Darlehen an die nach Ansicht der Finanzinstitute nichtkreditwürdigen Unternehmer weiter. Das nennt Angelika Gramkow „investieren“! Nein, mit diesem Geschenk investieren die Unternehmer zum Zweck des Profits, den sie natürlich behalten, und nicht für eine Zinszahlung einsetzen müssen. Ist das Unternehmensfinanzierung aus „sozialistischer“ Sicht?

Erste Frage: Wessen Geld soll die Regierung zusätzlich einsetzen? Da die Bank immer weniger auf Unternehmerrgewinne zurückgreifen kann, nimmt sie die Einlagen der Kleinsparer und die Girokonten. Die Regierung soll also – wenn auch auf Umwegen – dem Durchschnittsverdiener zusätzlich in die Tasche greifen.

Zweite Frage: Wer zahlt die Kreditzinsen und die Tilgungsraten? Die werden aus Steuern bezahlt, jedes Jahr mehr. Da die Unternehmer nach Aussagen von Angelika Gramkow keine Steuern mehr zahlen, kann es sich nur um Geld der Bevölkerung handeln. Zu verkaufendes Landesvermögen gibt es bald nicht mehr. So bleiben nur noch Kürzungen der Ausgaben zu Lasten der Bürger übrig.

Dritte Frage: Die Subventionierung der Kapitaleigner erfolgt nun schon seit 13 Jahren. Was ist dabei herausgekommen? Ein Skandal nach dem anderen offenbart, daß das Geld in alle möglichen Kanäle floß – vor allem in Richtung Westen. Man denke nur an die Bremer Vulkan-Werft, deren Bosse Mittel veruntreuten, die für den Osten bestimmt waren. Die Tatsachen beweisen: Die Wirtschaft ist nicht vorangekommen, die Unternehmer jammern, die Talfahrt des Baugewerbes geht weiter um jährlich minus 3 bis 7 %, die Arbeitslosigkeit nimmt unentwegt zu, wer flüchten kann, tut es. Nie lag die Ostfluchttrate so hoch wie heute. Doch von diesen Flüchtlingen spricht niemand mehr.

Vierte Frage: Wessen Vermögen will Angelika Gramkow vermehren? Wessen Interessen vertritt sie? Trifft es wirklich zu, daß eine Sozialistin so unverblümt Unternehmerinteressen wahrnimmt? Vielleicht

glaubt sie ernsthaft, daß die Bevölkerung von dieser Politik Vorteile hat? Oder aus der Unternehmertätigkeit? Glaubt sie den Parasiten in Heiligendamm, daß „Luxus notwendig ist, um Arbeitsplätze zu schaffen“? Zynischer kann man die Leute nicht über den Löffel halbieren.

Aber wie könnte denn eine erfolgreiche Sparpolitik im Maßstab eines Bundeslandes aussehen? Was wäre da zu tun? Mir fällt ein: Streichung aller Subventionen und aller Ausgaben für „Gutachten“, Kürzung der Minister- und Abgeordneteneinkommen um die Hälfte, Entlassung aller Staatssekretäre, Streichung aller Exquisit-Investitionen in der Infrastruktur usw. Aber das bleibt Illusion. In einem kapitalistischen Land ist das unmöglich. Was soll ein sozialistischer Abgeordneter denn tun? Das hat z. B. Rosa Luxemburg, auf die sich führende PDS-Funktionäre mit Vorliebe berufen, in ihrem Artikel über bürgerlichen Parlamentarismus klargemacht: „Nie können wirkliche In-

teressen ... der Demokratie ... durch das Verschleiern tatsächlicher Zusammenhänge ... vor dem Volk besorgt werden.“ (Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, S. 194) Man müsse die „Arbeiterschaft vor jener verderblichen Illusion warnen, ... als könne man durch Milderung des Klassenkampfes der bürgerlichen Demokratie ... im Parlament künstlich zu neuem Leben verhelfen“. Was vor beinahe hundert Jahren richtig war, gilt heute erst recht: Hauptaufgabe eines Sozialisten mit Mandat ist und bleibt es, die Machenschaften hinter den Kulissen des Parlaments, in den Unternehmerverbänden, durch die „Gutachten“, durch die Lobby der Clubs, die Korruption, die Verschleuderung der Steuergelder usw. zu entlarven. Der sozialistische Parlamentarier darf kein Parlamentär sein: Er muß der Regierung entgegengetreten, sich ihren volksfeindlichen Beschlüssen widersetzen. Wer das nicht macht, leistet einen Beitrag zur Enttäuschung großer Teile der Bevölkerung, so daß sie „von der Politik überhaupt nichts mehr wissen will“ (S. 196). So aktuell ist Rosa Luxemburg! Beschränkt sich die PDS auf die Schaffung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung? Es ist und bleibt eine Illusion, daß im bürgerlichen Parlament irgend etwas wirklich entschieden wird, oder von einer sozialistischen Partei maßgeblich beeinflusst werden kann. Die eigentlichen Beschlüsse fallen hinter dem Rücken der Betroffenen zwischen den Ministern und dem Unternehmerverband. Er gibt die Befehle aus.

Das Palaver im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern erweist sich als bloßes Scheingefecht, das Helmut Holter (PDS) am 12. November 2003 treffend charakterisierte: „Es hängt nun ... vor allem vom Vermittlungsausschuß ab, ... ob das Beste für die Menschen im Osten herauskommt, ob wir uns gemeinsam dafür stark machen, die SPD genauso wie die CDU wie auch die PDS, das wird Einfluß haben auf dieses Verfahren.“ Ist sich die PDS-Führung nicht darüber im klaren, daß sie auf diese Weise Mitglieder und Wähler in Gewissensnot bringt, manchen sogar in die Arme der Schwarzen treibt?

Um etwas für das Volk zu erreichen, muß es selbst aktiv werden, müssen aufgeklärte Bürger durch außerparlamentarischen Druck ihre Interessen durchsetzen. Nur Wissende lassen sich z. B. nicht beschwatzen, daß eine „Gesundheitsreform“ notwendig sei, weil es den Kassen an Geld mangle.

Da weder die heutige Sozialdemokratie noch die Führer der demokratischen Sozialisten „das Volk zum Schutz seiner politischen Rechte direkt mobil machen“, wie es Rosa Luxemburg forderte, wird die Schaffung einer massengestützten marxistischen Partei aus Kommunisten und Sozialisten immer mehr zu einer objektiven Notwendigkeit. **Dr. Norbert Pauligk**



Grafik: Karlheinz Effenberger

Hut ab vor Püttlinger Genossen!

Am 17. 6. wurde im Saarland gewählt. Nach Schließung der Stimmlokale konnte eine Wahlbeteiligung von 56,3 % – das waren 3 % weniger als 1999 – erreicht werden. Außer den Wahlen zum Europaparlament wurde hier auch über die Besetzung der Stadträte, über die Landräte und einzelne Bürgermeisterposten entschieden. Die CDU wiederholte ihr Ergebnis von 1999 mit 45,7% und die SPD rutschte auf 37,3% ab, 4,9% weniger als bei den letzten Wahlen.

Eigentlich wäre das alles kaum erwähnenswert, denn auch die Saarländerinnen und Saarländer bestätigten mit ihrem Wahlverhalten die bundesweiten Umfrageergebnisse. Eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, könnte man vermuten, oder drücken sich hier etwa die Wut und Enttäuschung des Volkes über die arbeiterfeindliche Politik des Unternehmenskanzlers aus? Strafe muß sein, und so wählte man eben gar nicht oder entschied sich wie in der katholisch geprägten CDU-Hochburg Püttlingen für die DKP.

Die DKP ist schon seit 35 Jahren im dortigen Stadtrat vertreten. Bisher hatte sie zwei Mandate. Doch am Sonntag eroberte sie mit 15,6 % sechs Sitze. Der örtliche DKP-Vorsitzende Franz Hertel war mit einer offenen Liste angetreten. Sein erklärtes Ziel bestand darin, die beiden Mandate zu verteidigen und weitere Stimmen hinzuzugewinnen. Es wurde überboten, denn die Partei kam auf 1505 Stimmen; 1999 waren es 646 gewesen.

Seit der Verleihung der Stadtrechte für Püttlingen ist auch die DKP im Rat. Für die 1968 anstehenden Kommunalwahlen bemühte man sich, eine Linke Liste zu standezubringen und der CDU-Mehrheit eine politische Alternative entgegenzustellen. Eine Möglichkeit dazu bot die DDU, welche sich als Bündnis demokratischer Kräfte seit 1955 entwickelt hatte. Eine Liste mit 10 Kandidaten wurde 1968 aufgestellt und konnte auf Anhieb zwei Mandate erringen. Franz Hertel war damit erstmals ins Rathaus gewählt worden. Nach Konstituierung der DKP entstand auch an der Saar ein Landesverband. 1970 erklärte Franz Hertel, daß sich die früheren DDU-Mandatsträger künftig als Vertreter der DKP verstünden und als solche ihre Tätigkeit im Stadtrat fortan ausübten.

Der Erfolg der DKP in Püttlingen ist das Ergebnis zäher und kontinuierlicher politischer Arbeit. Zu allen wichtigen Fragen wurde stets Position bezogen und durch zahlreiche Widerstandsaktionen manifestiert. Besonders die DKP-Stadtzeitung „pro + kontra“ trägt dazu bei, daß die Partei mit ihren radikalen Positionen im knapp 21 000 Einwohner zählenden Püttlingen immer präsent ist.

Doch so hoffnungsvoll der hiesige Erfolg auch ist, so besorgniserregend muß der Wahlausgang im wenige Kilometer entfernten Völklingen sein. Ausgerechnet in der Weltkulturerbe-Stadt, die mit Tourismus Geld verdienen will, zieht die NPD

mit 9,6 % der Stimmen in den Stadtrat ein, und auch in der Hauptstadt Saarbrücken ist sie in zwei Bezirksräten vertreten.

Die ehemals blühende „Industriestraße Saar“ ist heute zu einem sozialen Brennpunkt geworden. Der Ausstieg aus der Kohleförderung führte zu zahlreichen Hüttenschließungen, und die sinkende Konkurrenzfähigkeit der Stahlindustrie auf dem Weltmarkt kostete 18000 Arbeitsplätze. Den bürgerlichen Parteien fällt dazu keine Antwort ein. Der amtierende CDU-Bürgermeister in Völklingen empfindet es lediglich als „unangenehm“, mit der NPD im Stadtrat konfrontiert zu sein.

Im offiziellen Reiseführer über das Saarland findet man in der „Galerie bedeutender Persönlichkeiten“ auch den Namen Erich Honeckers. Mit dem Satz „Vom Dachdecker zum Staatsoberhaupt...“ wird der Abschnitt zu seiner Person eingeleitet. Er wuchs im „roten“ Wiebelskirchen auf, das bei Neunkirchen liegt.

Hier kauften 1806 die Gebrüder Stumm das örtliche Eisenwerk und bauten ihre ökonomische und damit auch politische Monopolstellung an der Saar aus. Ab 1820 setzte die erste Phase der Industrialisierung ein. Das immer noch agrarisch geprägte Land, in dem der Kleinbesitz überwog, formierte sich zum Wirtschaftsgebiet Saar.

Den größten Aufschwung brachte der Anschluß des Reviers an das internationale Eisenbahnnetz. 1852 wurde die staatliche Saarbrücker Eisenbahn eröffnet, die mitten durch das Kohlerevier führte. Entlang der neuen Schienenwege entstanden zwischen 1850 und 1862 zehn Schachtanlagen. Auch die Eisenindustrie profitierte vom Schieneneinsatz im Bahnbau.

Den steigenden Bedarf an Arbeitskräften deckte das Revier vorwiegend aus den bäuerlichen Randgebieten und so setzte eine regelrechte Völkerwanderung ein. Mehr als ein Drittel der Arbeiterschaft bestand aus Wochenendpendlern oder marschierte Tag für Tag über die Berg-

mannspfade zehn oder mehr Kilometer zur Schicht. „Hartfüßler“ wurden diese Bergleute genannt. Ab 1856 entstanden in der Nähe der Gruben erste Bergmannskolonien. Durch die Zuwanderung verschoben sich auch die Konfessionsverhältnisse. Während das städtische Kleinbürgertum, die Beamtschaft und die Unternehmerfamilien traditionell protestantisch blieben, war die Unterschicht der Arbeiter vorwiegend katholisch. Deren Kirche stand Pate bei den ersten gewerkschaftlichen Organisationen der Proletarier, die lange als obrigkeitstreu und sozialkonservativ galten. Erst 1889 gab es Bergarbeiterdemonstrationen und Massenstreiks im Saarrevier. Mit der Annexion Elsaß-Lothringens 1871 rückte dieses vom Rand in die Mitte eines neuen großen Wirtschaftsraumes. 1881 übernahm Karl Röchling die 1873 gegründete und kurz darauf in Konkurs gegangene Völklinger Hütte und baute sie, auch durch Erwerb von Erzfeldern im annektierten Nord-Lothringen und im grenznahen luxemburgischen Revier, zum Stahlimperium aus. Ein neuer Montanverbund zeichnete sich ab, der ein Jahr später Wirklichkeit werden sollte: Die Großregion Saar-Lor-Lux. 1913 kamen 8,6 Prozent der Kohle, 11,2 Prozent des Roheisens, 14,5 Prozent des Rohstahls und 24 Prozent des Tafelglases der gesamtdeutschen Produktion von der Saar.

In Neunkirchen ging die „Eisenzeit“ 1982 zu Ende, und man begann mit der totalen Umstrukturierung der Stadt. Die Hütte wurde geschleift.

In Völklingen hielt man an der Hüttenhinterlassenschaft fest. Die bizarre Silhouette des 1986 stillgelegten Hochofenensembles steht noch über der Stadt und wurde 1994 in die „Liste des Kultur- und Naturerbes der Menschheit“ der UNESCO aufgenommen. Die erfolgreichen Ausstellungen und Veranstaltungen, die seitdem in dem „alten Schätzchen“ stattfinden, täuschen aber nicht über hohe Arbeitslosigkeit und soziale Probleme der Bevölkerung in der einst blühenden Region hinweg. G. S.



Aus: „The Guardian“,
Sydney

Mörderische „Gesundheitspolitik“

Als sich vor Jahren in Spanien ein Freund durch einen Unfall Quetschungen und einen Schock zuzog, wollten wir ihn in die nächstgelegene Klinik bringen. Doch dort wurden wir nicht mal richtig reingelassen. Es war ein Institut für „Besserverdienende“, wo der Kontostand vor dem Eid des Hippokrates rangiert, erfuhren wir später ... Heute ist die Lage von armen Menschen südlich der Pyrenäen bei Krankheit besser als hierzulande, auch wenn es eine „freie Arztwahl“ unabhängig von der Versicherung nur gegen Zahlung gibt. Aber der Besuch beim zuständigen Arzt kostet keine Gebühr, und gegen bis zu etwa 50 % Selbstbeteiligung gibt es nahezu alle Medikamente auf Rezept. Davon abgesehen sind die Arzneimittelpreise weit niedriger als in Deutschland. Freunde dort haben Probleme zu begreifen, was das Schröder-Fischer-Regime mit seiner „Spezialistin“ Ulla Schmidt „gesundheitspolitisch“ veranstaltet. Das betrifft nicht allein das nun quartalsweise fällige Eintrittsgeld beim Arzt, das fälschlicherweise „Praxisgebühr“ genannt wird, obwohl es die Kassen einsacken – weshalb sie im ersten Halbjahr auch über eine Milliarde Euro Plus machten. Wenn diese 10 Euro bei uns im Zentrum der Empörung stehen, ist das verständlich, weil mit ihnen keinerlei Gegenleistung verknüpft ist und ihr einziger Zweck erklärmaßen darin besteht, „die Zahl der Arztbesuche zu senken“, so Ulla Schmidt im O-Ton.

Doch seit Beginn dieses Jahres sind Kranke mit einer Maßnahme konfrontiert, die in den Medien weniger diskutiert wird, obwohl – oder weil? – sie weit grausamer ist: die Abschaffung der ärztlichen Möglichkeit, notwendige Medikamente zu verschreiben, wenn diese „nicht rezeptpflichtig“ sind. Auch ein medizinisch nicht Ausgebildeter braucht keine Phantasie, um sich die Auswirkungen vorzustellen, die hier nur an wenigen Beispielen beschrieben werden können:

* Für die Vorbeugung oder Behandlung von Erkrankungen der Magenschleimhaut – ein durchaus massenhaftes Leiden insbesondere von ärmeren und daher mehr streßgeplagten Menschen – muß nun bar gezahlt werden. Und wenn es in der Folge zu Magengeschwür und Tumor kommt, ein Teil des Magens entfernt werden muß, dann bedarf es danach eines Medikaments, das seine Funktionen trotz der reduzierten Größe auf Dauer gewährleistet. Das ist also lebenswichtig, aber ... rezeptfrei und für ca. 50 Euro pro Monatsdosis zu haben.

* Depressionen sind gerade in dieser unmenschlichen Gesellschaftsordnung eine weitverbreitete Krankheit, besonders unter den Millionen Arbeitslosen und Sozial-

hilfeempfängern. Für eine Therapie mit „leichten“ Mitteln muß nun gezahlt oder zu Antidepressiva mit schweren Nebenwirkungen übergangen werden.

* Das gleiche gilt für Rheuma und Arthrose, woran zahllose Menschen leiden und gegen die oftmals mit harmlosen Präparaten Linderung erreicht werden kann. Wer die aber nicht zu bezahlen vermag, muß sich Schmerzmittel verschreiben lassen, die Leber, Nieren und andere Organe schwer schädigen. Medikamente zur Vorbeugung, Behandlung und Nachbehandlung von Lebererkrankungen sind übrigens durchweg rezeptfrei ...

* Bei den gleichfalls weitverbreiteten Pilzkrankungen von Haut, Schleimhäuten und Nägeln oder auch den altersbedingten Prostatabeschwerden und Blasenleiden gibt es überhaupt keine „verschreibungspflichtigen“ Medikamente, auf die ein armer Mensch ausweichen könnte. Und gerade bei den letztgenannten Erkrankungen kann es ohne diese Arznei-

fallversorgungen usw. zahlenmäßig ansteigen lassen. Sollte es nicht darum gehen, „Kosten des Gesundheitswesens zu reduzieren“? Konsequenterweise wäre der nächste „kostensenkende Schritt“ die Verweigerung der Behandlung von armen Kranken ...

Bei einer Diskussion über den Begriff „Sozialabbau“ fanden wir, daß er zu unscharf ist und das ganze Ausmaß dessen, was das Schröder-Fischer-Regime den Volksmassen antut, nicht erfaßt. Uns fiel der Begriff Raubreform ein. Doch in einer Einschätzung der Politik Putins durch die KPRF fanden wir Passenderes: Die russischen Kommunisten charakterisieren das asoziale Projekt des Präsidenten als „Vernichtungsreformen“. Die mit der Ministerin Ulla Schmidt verbundenen Maßnahmen „zur Reform des Gesundheitswesens“ haben für zahllose kranke, alte und arme Menschen ohne Zweifel genau diese Wirkung – und sie sind offensichtlich mit diesem Ziel gemacht. Das



schnell zu lebensbedrohenden Zuständen kommen. Am Rande sei erwähnt, daß dies auch Folgen für den Umsatz der Pharmakonzerne hat. Diese bemühen sich makabrerweise darum, solche Medikamente doch bzw. wieder in die Rezeptpflicht zurückzunehmen, z. B. durch den „Nachweis von Nebenwirkungen“, oder entsprechende neue auf den Markt zu werfen.

Dies sind nur wenige bereits bekannte Beispiele. Für wieviele Patienten die „Lebensqualität“ durch das Fehlen bzw. den Mangel unbezahlbar gewordener Medizin mehr als unerträglich wurde, ist heute noch gar nicht abzusehen. Daß Menschen Krankheiten aus finanziellen Gründen nicht mehr behandeln lassen können oder zu Mitteln greifen müssen, die schwere Nebenwirkungen haben, wird sicher schon mittelfristig Operationen, Krankenhausaufenthalte, Behinderungen, Not-

wird sich schon in wenigen Jahren – wie bereits jetzt in Rußland und anderen von der Konterrevolution überrollten Ländern – am Absinken des durchschnittlichen Lebensalters zeigen.

Erinnern wir uns an die Diskussion, die es vor wenigen Jahren über den Begriff „sozialverträgliches Frühableben“ gab – sie endete relativ abrupt, denn die herrschende Klasse begann die praktische Wirklichkeit dieser Zielstellung. Der frühe Tod mag eine Konsequenz der Armut sein – vom Standpunkt der Machtausübenden wird er aber mit Vorsatz herbeigeführt: Wer arm ist, soll früher sterben. Wie heißt es noch im § 211 jenes Strafgesetzbuches, das sich die Bourgeoisie selbst schreiben ließ: „Mörder ist, wer ... aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln ... einen Menschen tötet.“ **Werner Hoppe**

Der Fall des Wirtschaftsprofessors Horn

Der Vorgang wäre es eigentlich nicht wert, besprochen zu werden, würden nicht die Umstände seiner Inszenierung erneut auf drastische Art und Weise die apologetische Haltung der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft widerspiegeln. Es geht um die Entlassung des Konjunkturchefs beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DWI) Prof. Dr. Gustav A. Horn und um das Gutachten eines seiner universitätsnahen Kollegen sowie gleichgesinnter Gelehrter aus Texas, Brescia und London.

Regierungsloyale Wirtschaftswissenschaftler befürchteten schon geraume Zeit, daß die Prognosen des DWI, für die vor allem Horn verantwortlich zeichnet, den Wünschen der Regierungskoalition nicht genügend entgegenkommen. Das ist natürlich auch dem Direktor des DWI bewußt, weshalb ihm an personellen Veränderungen in seiner Konjunkturabteilung gelegen ist. Das Gutachten kam wie auf Bestellung. In diesem wird ihm nahegelegt, den Vertrag mit Prof. Horn zu beenden. Zur Begründung werden angegeben: die Fast-Abwesenheit der Konjunkturabteilung in international anerkannten Fachzeitschriften, die Konzentration der Abteilung auf einen unbedeutenden Strang der Makroökonomie und die gänzlich unzureichende Verbindung mit der akademischen Welt.

Die unbefriedigenden Prognosen Horns sind mit Sicherheit nicht der einzige Grund des Gutachtens. Aus dem Hinweis auf die Makroökonomie wird deutlich, daß Horn zur Ordnung gerufen werden soll, weil er in seinen wissenschaftlichen Arbeiten das gegenwärtige Hauptinteresse des Finanzkapitals nicht genügend unterstützt. Prof. Horn beruft sich nämlich in seiner Volkswirtschaftslehre auf die Ideen der sogenannten Neukeynesianer. In einer 1999 veröffentlichten Studie über „die Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft“ wandte er sich zum Beispiel gegen die Entlassung der Europäischen Zentralbank (EZB) aus der Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung. Nach den Maastrichter Verträgen ist diese lediglich für die Preisstabilität zuständig. Das ist nach Ansicht der Neukeynesianer unhaltbar, weil damit die Effizienz der Wirtschaftspolitik geschmälert und niedriges Wachstum programmiert werden. Es wäre falsch, die ökonomischen Schalthebel allein dem Staat und den Tarifparteien zu überlassen.

Horn begründet seine Auffassung damit, daß eine stabilitätsorientierte Entwicklung eine Anhebung der Nominallöhne um die Produktivitätssteigerung plus die von der Zentralbank tolerierte Inflation bedingt. Wenn Arbeitslosigkeit und Inflation nicht ausufern sollen, müssen der Staat und die Unternehmer bereit sein, auch die Nominallöhne um die Produktivität der Arbeit zuzüglich der Teuerungsrate zu erhöhen. Wegen dieser Aussagen hat sich Horn die Sympathie der Gewerkschaft ge-

sichert, so daß der DGB-Bundesvorstand in einem Brandbrief gegen seine Ablösung intervenierte. Ist der Professor also ein Wirtschaftswissenschaftler, der mit seinen Behauptungen den wahren Ursachen für Krise und Arbeitslosigkeit auf der Spur ist und einen gangbaren Weg aus der Sackgasse weisen will? Keineswegs.

Bereits bei flüchtiger Betrachtung erweist sich Horns Theorie als wenig hilfreich, ja sogar als desorientierend. Man muß sie nämlich im Zusammenhang seines Gesamtkonzeptes betrachten. Danach werden Wachstum und mehr Beschäftigung nur erreicht, wenn der Staat auf hohem Niveau Aufträge vergibt, für Investitionen sorgt und damit die Konjunktur belebt. Das bedeutet, der Staat muß seine übrigen Ausgaben drastisch senken und/oder seine Einnahmen ständig erhöhen bzw. sich mehr und mehr verschulden. Für seinen theoretischen Ansatz braucht Horn die Aktivitäten der Banken, weshalb er die Beschränkungen für die EZB angreift. Er fordert statt dessen, daß diese über den Geldmarktzins den Kapitalmarktzins und die Finanzierungsbedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung beeinflusst. Für die Masse der Arbeiter bedeutet das im Ergebnis aber nur: Was sie auf der einen Seite an Nominallohn mehr erhalten sollen, wird ihnen auf der anderen Seite durch die staatliche Finanzpolitik und die Verteuerung der Waren und Dienstleistungen wieder aus der Tasche gezogen. Das wäre die zwangsläufige Abfolge nach der Theorie. Die Wirklichkeit sieht für die Arbeiter und Angestellten noch ungünstiger aus: Weder erhalten sie einen Ausgleich für die Produktivitätssteigerung zuzüglich der realen Inflationsrate noch decken Lohn- und Gehaltsveränderungen die ökonomischen Mehrbelastungen. Dafür sprechen unter anderem die wesentlich schneller wachsenden Gewinne der Unternehmer im Verhältnis zu den Löhnen und Gehältern. Horn verschleierte lediglich den Prozeß der Verteilung des Nationaleinkommens. Seine Theorie ist scheinheilig und deckt die Ursachen für Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zu.

Horn ist ein Schüler des englischen Theoretikers und Wirtschaftspolitikers J. M. Keynes. (Hauptwerk, 1936, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes) Keynes entdeckte den sogenannten regulierten Kapitalismus, nicht um ihn zu beseitigen, sondern im Gegenteil, um ihn zu retten. Nach Keynes kann ein regulierter Kapitalismus, der mit allen Mitteln die öffentliche Nachfrage über den Staatshaushalt forciert und die Geld- und Kreditsphäre gezielt lenkt, Krisen und Massenarbeitslosigkeit verhindern. Ursachen für die tatsächliche Massenarbeitslosigkeit und Konjunkturkrisen sieht er allein in Fehlern bei der Lenkung und Leitung des kapitalistischen Staates. Seine Theorie hat jahrzehntelang die Regierungen der kapitalistischen

Staaten begleitet und zu hohen Staatsverschuldungen geführt.

An den keynesianischen Grundpositionen setzt Horn seine Theorie an. Er übersieht jedoch, daß auch Keynes keineswegs immer die gleiche Meinung vertrat, sondern seine theoretischen Ansichten der konkreten Interessenlage des Kapitals anpaßte. Während er zum Beispiel dem Prinzip des „Laissez faire“ der früheren Vulgärökonomie – der Staat hat sich nicht in die Angelegenheiten der Unternehmen einzumischen und die Wirtschaft dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen – nicht ausdrücklich widerspricht, sieht er später eine Notwendigkeit, den Staat selbst zum Unternehmer werden zu lassen, nämlich, um die Bosse der englischen Kohlegruben, Eisenbahnen und Kraftwerke noch reicher zu machen.

Horn sieht sich nun dem Vorwurf ausgesetzt, die neue Situation und die gegenwärtigen spezifischen Interessen des deutschen Kapitals unter den Bedingungen der Wirtschaftsblöcke und der Europäischen Union zu verkennen und an überholten Thesen von Keynes zu haften. Den Interessen des deutschen Imperialismus entspricht es nämlich jetzt viel eher, den Staat als Unternehmer weitestgehend zu beerben und ihm nur noch hoheitliche Funktionen zu überlassen. Ferner besteht ein stärkeres Interesse daran, die Verschuldung des Staatshaushaltes in Grenzen zu halten und die Stabilität der europäischen Währung zu gewährleisten, als die Inflation wuchern zu lassen. Letzteres könnte die Erschließung und Unterwerfung der europäischen Märkte mit Unsicherheiten belasten. Die Koalitionsregierung ist gefügig genug, dem zu entsprechen, dem Bundeshaushalt Zügel anzulegen, die Einnahmen des Staates durch Abgaben und Beiträge zu erhöhen und die Sozial- und Kulturausgaben drastisch zu senken. Angst vor Arbeitersständen, wie sie Keynes vor Jahrzehnten tatsächlich hatte, muß das Kapital heute nicht mehr haben. So ist es fest entschlossen, seine Profitinteressen offener, rücksichtsloser, ohne keynesianische Umwege durchzusetzen.

Die Zurechtweisung Horns illustriert das Dilemma der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, keine Antwort auf die Frage nach den Ursachen für Krisen und Massenarbeitslosigkeit zu besitzen. In ihren Aussagen findet sich auch nicht die leiseste Andeutung über den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und individueller Aneignung. Ohne dessen Auflösung sind aber kontinuierliches Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung trotz aller Finessen der zuständigen Politiker niemals zu erreichen.

Übrigens: Das DWI hat plötzlich auf wundersame Weise einen höheren Wirtschaftszuwachs für 2004 und das folgende Jahr entdeckt und schon eine Belegung auf dem sogenannten Arbeitsmarkt ausgemacht.

Dr. Manfred Böttcher

Leserdebatte:

War es wirklich eine Konterrevolution?

Seit einiger Zeit erhalte ich von meinem Freund Exemplare des „RotFuchs“ und lese diese mit großem Interesse. Ich bin sehr angetan von dieser echten linken Zeitschrift, sie unterscheidet sich wohltuend von anderem, was sich links nennt. Aufgefallen ist mir unter anderem, daß oft in Beiträgen mit Blick auf den Niedergang der DDR und ihre Vereinnahmung durch die BRD von einer „Konterrevolution 1989“ gesprochen wird.

Mit dieser Bewertung kann ich mich nicht anfreunden, weil die eigentlichen Ursachen übergangen werden. Einige Genossen machen es sich hier doch etwas zu einfach, glaube ich. Man schreibt kaum etwas über jene inneren Entwicklungen, vor allem volkswirtschaftliche, in den letzten Jahren, die die Festigung und Stärkung der Republik untergruben und letztendlich zum Untergang des Sozialismus in unserem Lande und in Europa entscheidend beitrugen.

Die Motive jener Genossen weiß ich wohl zu schätzen. Vielleicht liegt ihnen der Schmerz über den Verlust unserer Republik zugrunde und das Nicht-Sehen-Wollen, daß der europäische Sozialismus am Ende seines Lateins angelangt war. Dem Gegner einen (konter-)revolutionären Sieg einzuräumen, geht mir gegen den Strich. Das anzuerkennen würde doch bedeuten, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht nicht gefestigt war, daß konterrevolutionäre Gruppierungen sich nach Belieben formieren und organisieren konnten, ohne bemerkt und gehindert zu werden.

„Konterrevolution ist die Reaktion der inneren und äußeren Feinde auf die Revolution.“ (Meyers Lexikon) Das könnte man bestenfalls noch auf die Juni-Ereignisse 1953 beziehen, als nach der II. Parteikonferenz der SED gerade mit dem planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus begonnen worden war. Aber doch nicht nach 40 Jahren Arbeiter-und-Bauern-Macht. Wie kann da plötzlich eine Konterrevolution siegen, nach über 70 Jahren Sowjetunion und 40 Jahren sozialistischer Staatengemeinschaft?

Daß der innere und äußere Feind gegen den Sozialismus immer aktiv gekämpft hat, war doch stets klar und bekannt. Dem zu begegnen wurden die Schutz- und Sicherheitsorgane geschaffen, die viele Jahre ausgezeichnet gearbeitet haben.

Meiner Meinung nach ist der Sozialismus an seinen eigenen Unzulänglichkeiten gescheitert. Daß uns das alle betrübt, steht außer Frage. Man darf aber die Realitäten nicht verkennen. Soviel Gorbatschow auch Anteil am Niedergang des sozialistischen Weltsystems hatte, daran allein hat es nicht gelegen. Nur was den Zeitpunkt betraf und wie das Ganze abgelaufen ist, wurden wir überrascht. Die Zielstellungen des Sozialismus waren theoretisch, ideologisch, wirtschaftlich und kulturell unter den Bedingungen der

wissenschaftlich-technischen Revolution und des internationalen Klassenkampfes nicht mehr durchzuhalten. Hinzu kommt, daß die internationale Arbeiterbewegung schwächer wurde und viele kommunistische und Arbeiterparteien fast in der Bedeutungslosigkeit versanken. Vor allem die wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme, die neben objektiven viele subjektive Ursachen hatten und in deren Folge sich Defizite bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie einstellten, spielten hier eine wesentliche Rolle. International wie auch national büßte der Sozialismus immer mehr seinen Vorbildcharakter ein und verlor an Attraktivität. Trotz aller Errungenschaften wurden viele DDR-Bürger mit ihrem Dasein unzufrieden. Unser Staat besaß keine ausreichenden ökonomischen Möglichkeiten, die wachsenden Bedürfnisse der Menschen adäquat zu befriedigen. Auch in anderen Fragen wollten die führenden Genossen der SED nicht aus ihren Denkschemata heraus und verfielen in Sprachlosigkeit.

Vieles hätte nicht sein dürfen und brauchen, manches wäre ohne schwerwiegende Fehler besser gelaufen. Das Ende war sicher trotzdem nicht zu verhindern. Diesbezüglich finde ich mich bestätigt durch Eberhard Esche, der in seinem Interview für den „RotFuchs“ im September 2003 unter anderem sagte:

„Nicht der Imperialismus brachte den Sozialismus um. Ihn umzubringen war seine Klassenaufgabe. Die Mordversuche kann man ihm schwerlich vorwerfen, und er ist diese Taten nicht schlecht angegangen. Nur nicht gut genug. Der sich (scheinbar unverhofft schnell) selbst mordende Sozialismus zeigte sich, eigentlich von den Klassikern gedacht als Stoppschild ewiger Wiederholungen in der Geschichte der Ausbeutung der Menschheit, in

seiner zweiten Führungsgeneration als komplette Fehlbesetzung. In der Politik genauso wie am Theater trugen sich die schlechten Inszenierungen folgerichtig selbst zu Grabe.“

Esche beschränkt sich hier auf die Charakterisierung der subjektiven Seite.

Wenn die Ereignisse von 1989 nur die DDR betroffen hätten, wären wir heute niemals Bestandteil der BRD. So viel ist wohl klar. Es gibt genug Leute, die gern davon reden, sie hätten 1989 Revolution gemacht. Dem ist energisch zu widersprechen.

Liebe Genossen, vielleicht ist Euch meine Meinungsäußerung wert, sie im „RotFuchs“ zur kritischen Diskussion zu stellen. Ich wünsche Euch weiterhin gutes Gelingen.

Alfred Paul, Steinwiesen (67, langjähriges Mitglied der SED, heute parteilos)

Erste Bemerkung der Redaktion
Wir wollen der Diskussion nicht vorgreifen und stellen hier nur fest, daß die Wiederherstellung einer historisch überholten und bereits abgelösten Gesellschaftsordnung – in unserem Falle die Wiedereinführung des Kapitalismus anstelle des Sozialismus – ein konterrevolutionärer Vorgang ist. Und zwar unabhängig von den konkreten Umständen. Insofern handelte es sich 1989/90 keinesfalls um eine „Wende“ oder einen „Regimewechsel“, sondern um eine Konterrevolution – also das Gegenteil von Revolution. Zu ihr gehörten die Zerschlagung des sozialistischen Machtapparates, die Liquidierung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, die Rachejustiz und die Wiedererrichtung der Klassendiktatur der Bourgeoisie. Wir eröffnen die Debatte und bitten um Meinungsäußerungen.



Wie der DDR-Pädagoge Prof. Hofmann vor fast 20 Jahren die Dinge sah

Bildungspolitik in der BRD

1985 sprach in Wittenberg Professor Hofmann von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Sein Thema: Bildungspolitik und Pädagogik in der Bundesrepublik Deutschland.

Selten ist mir ein Vortrag so im Gedächtnis geblieben. Setzt man seine Analyse von damals in Beziehung zu den heutigen Gegebenheiten, wird vieles verständlicher, kann man die Probleme viel einfacher durchschauen.

Nur einige Themenkreise will ich hier – gestützt auf meine Notizen von damals – berühren:

Als erstes führte Prof. Hofmann ein Beispiel zur Frage der Planung von Bildung an: Er sagte, daß die damals 86 164 Bäcker in der BRD völlig ausreichend wären. Im Jahr 1984 aber begannen rund 43 000 Schüler, im Jahr 1985 dann 56 000 Schüler eine Lehre als Bäcker. Es sei, da nur 4,3 Prozent der Bäcker jährlich als „Abgang“ zu verzeichnen sind, wesentlich über den tatsächlichen Bedarf ausgebildet worden. Das bedeute dann natürlich für die Lehrlinge gleich nach Abschluß der Lehre Arbeitslosigkeit bzw. Umschulung.

Die Weltsituation war so, daß 1985 von 2,3 Mrd. Kindern und Jugendlichen auf der ganzen Welt lediglich ca. 873 Millionen eine schulische Ausbildung erhielten, viele nur auf Grundschulniveau mit einer Dauer von 4 bis 7 Jahren.

Im Zusammenhang mit den Erfordernissen der modernen wissenschaftlichen und technischen Entwicklung und der ständigen Veränderung der Struktur des Arbeitsmarktes (neue Berufe kommen hinzu, alte fallen weg) wies Prof. H. auf die Notwendigkeit hin, daß Bildung vor allem den Drang zum (lebenslangen) Lernen bzw. Weiterlernen erzeugen muß.

Die aus dem technischen Entwicklungsstand resultierende Einsparung an Arbeitskräften im produzierenden Bereich könne auf zwei Wegen kompensiert werden: 1. durch die Verkürzung der jährlichen bzw. Lebensarbeitszeit einschließlich der Absenkung des Rentenalters, 2. dadurch, daß man Teile der Jugend „von Anfang an ‚draußen‘ läßt“, sie also gar nicht erst in den Arbeitsprozeß integriert. Der zweite Weg sei der für kapitalistische Staaten effektivere.

Eine weitere Folge sah Prof. Hofmann voraus: Geistige Arbeit werde im Kapitalismus knapp. Insgesamt sei eine Produktivitätssteigerung über das Jahr 2000 hinaus zu erwarten, bei der mit der Hälfte der jetzt (also 1985) in der Industrie tätigen Anzahl von Menschen das Dreifache produziert werden könne.

Aus diesem Trend ergebe sich ein neues Schulkonzept: Bisher hatte die bürgerliche Schule den Auftrag, auf den Beruf vorzubereiten, wobei die Volksschule für die Masse, die Realschule für das mittlere technische Personal und die Gymnasien

für „Leitungskader“, also die oberen Managementebenen, ausbildeten. Nun, da sich anspruchsvolle Arbeit verknappt, erhält die Schule eine neue Funktion: Sie muß eine tätige Elite produzieren und eine „müßige Masse“ vorbereiten. Es wird eine Geisteselite und eine produktive Elite geben, erstere wird etwa 12 Prozent eines Schuljahrgangs ausmachen, letztere etwa 30 Prozent. Der Rest wird dann u. U. dort eingesetzt, wo die menschliche Arbeit billiger ist als die einer Maschine.

Prof. Hofmann verwendete zur Veranschaulichung dieser Situation folgendes Bild: Die Menschen werden in Zukunft in zwei Gruppen geteilt: Die erste ist der „Prometheus“-Typ: der arbeitende, schöpferisch tätige, zielgerichtet lebende Mensch, die zweite ist der „Orpheus“-Typ: der spielende, gedankenlose Mensch ohne Zukunft.

Mit dieser grundlegenden politischen Orientierung ist eine andere Seite verbunden: Wenn die Menschen in zwei neue „Klassen“ getrennt werden, eine arbeitende und eine von Arbeit ausgeschlossene, dann sind beide Gruppen „diszipliniert“: Die arbeitenden Menschen müssen Angst haben, bei kritischem Verhalten in die andere Kategorie „hinabgestoßen“ zu werden, aus der sie dann keine Chance haben, wieder aufsteigen zu können; die Gruppe der Arbeitslosen hofft, durch Wohlverhalten wieder den Aufstieg zu schaffen. (An dieser Stelle sei aus heutiger Sicht angemerkt, daß die gerade beschlossenen Reformen einer sich als sozialdemokratisch bezeichnenden Regierung genau diese Tendenz verstärken: Der Arbeitslose, der in der Regel das Opfer von Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt wird, trägt die Lasten dieses Fortschritts mit seinem persönlichen Vermögen, mit Einbußen an Lebensqualität und Lebensstandard, mit zunehmendem Ausschluß aus gesellschaftlicher Kommunikation, mit Entwertung seiner Qualifizierung und mit ständiger Angst vor der Zukunft. Hinzu kommen die entwürdigenden Prozeduren in der „Arbeitsagentur“, die ihn zu jeder noch so schlechten und unterbezahlten Arbeit zwingen kann! Und mit Hartz IV wird das Ganze noch wesentlich verschärft. In der Schule bedeutet dieses Konzept, die Hälfte der Schüler auf ein „Leben ohne Arbeit“ vorzubereiten, daß weniger Wissenschaft, weniger Grundwissen vermittelt werden, dafür eine stärkere emotionale Ausrichtung der Schüler erfolgen soll. Kinder sollen stärker mittels emotionaler Bindungen als auf der Grundlage eigener rationaler Einsicht in die Zusammenhänge und Hintergründe der zu beurteilenden Vorgänge entscheiden. Als Beispiel führte Prof Hofmann u. a. aus, daß die bisherige Forderung nach einem Grundwortschatz von 2800 Wörtern in der Unterstufe (Grundschule)

in Zukunft „zu viel“ sei. Die neuen inhaltlichen Vorgaben sind so gering, daß für zwei Drittel der Schüler bereits in der 7. Klasse abzusehen sei, daß sie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben werden.

In den USA wird dieses bildungspolitische Ziel bereits schonungslos durchgesetzt: Der „funktionelle Analphabet“ soll produziert werden, der eine Stufe unterhalb der Verwertbarkeit seiner Arbeitskraft bleibt. Die andere Seite ist die „gezielte Elitebildung für etwa 50 Prozent der Schüler“. Die theoretische Begründung für dieses Konzept wird aus dem Sozialdarwinismus bzw. Sozialbiologismus gewonnen.

Bildung wird zur Ware gemacht, zunehmend privatisiert. Jede Ausbildung, die über die Grundausbildung hinausgeht, muß privat bezahlt werden. Es ist also die „Selbsthilfe der Familien“ notwendig. Die Tendenz wird zunehmend darin bestehen, daß z. B. bei der Geburt eines Kindes die Paten oder Großeltern eine Ausbildungsversicherung abschließen. Verkauft wird dieses neue bildungspolitische Konzept mit einer Ideologie bzw. mit Parolen wie: „Der Mensch soll selbst entscheiden, wie viel, wie lange, mit wem er lernen will.“ „Zur Freiheit gehört auch der Rechtsanspruch, dumm bleiben zu können.“

Soweit der Auszug aus meinen Notizen. Nun möchte ich noch zwei aktuelle Bemerkungen aus eigener Sicht anfügen:

1. Wir leben in einer „Überfluß“-Gesellschaft, in der mehr produziert werden kann, als Menschen überhaupt sinnvoll verbrauchen können. Dieser Überfluß wird mit den Methoden der alten Mangel-Gesellschaft, wie sie bis zum Ende des 2. Weltkrieges in der Welt vorherrschte, verteilt. Die Verteilung dieses Überflusses kostet zur Zeit mehr Arbeits- und Lebenszeit, als die Arbeitszeit, die für die Produktion der materiellen, sozialen, kulturellen, geistigen Waren verwendet wird.

2. Wir leben in einer Gesellschaft, die aufgrund ihrer hohen Produktivität bei der Herstellung der materiellen Güter in der Lage ist, sich wie nie zuvor, auf den „sekundären“ Arbeitsfeldern zu entfalten: Hier meine ich Kultur, Bildung, Wissenschaft, Sport, Kunst, Umwelterhaltung, Kulturaustausch, Traditionspflege ...

Jeder Arbeitsplatz, der in der Industrie, im Dienstleistungsbereich eingespart wird, bedeutet – anders als von den Machtpolitikern gesehen –, daß ein Mensch freigesetzt wird, für diese „sekundären“ Arbeitsfelder. Aber die Realität ist, daß eine „Freisetzung“ in der Industrie den Entlassenen in die Arbeitslosigkeit stürzt. „Einsparungen“ von Arbeitsplätzen in der Produktion könnten ein Gewinn für die Gesellschaft sein, wenn die Kräfte anderweitig genutzt würden. Doch unter kapitalistischen Bedingungen kommt das Gegenteil dabei heraus.

Brunhild Krüger

Von der Katjuscha zur Kursk

Die Schlagzeile dieses Beitrags ist der Titel eines gerade im Kai Homilius Verlag erschienenen Buches über die russische Rüstung und Rüstungsindustrie von Frank Preiß. Der Autor war Offizier der NVA und hat 1990 die Militärpolitische Akademie „W. I. Lenin“ in Moskau absolviert. Um es vorweg zu sagen: Das Buch ist interessanter, teilweise sogar spannender, als der Titel vermuten läßt.

Ausgehend von einer kurzen Würdigung der enormen Leistungen der sowjetischen Verteidigungsindustrie wird ausführlich ihr Niedergang während der Zeit der Jelzinschen Präsidentschaft beschrieben. Im Ergebnis seiner Privatisierungswut seien schon Mitte der 90er Jahre nur noch 41,9% dieser Betriebe in staatlicher Hand gewesen, während 32% voll an Privateigentümer übergangen und 26,1% mit Staatsbeteiligung arbeiteten. Als gewichtiger wird der technische Zustand der Bewaffnung und Ausrüstung der Streitkräfte dargestellt, der sich „rasant einer kritischen Grenze“ nähere. „Russische Experten gehen davon aus, daß nur 20% der Bewaffnung und Ausrüstung als modern anzusehen sind, während der entsprechende Anteil in den Streitkräften der führenden Industriestaaten das Dreifache betrage.“ Zitiert wird ein ehemaliger russischer Verteidigungsminister, die Erneuerung des Waffenarsenals und der Militärtechnik werde mindestens 20 bis 25 Jahre dauern.

Mit der Ablösung Jelzins und des Übergangs der Macht an Präsident Putin sei „Licht am Ende des Tunnels“ erschienen. Als eine seiner ersten Handlungen wird die Inkraftsetzung einer Reihe von militärpolitischen Grundsatzdokumenten, u. a. eine Neufassung der „Militärdoktrin der Russischen Föderation“ dargestellt. Es ist äußerst verdienstvoll, diese Dokumente in einem umfangreichen Anhang zusammenzufassen und sie z. T. erstmals deutschen Lesern zugänglich zu machen. Jedenfalls hätte Putin die dort festgelegten Aufgaben des Staates für die „militärökonomische Sicherstellung der militärischen Sicherheit“ genutzt, um seinen Einfluß auf die Rüstungswirtschaft zielstrebig auszubauen, die Privatisierung in diesem Bereich zu stoppen,

die Finanzmittel der „Oligarchen“ für die Modernisierung der Streitkräfte zu nutzen und mit dem gleichen Ziel den florierenden russischen Außenhandel mit Waffen fest unter Staatskontrolle zu bringen. Ausdruck dieser Politik ist auch die Erhöhung des Verteidigungshauhalts von 80 Mrd. Rubel 1996 auf fast 350 Mrd. 2003, die sicher auch im Kontext mit einer gewissen Stabilisierung der russischen Wirtschaft insgesamt betrachtet werden muß: Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,1 Billionen Rubel auf 13,1 Billionen (S. 97), und für 2003 wurde ein Haushaltsüberschuß von 1,3 % des BIP erwartet.

Die für mich interessantesten Ausführungen des Buches gelten dem „Krieg der Zukunft“, dem „kontaktlosen Krieg“, wie ihn der Autor bezeichnet. Dieser wird die Modernisierung der russischen Armee zweifellos mitbestimmen. Von seiten der Amerikaner sei die Aggression gegen Jugoslawien genutzt worden, um diesen „Krieg der sechsten Generation“ gewissermaßen im „Feldversuch“ zu erproben. „Die militärtechnische und militärstrategische Analyse des Balkankrieges und seiner Nachfolger ließen den russischen Militärexperten buchstäblich das Blut in den Adern gefrieren ...“ Die Amerikaner hätten im Rahmen „einer bis dato nicht gekannten neuen Weltraum-Luft-See-Angriffsoperation“ koordinierte und hochpräzise Schläge geführt, wobei die für das Gefecht notwendigen Komponenten erstmalig nicht in der Nähe des Einsatzortes entfaltet waren. „Da insgesamt etwa 50 Satelliten direkt zum Einsatz kamen, hatten die USA ständig acht bis zwölf Satelliten über dem Kampfgebiet zur Verfügung. Diese bildeten gemeinsam mit den Luft- und Seeträgersystemen das Rückgrat der Angriffssysteme.“

Sie seien für die jugoslawische Luftabwehr natürlich unerreichbar gewesen. Preiß entwickelt schlüssige Gedanken zum organischen Zusammenhang der Jugoslawien-Aggression mit den beiden Angriffskriegen gegen Irak und dem Überfall auf Afghanistan. So sei z. B. die neue Munition der „Bunkerknacker“ (gigantische Brandbomben) in Jugoslawien nicht „abgearbeitet“ worden. „Wer hinterfragt schon, warum die Supermacht fast wochenlang irgendwelche gottverlassenen Höhlensysteme namens Tota-Bora bombardiert? Wer weiß schon, ob es dafür eine militärische Notwendigkeit gab.“ Jedenfalls stünden diese HTI-Systeme als ein wichtiges Element gegenwärtig ganz oben auf der amerikanischen Rüstungsliste. Bestimmte Komponenten des „kontaktlosen Krieges“ seien allerdings auch jetzt noch nicht hinreichend getestet, so daß der nächste „Probe-Krieg“ mit Sicherheit zu erwarten sei. „Die propagandistische Vorbereitung dafür hat offenbar bereits begonnen, und in diesem Zusammenhang

droht der US-Präsident regelmäßig schon mal in Richtung Syrien, Nordkorea, Iran oder Kuba.“

So plausibel für mich der logische Bogen des Buches gespannt scheint, so wenig kann ich Teilen der vom Autor bevorzugten Sprachregelung folgen. Vor allem seine Darstellung der sowjetischen Verteidigungsindustrie als „Militär-Industrie-Komplex des Sowjetstaates“ halte ich für falsch. Dieser Begriff – wie richtig vermerkt durch USA-Präsident Dwight Eisenhower geprägt – wurde von der marxistischen Gesellschaftswissenschaft übernommen und ist seither Bestandteil der Charakteristik monopolkapitalistischer Strukturen. Wieweit er gegenwärtig bereits für die russische Rüstungswirtschaft taugt, vermag F. Preiß sicher besser zu beurteilen. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, ihn jemals von sowjetischen Genossen im Zusammenhang mit ihrer Verteidigungsindustrie gehört zu haben. Man sollte sich hüten, die marxistisch besetzten und definierten Begriffe mit gegensätzlichem Inhalt zu versehen. Ich halte auch die Verwendung solcher ideologiebefrachteten Wortungeheuer wie „staatssozialistische Modernisierungsdiktatur in der UdSSR“ oder „Tendenzen und Formen der Militarisierung der eigenen Gesellschaft“ für wenig hilfreich. Eine etwas kritischere Sicht auf die Sprache der „Erneuerer“ hätte dem Buch gutgetan.

Frank Mühlefeldt, Oberst a. D.

Frank Preiß. Von der Katjuscha zur Kursk, Kai Homilius Verlag, Berlin 2004, 396 Seiten, 24,80 Euro, ISBN 3-89706-883-4

**In diesem Sinne
können die Kommunisten
ihre Theorie in dem
einen Ausdruck:
Aufhebung des
Privateigentums
zusammenfassen.**

**Marx/Engels. Manifest der
Kommunistischen Partei.**

Wir grüßen
unsere bisherigen
Regionalgruppen-Vorsitzenden
in Halle, Genossen

Joachim Thel

der seit längerem
schwer erkrankt ist.

Wir fühlen uns mit ihm in
enger Freundschaft verbunden.

Achim gehört weiterhin der
Leitung der Regionalgruppe an.

Hans Heinz Holz bei Schülern

Am zweiten Tag seiner Mecklenburg-Fahrt, die vom „RotFuchs“ arrangiert worden war, traf Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Heinz Holz mit etwa 40 Schülern aus 12. Klassen zusammen. Er beschrieb ihnen seinen Weg von den ersten frühen Begegnungen mit Philosophie über die suchenden Studien und die Teilnahme an Klassenkämpfen seiner Jugendjahre zum konsequent handelnden und lehrenden Marxisten.

Die jungen Leute folgten gespannt, diszipliniert und mit wachsend achtungsvollem Staunen den souveränen Darlegungen des 77jährigen Gelehrten.

Ohne Vorlagen verwenden zu müssen, fügte Hans Heinz Holz 90 Minuten lang Argument an Argument, vermochte er durch treffende Beispiele seine Aussagen zu belegen und Konsequenzen zu ziehen. Eine von ihnen besteht darin, die Verantwortung der Benachteiligten für den Wandel von der gegenwärtigen kapitalistischen Ungerechtigkeit zu den Idealen des Grundgesetzes wahrzunehmen. Es ist wohl der Übereinstimmung von selberlebten und beobachteten Elenderscheinungen (Arbeitslosigkeit, Ausbildungsmisere, Sozialniedergang) und deren schlüssiger Ursachenbenennung durch den namhaften Philosophen zu danken, daß sich die Teilnehmer des Gesprächs mehr und mehr öffneten und anstelle der



Foto: Armin Neumann

verbreiteten „Null-Bock-Ablehnung“ aufgeschlossenes Interesse bekundeten.

H. H. Holz verband seine feste kommunistische Position mit nüchterner Kritik an der bestehenden Gesellschaft. Aus der dialektischen Analyse der Haupttendenzen der sozialen Entwicklung leitete er ein Zukunftsbild ab, das als Kontrast zur Gegenwart die Alternative einer auf Gemeineigentum an Produktionsmitteln basierenden Ordnung vorsieht.

Die anfangs zurückhaltende Diskussion führte dann zu der staunend ungläubi-

gen Nachfrage aus den Reihen der jungen Leute, ob der Professor denn tatsächlich der Meinung sei, daß der Sozialismus eine neue Chance erhalten werde. Genosse Hans Heinz Holz bejahte das im Prinzip, bestand aber nur auf Gemeineigentum. Vieles werde wegen der anderen Zeitumstände, der veränderten Bedingungen und der Menschen mit anders gearteten Erfahrungen ein erneuerter Versuch der Menschheitsbefreiung sein und könnte auch anders heißen. **Günter Schmidt**

„RotFuchs“-Förderverein im Netzwerk Cuba

Seitdem sich die revolutionäre Regierung Kubas 1961 zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bekannt hat, ist den verschiedenen USA-Regierungen jedes Mittel recht, dem kubanischen Volk erneut den „American Way of Life“ in einer Halbkolonie aufzuzwingen, den es mit dem Sturz der Batista-Diktatur hinter sich gelassen hatte. Nach dem Scheitern ihrer Invasion an der Playa Girón im April 1961 haben sie bisher keine weiteren Versuche unternommen, ihre erklärte Absicht mit militärischer Gewalt zu erreichen, sofern man von den zahllosen Terroranschlägen absieht, die die von ihnen finanzierten konterrevolutionären Banden u. a. gegen kubanische Flugzeuge und Touristenhotels verübt haben. Sie forderten mehr Opfer als der Anschlag auf das New Yorker World Trade Center am 11. 9. 2001. Um so nachdrücklicher betreiben die USA ihre Versuche der politischen und diplomatischen Isolierung und ökonomischen Strangulierung Kubas, das nach dem Sieg der antisozialistischen Konterrevolution in Europa wichtige Freunde und Verbündete verloren hat. Hauptkampfform ist die ständig modifizierte und verschärfte Wirtschaftsblockade. Die jüngsten Maßnahmen bestehen in der rigorosen Einschränkung der Geldsendungen der in den USA lebenden Exilkubaner und des Besuchs ihrer in Kuba lebenden Verwandten sowie der angekündigten „Einflußnahme auf befreundete Regierungen“, den Kuba-

Tourismus zu erschweren. Er wird in den Vereinigten Staaten empfindlich bestraft. Damit soll die weitere Konsolidierung der kubanischen Wirtschaft, deren wichtigster Zweig der Tourismus ist, unterbunden werden, was nach bewährtem Muster Havanna angelastet wird. Man will den Boden bereiten, um den angestrebten konterrevolutionären Umsturz in Szene zu setzen.

Es ist fast überflüssig zu erwähnen, daß die Bundesregierung auch in diesem Fall der Mißachtung des Völkerrechts und der Führung eines unerklärten Krieges an der Seite der imperialistischen Hauptmacht steht. Jüngste Beispiele dieser Haltung sind die Verurteilung Kubas wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen und der Boykott der Buchmesse in Havanna im Februar 2004. Auf Grund des von den Mainstream-Medien vermittelten verzerrten Kuba-Bildes wird dieses Vorgehen durch die Öffentlichkeit der BRD ohne hörbaren Protest hingenommen.

Es ist folgerichtig, daß in dieser Situation der „RotFuchs“ seine solidarische Verbundenheit mit dem sozialistischen Kuba auch organisatorisch durch seine Mitgliedschaft im Netzwerk Kuba manifestiert und die sich ergebenden Verpflichtungen übernimmt.

Sie bestehen vorrangig darin, unsere mediale Wirksamkeit sowohl im gedruckten „RotFuchs“ als auch auf unserer Website dafür einzusetzen, über die trotz Blockade

auch für die BRD beispielhaften sozialen Leistungen wie kostenlose Bildung und medizinische Betreuung und die erreichten Fortschritte in der ökonomischen Entwicklung vor allem aber über die beispielgebende Solidarität des revolutionären Kuba mit den anderen Trikont-Ländern, ständig zu berichten. Wir können so dazu beitragen, der aktiven Solidarität mit dem kubanischen Volk auch in der BRD eine breitere Basis zu verschaffen.

Solidarität mit Kuba! Schluß mit der Blockade! Unter diesem Motto haben im Juni 1993 in Frankfurt/M. Kuba-Solidaritätsgruppen aus der gesamten Bundesrepublik das „NETZWERK Cuba – Informationsbüro“ gegründet.

Es versteht sich als Koordinations- und Informationsstelle, ein Instrument zur Bündelung der Kräfte der einzelnen Organisationen für politische und materielle Solidarität mit Kuba. An der Gründungsversammlung beteiligten sich Vertreter von 14 Organisationen. Der „RotFuchs“-Förderverein e. V. wurde am 5. Juni 2004 als 42. Mitglied aufgenommen und wirkt gemeinsam mit der AG Kuba-Solidarität der DKP, Cuba Si, MediCuba, mehreren Gewerkschaftsorganisationen, der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba u. a.

NETZWERK Cuba e. V. ist Herausgeber der NETZWERK Cuba Nachrichten und unterstützt aktiv die Verbreitung der deutschsprachigen „Granma Internacional“. **Dr. Hartwig Strohschein**

Willi-Bredel-Gesellschaft erinnert an „Vatti“ Hoffmann

Ein Held aus Hamburg



Sie lernten sich vermutlich in der Redaktion der Hamburger Volkszeitung (HVZ) näher kennen. Sie waren beide ursprünglich Metallarbeiter. Sie kämpften beide mit der Waffe in Spanien gegen den Faschismus. Wenn Willi Bredel seine geliebte Heimatstadt Hamburg besuchte, dann meldete er sich fast immer bei Erich Hoffmann und seiner Frau Elsa. Die alte Freundschaft aus der Zeit vor dem Faschismus hatte sich trotz räumlicher Distanz erhalten. So überraschte es auch nicht, daß Willi Bredel in seinem 1960 erschienenen Hamburg-Buch „Unter Türmen und Masten“ Erich Hoffmann mit einer kleinen biografischen Skizze würdigte. Erich war im Vorjahr an den Folgen seiner Verletzung im Spanischen Bürgerkrieg und den Mißhandlungen im KZ gestorben. Seine Beisetzung auf dem Ohlsdorfer Friedhof, bei der über zweitausend Menschen von ihm Abschied nahmen, gestaltete sich zu einer Manifestation gegen das seit 1956 geltende KPD-Verbot. Erichs Frau Elsa war von 1995 bis zu ihrem Tode, 2001, Mitglied der Willi-Bredel-Gesellschaft. Sie vermachte uns einen Teil seines und ihres politischen Nachlasses.

Hans-Kai Möller

Willi Bredels Salud

Er wurde Vatti genannt, schon in seiner Jugend, und zwar wegen seiner Hilfsbereitschaft, seiner Sorge um jeden Kameraden. Als junger Arbeiter schloß er sich der Kommunistischen Jugend an. Sein bester Freund wurde Edgar André. Als der die Leitung des Roten Frontkämpferbundes in Hamburg übernahm, wurde Vatti Leiter des Jungsturms. Wie seine Kameraden hat er sein Leben nicht geschont,

um die große Sache der Arbeiterklasse vor Anschlägen und Verbrechen zu schützen. Arbeiter wählten Erich Hoffmann, wie seinen Freund Edgar André, als Abgeordneten in die Bürgerschaft. Gleichzeitig trat Erich als Redakteur in die Redaktion der „Hamburger Volkszeitung“ ein und wurde in den letzten Jahren der Weimarer Republik wiederholt von den reaktionären Klassenrichtern wegen Lappalien von Pressedelikten ins Gefängnis geworfen.

Als die Nazis die politische Macht an sich rissen, verschleppten sie Erich Hoffmann ins Konzentrationslager Fuhlsbüttel. Hier wurde er zusammen mit Edgar André viehisch mißhandelt. Während sie diesen töteten, gelang es Erich Hoffmann, seinen Mördern zu entkommen. Als einer der ersten eilte er nach Ausbruch des militärisch-faschistischen Putsches gegen die Republik nach Spanien und trat als Freiwilliger in die Reihen der Internationalen Brigaden ein. Er wurde Panzersoldat und in den erbitterten Kämpfen vor Madrid schwer verwundet. Er blieb in Spanien. Mit den letzten antifaschistischen Kämpfern verließ er 1939 das Land und wurde



beim Grenzübertritt von französischen Behörden in ein Konzentrationslager gesteckt. Dort wurde er festgehalten, bis die Hitlerwehrmacht nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges Frankreich besiegt hatte und französische Reaktionäre ihn mit vielen anderen antifaschistischen Spanienkämpfern an die Gestapo auslieferten.

Erich Hoffmann wurde nach Auschwitz transportiert und mußte in diesem Massenvernichtungslager ein grauenvolles Martyrium ertragen. Aber er verzagte auch hier nicht. Als erstes gründete er im Lager aus den zuverlässigsten Genossen eine Widerstandsgruppe. In Birkenau rettete er hundertachtundfünfzig jüdischen Kindern, deren Eltern vergast worden waren, das Leben. Es gelang ihm, Stu-

benältester zu werden und die Aufsicht über diese Kinder zu bekommen. Er war ihnen ein echter Vatti. Als 1945 die Stunde der Befreiung gekommen war, schrieb er: „Als der Tag unserer Befreiung anbrach, konnten wir mit Recht stolz darauf sein, unseren bescheidenen Beitrag für die Niederlage der Hitlerherrschaft nach besten Kräften beigesteuert zu haben. Dies um so mehr, als die Absicht der SS, die Kinder zu vernichten, mißlungen war. 158 von 160 ungarischen Kindern konnten den Tag der Befreiung erleben. Das Gelingen unseres Planes zur Rettung unserer Schützlinge sprach für die antifaschistische Haltung der politischen Häftlinge und singt das Hohelied der brüderlichen Solidarität.“

Erich Hoffmann ging unverzüglich nach Hamburg zurück und nahm seine politische Tätigkeit wieder auf. Er kümmerte sich besonders um die Wohnungs- und Obdachlosen. Er wurde erneut in die Bürgerschaft gewählt. Zugleich übernahm er die Chefredaktion der „Hamburger Volkszeitung“. Er schonte sich nicht. Er erlebte das Wiederaufkommen des neuen deutschen Militarismus, das systematische Hochpöppeln ehemaliger

Wehrwirtschaftsführer und Generale Hitlers im Bonner Staat, das Verbot der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Presse, auch der „Hamburger Volkszeitung“...

Erich Hoffmann starb an den Folgen von Verletzungen und Mißhandlungen im Alter von 53 Jahren. Er liegt, seinem Wunsche entsprechend, auf dem Ohlsdorfer Friedhof bei den Revolutionsopfern, nahe dem Grab seines Freundes Edgar André.

Aus: Willi Bredel, *Unter Türmen und Ma-*

sten. Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung von Anna-Maj Kraus im Rundbrief der Willi-Bredel-Gesellschaft 2004.

Mit tiefer Erschütterung haben wir erfahren, daß der junge Sozialist und RF-Leser

Fabian Bansmann
aus Hofgeismar

am 2. Juni erst 17jährig bei einem Autounfall ums Leben gekommen ist.

Wir trauern um ihn.



Besetzung des Palasts der Republik durch das Kapital

Im einstigen Palast des Volkes tagte – zur eignen Schande – jetzt das Kapital. Da sieht man, wer regiert in diesem Lande, denn die Symbolik ist fatal: Hier konnten Menschen feiern, lachen, leben; ein Haus des Volkes war's, jetzt nur noch ein Skelett. So ist es mit der großen Freiheit eben: Die draußen essen in der Suppenküche, die drinnen werden ohne Mühe fett. Wer arm ist, soll gefälligst früher sterben, der Mensch gilt nichts, es lebe der Profit; ein Arbeitsloser hat nichts zu vererben, das Kapital diktiert, die Politik macht mit. Tarifrecht abgeschafft und Billiglöhne eingeführt, der hat verloren, der dagegen sich nicht rührt! Der Kanzler wird gelobt, der das vollzogen und auf Geheiß des Kapitals das Volk belogen. Die Staatsverfassung heißt „Demokratie“ – wir nennen's: Diktatur der Bourgeoisie!

Eva Ruppert

Milliarden Patronen

Ohne Rücksicht auf Verluste bläst USA-Präsident Bush den Militäretat weiter auf. Er garantiert der Rüstungsindustrie im wahrsten Sinne des Wortes ein „Bomben“-Geschäft. Die größten Zulieferer der Streitkräfte sind kaum noch in der Lage, den Bedarf an Munition und Ausrüstung zu decken. Und dabei verschlingen nicht die anhaltenden und von den Medien kleingeredeteten Kämpfe in Irak, sondern vor allem intensivierte Manöver in den USA Unmengen an Rüstungsgütern und bescheren den Waffenlieferanten so eine Auftragswelle.

Der Munitionshersteller Alliant Techsystems beispielsweise steigerte im Standort Missouri die Produktion so stark wie zuletzt im Vietnam-Krieg. Die Bestellungen durch die Regierung stiegen um 37 %, vor allem für Kleinkalibergeschosse. In den vergangenen drei Jahren mußten 1000 Arbeiter eingestellt, und die Produktion mußte wieder in Schichten rund um die Uhr organisiert werden. Denn seit 2001 hat sich der Verbrauch von Munition für Pistolen und Gewehre verdoppelt. So schafft Alliant mit 1,2 Milliarden Patronen Jahreskapazität keine Bedarfsdeckung mehr. Und die Streitkräfte stellen hohe Ansprüche an die Geschosse. Schließlich hänge von ihnen das Leben der Soldaten ab. Gebraucht werden mindestens 2 Milliarden Patronen. Der Konzern sucht dringend weitere Zulieferer. Alliant will in ein Werk in Minnesota investieren. Heute werden auf amerikanischen Truppenübungsplätzen, auch von den 70000 Soldaten in der BRD, mehr Patronen verschossen als im Kampfeinsatz. Vor allem die Versorgungseinheiten brauchten mehr Training, weil sie zunehmend unter den Beschuß von Terroristen kämen.

Verteidigungsexperten sprechen davon, daß einige Ausrüstungsgegenstände knapp würden und das Heer sich um den Nachschub Sorgen mache. Seit einer Generation wäre zu wenig Geld in seine Ausrüstung investiert worden, weil Politiker jahrelang geglaubt hätten, daß es in Zukunft nur wenige große Konflikte geben werde, und daß diese vor allem aus der Luft geführt werden könnten. Der „Krieg



Grafik: Arno Fleischer

gegen den Terrorismus“ habe nun das Gegenteil bewiesen. Betroffen seien vor allem schuhsichere Westen, Kleinkalibermunition und Panzerkettenprofile. Der Verbrauch der Gummiprofile für Kampfpanzer sei gegenwärtig fast zehnmal so hoch wie in Friedenszeiten, beklagt der für den Nachschub zuständige General Kern. Kampfeinheiten hätten zwar genügend Munition zur Verfügung und würden mit Ausrüstungsgegenständen versorgt, die man anderswo abziehe. Aber die Lage sei insgesamt problematisch. So ist die Beschaffung von genügend Batterien für Nachtsichtgeräte und Funkgeräte schwierig. Der Batteriehersteller Saft aus Valdese in North Carolina produziert seit einem Jahr im Dreischichtbetrieb. Die Firma erzeugt 90 % der gebräuchlichsten Batterien für das Heer. Nach Kern wird dessen gesamte Ausrüstung gerade benutzt oder kehrt zur Wartung aus dem Kampf zurück.

Die Beschaffung von Treib- und Schmierstoffen belastet den Weltmarkt und nicht zuletzt die Preise an den deutschen Tankstellen. Und das, obwohl sich die USA die irakischen Ölfelder schon vor

dem offiziellen Marschbefehl durch verdeckten Einsatz einer Spezialeinheit sicherten. Das irakische Ölministerium genießt den besonderen Schutz der USA vor Ort. Die Seilschaften zwischen der Bush-Administration und der Ölindustrie funktionieren eben. Und die Rüstungskonzerne haben Grund zum Jubeln. Volle Auftragsbücher, endlich Auslastung der Kapazitäten, und dank der rasant steigenden Nachfrage kann man auch wieder hohe Preise verlangen.

Aber es geht allein um Demokratie und Freiheit. Für das Kapital.

Richard Georg Richter

Zu dem Beitrag von Armin Stolper im Juli-„RotFuchs“ teilen wir ergänzend mit, daß das Buch von Manfred Wekwerth „Mit Brecht in Havanna“ im Spotless Verlag (ISBN 3-933544-92-0) erschienen ist und 5,10 Euro kostet.

Wie Washington 1964 seinen „Überfall auf Radio Gleiwitz“ inszenierte

Die „Tongking-Golf-Affäre“

Den Aggressionskrieg gegen Irak rechtfertigte Georg W. Bush mit der Behauptung, Bagdad verfüge über Massenvernichtungswaffen, mit denen es die USA und die weltliche Welt bedrohe. Beweise dafür konnten nicht vorgelegt werden. Auch nicht durch die Inspektoren, selbst jene aus den Reihen der CIA. Der USA-Präsident wurde vor aller Welt der Lüge überführt.

Washington war nie verlegen, Vorwände für seine kolonialen Eroberungen, Überfälle und konterrevolutionären Operationen zur Niederschlagung von Befreiungsbewegungen zu erfinden. Erinnert sei nur an die Intervention gegen das damals spanisch kolonisierte Kuba, für die 1898 ein Sprengstoffanschlag auf das US-Panzerschiff „Maine“ als Auslöser diente. Später wurden kubanische Emigranten, die einen Anschluß an die USA betrieben, dafür verantwortlich gemacht. Es begann eine Periode imperialistischer Expansionen. Innerhalb eines Jahrzehnts annektierten die USA die östlichen Samoa-Inseln und Hawaii, Puerto Rico, die Philippinen und Guam, erklärten Kuba zum Protektorat, installierten in Panama eine Marionettenregierung und unterwarfen die Dominikanische Republik ihrer Vorherrschaft.

In Vietnam ging es um die Zerschlagung des Sozialismus, die Beherrschung Südostasiens und um eine Aufmarschbasis gegen China und die UdSSR. Mit einer üblen Provokation schufen die USA im August 1964 den „Anlaß“, ihre Luftangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam zu beginnen. Im Golf des Bac Bo, den die Franzosen Tongking getauft hatten, inszenierten sie einen schwerwiegenden Zwischenfall. Bei der Monate zuvor geplanten Operation handelte sich um einen Racheakt für in Südvietnam durch die Nationale Befreiungsfront FNL erlittene Niederlagen. Der Nationale Sicherheitsrat der USA hatte schon am 17. März 1964 auf Drängen Präsident Lyndon B. Johnsons diesen ermächtigt, innerhalb von 72 Stunden „Vergeltungsaktionen gegen Nordvietnam zu beginnen“ und „binnen 30 Tagen das Programm des ‚abgestuften offenen militärischen Drucks‘ zu starten“.

Die vom Befehlshaber der USA-Truppen in Südvietnam, General Westmoreland, und dem Kommandierenden der 7. US-Flotte, Vizeadmiral Roy Johnson, geleitete Operation begann am 30. Juli. Auf Befehl Westmorelands überfielen an diesem Tag Einheiten der Saigoner Marionettenarmee mit Amphibienfahrzeugen die zur DRV gehörenden Inseln Hon Me und Hon Nieu im Golf von Tongking. Der Zerstörer „Maddox“ drang in Hoheitsgewässer der DRV ein, um das Kommandounternehmen gegen nordvietnamesische Küstenschutzboote abzusichern. Am 2. August drehte die „Maddox“ nach dem Auftauchen der DRV-Torpedoboote zunächst ab. USA-Präsident Johnson verfügte unverzüglich

die Entsendung eines zweiten Zerstörers „Turner Joy“, der am 4. August gemeinsam mit der „Maddox“ erneut in die nordvietnamesischen Hoheitsgewässer eindrang. Beide Zerstörer eröffneten das Feuer auf Küstenschutzschiffe, welche zurückgeschossen. Washington verbreitete in Eilnachrichten, die Nordvietnamesen hätten zwei US-Zerstörer in internationalen Gewässern angegriffen. Der „ungeheuerliche Aggressionsakt“ werde mit „Vergeltungsschlägen“ beantwortet. Auf Befehl des USA-Präsidenten griffen daraufhin 64 Jagdbomber mehrere Kriegsschiffe der DRV-Marine, Ortschaften im Küstengebiet des Golfs und Versorgungslager an. Systematisch wurden die Luftattacken in den folgenden Monaten auf das gesamte Gebiet der DRV zu einem mörderischen Bombenkrieg ausgeweitet.

USA-Verteidigungsminister McNamara behauptete am 6. August, die beiden Zerstörer hätten sich auf einer „normalen Patrouillenfahrt“ befunden und nichts mit den Aktivitäten der südvietnamesischen Kriegsschiffe zu tun gehabt. Am 16. August verabschiedete der USA-Kongreß auf Ersuchen Johnsons, der sich auf einen 20seitigen Geheimdienstbericht stützte, mit nur zwei Gegenstimmen ein Ermächtigungsgesetz, das diesen autorisierte, „jeden bewaffneten Schlag gegen die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zurückzuweisen und weitere Aggressionen zu verhüten“.

Dreieinhalb Jahre später, im Januar 1968, befaßte sich der Außenpolitische Ausschuß des USA-Senats unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit und der Bewegung gegen den Vietnamkrieg mit dem „Tongking-Zwischenfall“. Es kam ans Licht, daß sich Präsident Johnson mit verlogenen Behauptungen, die seine Geheimdienste stützten, die Ermächtigung des Kongresses erschlichen hatte. Eine Auswertung der Logbücher der beiden Zerstörer sowie der Aufzeichnungen des Funkverkehrs zwischen „Maddox“-Kommandant Herrick und dem Befehlshaber der 7. Flotte ergab, daß die Kriegsschiffe in eine gezielte Provokation zur Auslösung des Luftkrieges gegen die DRV eingebunden waren. Sie hatten den Auftrag, für die anschließend geplanten Luftangriffe „die elektronischen und Radarsysteme Nordvietnams zu stimulieren, um deren Ortung zu erleichtern“. Sie operierten auch nicht in internationalen Gewässern, sondern waren in die Zwölfmeilenzone Nordvietnams eingedrungen und hatten, wie der damalige Senator Albert Gore es ausdrückte, „unmittelbar vor der Küste die Wellen gepflügt“. Die Untersuchung bestätigte, daß ihr Auftrag weiter darin bestand, den unter US-Kommando erfolgreichen Angriff der südvietnamesischen Kriegsschiffe auf die nordvietnamesischen Inseln gegen Küstenschutzboote der DRV abzusichern. Schließlich kam heraus, daß keiner der beiden angeblich von nord-

vietnamesischen Torpedos getroffenen Zerstörer irgendwelche Beschädigungen aufwies. Unter den Schiffsbesatzungen hatte es keine Verluste gegeben. Kapitän Herrick hatte obendrein gegenüber der Navy-Zentrale Zweifel an der verbreiteten Darstellung geäußert und empfohlen, „eine umfassende Bewertung vor Einleitung weiterer Schritte“ durchzuführen. Die Senatsuntersuchung trug dazu bei, daß Präsident Johnson am 1. November 1968 die Einstellung der Terrorangriffe auf Nordvietnam erklären mußte. Im Juni 1970 annullierte der Kongreß schließlich das Ermächtigungsgesetz vom 16. August 1964.

Weitere Einzelheiten kamen 1971 durch die sogenannten Pentagon Papers ans Licht, welche die „New York Times“ ab 13. Juni d. J. veröffentlichte. Für die im August begonnenen Kriege gegen die DRV hatte der Präsident bereits im Februar 1964 einem von der CIA vorgelegten Operationsplan 34-A zugestimmt. Er beinhaltet Spionageflüge über Nordvietnam, Diversionen abgesetzt oder eingeschleuster Kommandos der von der CIA geführten Special Forces, Überfälle von See aus, Entführungsaktionen im Küstenbereich sowie Sabotageakte auf Eisenbahnlinien und Brücken. Am 17. März 1964 hatte Johnson zwei weitere Pläne für „selektive Bombenangriffe“ auf Nordvietnam und im April ein „Drehbuch“ für die „Eskalation des Krieges in drei Stufen“ bestätigt. „Der Spiegel“ zitierte daraus später (Nr. 12/1965) wie folgt: „Erste Stufe: Amerikanische Bomber zerstören die in Nordvietnam gelegenen Versorgungsanlagen und Ausbildungslager der südvietnamesischen Partisanen. Zweite Stufe: US-Bomber zerschlagen Kohlegruben, Stahlwerke und vor allem Kraftstoffanlagen, die Nordvietnams Industrie versorgen. Dritte Stufe: Die US-Luftwaffe bombardiert die Nordvietnam-Metropole Hanoi und das dichtbesiedelte Mündungsgebiet des Roten Flusses.“

Laut den Pentagon-Papieren flog die U. S. Air Force vom Februar 1965 bis Ende Oktober 1968 rund 107 700 Angriffe gegen Nordvietnam. Dabei wurden insgesamt 2581876 Tonnen Bomben abgeworfen bzw. Raketen abgeschossen. Das war eine weit größere Menge, als die USA insgesamt während des zweiten Weltkrieges eingesetzt hatten. Nach unvollständigen Angaben wurde mehr als eine halbe Millionen Menschen, größtenteils Zivilisten, in Nordvietnam Opfer der verbrecherischen Kriegspolitik Johnsons. Insgesamt zählte man in ganz Vietnam fast drei Millionen Kriegstote.

Es sollte nicht vergessen werden, daß der USA-Imperialismus im April 1975 in Vietnam scheiterte. Sozialismus und nationale Befreiungsbewegung fügten ihm die bis dahin schwerste Niederlage zu.

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

In Venezuela findet eine nationale Befreiungsrevolution statt

Wofür steht Präsident Hugo Chávez?

David Velásquez, 26, Generalsekretär der Kommunistischen Jugend Venezuelas und Mitglied des Politbüros der KPV, gewährte der Brüsseler Zeitung „Solidaire“ ein Interview zur Lage in dem von schweren Klassenauseinandersetzungen erschütterten Land. Gegenwärtig erhielten 15000 junge Venezolaner in Kuba eine Ausbildung als Sozialarbeiter, während 13000 kubanische Ärzte in Venezuela – vor allem in Armenvierteln und auf dem Lande – tätig seien, erklärte Velásquez.

Die als „Mission Robinson“ bezeichnete Alphabetisierungskampagne – ein Schlüsselprojekt der von Präsident Hugo Chávez angeführten Bolivarischen Revolution – verlaufe erfolgreich. 1,2 Millionen Menschen hätten in ihrem Rahmen bereits Lesen, Schreiben und Rechnen gelernt. Auf jeweils 10 Schüler entfalle ein Lehrer. Auch Videos und Fernsehen würden eingesetzt. Der Unterricht erfolge meist in den Wohnungen von Kursanten, also in deren eigenem Milieu. Parallel zur Alphabetisierung, an der auch Angehörige der Armee beteiligt seien, liefen Programme für gesundheitliche Betreuung, soziale und ökonomische Projekte sowie der Bau von Wohnungen für die ärmeren Bevölkerungsschichten.

Die „Mission Robinson“ setze sich zum Ziel, 500000 Venezolanern einen Abschluß der Grundschule zu ermöglichen. Die „Mission Rivas“, die sich anschließen wolle 600000 Landesbürgern den mittleren Abschluß verschaffen. Und die „Mission Sucre“ schließlich ziele darauf ab, 500000 Menschen aus dem Volk für ein Hochschulstudium vorzubereiten.

Mit Hilfe des „Plans Barrio Adentro“ wird ein modernes Gesundheitswesen in abgelegenen Dörfern aufgebaut. Übrigens bilden kubanische Mediziner künftige venezolanische Ärzte auch an Ort und Stelle aus.

„Handelt es sich wirklich um eine Revolution?“, wurde Velásquez gefragt. Seine Antwort: Das Regierungsprogramm sei absolut alternativ zu allem bisher Dagewesenen. Dabei gehe es auch um die sukzessive Umwandlung des derzeitigen Staates, der den Reformen zweifellos im Wege stehe. Während sich Chávez um Legalität bemühe, sabotierten seine Gegner seit mehr als zwei Jahren die neue Rechtsordnung des Landes. Auch der Oberste Gerichtshof blockiere das Gesetz über die Reformen. Deshalb müsse die Bolivarische Revolution Schritt für Schritt Strukturen eines parallelen Staatsapparates schaffen.

In Venezuela handle es sich um eine nationale Befreiungsrevolution. Die Republik habe zwar schon 1824 ihre politische Unabhängigkeit erlangt, sei aber ökonomisch abhängig geblieben. Dieser Widerspruch müsse aufgehoben werden. In politischer Hinsicht wolle man die klassische repräsentative Demokratie

**Vorkämpfer
der
Revolution
in Latein-
amerika:
Venezuelas
Hugo Chávez
und
Kubas
Fidel Castro**



durch eine Demokratie unter aktiver Beteiligung der Massen ersetzen. Im künftigen neuen Staat werde das Volk die Macht ausüben. Dazu sei aber ein Wandel der Produktionsverhältnisse unerlässlich. Es gehe darum, den Hauptakzent auf Unternehmen in öffentlicher Hand zu legen und jegliche Privatisierungsmaßnahmen zu stoppen oder rückgängig zu machen. Zugleich müsse die Industrie entwickelt und diversifiziert werden.

Die Bourgeoisie und die großen Grundbesitzer leisteten hartnäckigen Widerstand. Seit der Annahme des Gesetzes über die Bodenreform im Jahre 2001 seien mehr als 100 arme Bauern beim Kampf um Ländereien getötet worden. Im Dezember 2001 habe es übrigens den ersten „gesamtnationalen Unternehmerstreik“ in der Geschichte Venezuelas gegeben.

Auch der ausländische Druck sei enorm. Das Gros der Erdölexporte gehe in die USA, während 70 % aller Importe von dort bezogen würden. Deshalb müssten zusätzliche Handelspartner (in Lateinamerika, der EU, Rußland, Indien, der Dritten Welt usw.) gefunden werden. Kuba beziehe gegenwärtig große Mengen venezolanischen Öls zu vorteilhaften Bedingungen.

Auf die Frage, wie seine Partei das Chávez-Projekt bewerte, antwortete Velásquez, der Präsident habe eine postkapitalistische Gesellschaft, einen Staat der sozialen Gerechtigkeit, im Sinn. Die KP Venezuelas sage, daß es sich bei der nationalen Revolution um eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus handle. Sie unterstütze Chávez deshalb bei der Verwirklichung der Ziele der derzeitigen Etappe. „Wir sind für die Stärkung der Volksmacht und eine breite Front um Chávez. In dieser Phase stimmen unsere politischen Optionen mit

seinen überein. Wir bilden gewissermaßen eine Art ideologische Reserve für die Politik des Präsidenten. Zugleich arbeiten wir für die Stärkung unserer eigenen Partei und gewinnen dabei quantitativ wie qualitativ an Einfluß.“

Gefragt, wie es um die Gefahren eines Rechtsputsches oder einer USA-Intervention stehe, erklärte Velásquez, Venezuela verfüge im Augenblick noch nicht über bewaffnete Volksmilizen. Aber in den Streitkräften dienten viele einfache Menschen. Der fortschrittliche Gedanke habe auch unter ihnen Fuß gefaßt. Die Armee sei nach dem Putschversuch im April 2002 von den reaktionärsten Offizieren gesäubert worden. Heute erhielten die Militärs eine politische Erziehung, vollbrächten soziale Leistungen und würden bei Arbeiten für die Infrastruktur des Landes eingesetzt. Dennoch sei die Haltung der Streitkräfte gegenüber den USA eine delikate Angelegenheit. Gemeinsame Übungen mit amerikanischen Verbänden fänden allerdings nicht mehr statt.

Abschließend äußerte sich Velásquez zu den Weltjugendfestspielen, die im August 2005 auf Beschluß des WBDJ in Caracas stattfinden sollen. Er bewertete sie als einen wichtigen Solidaritätsbeitrag der internationalen antiimperialistischen Kräfte mit der venezolanischen Revolution. Man rechne mit 15 000 jungen Menschen aus mehr als 100 Ländern. Sie seien eingeladen, sich an freiwilligen Arbeiten überall im Lande zu beteiligen. Man wende sich an junge Werktätige und Künstler, aber auch an Medizinstudenten und Sozialarbeiter, am bevorstehenden Festival teilzunehmen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Im griechischen Märtyrerdorf Distomo

10. Juni: 1942 – Lidice, 1944 – Oradour, 1944 – Distomo. Diese und die anderen Orte der faschistischen Massaker im 2. Weltkrieg haben Namen, auch wenn sie aus dem kollektiven deutschen Gedächtnis verdrängt sind. An den Stätten der Verbrechen ist nichts vergessen.

Distomo, Griechenland, 140 km westlich von Athen.

Hier wurden 218 Menschen – Frauen, Kinder, Männer – wahllos und willkürlich von deutschen Soldaten ermordet – „Vergeltung“ für einen Partisanenangriff.

Juni 2004: Zum 60. Mal jährt sich der Tag des Verbrechens in Distomo. Doch in diesem Jahr ist etwas anders:

Zu der Veranstaltung des Gedenkens und Mahnens am Vorabend des Jahrestages sind zum ersten Mal Deutsche eingeladen: Nach der Ansprache des Bürgermeisters von Distomo, Loukas Papachristou, spricht der Botschafter der BRD in Griechenland, Dr. Albert Spiegel. Dann spielt die Chemnitzer Gruppe QUIJOTE Lieder des großen griechischen Komponisten Mikis Theodorakis – in deutscher Sprache.

Es ist das erste Mal, daß in diesem Amphitheater – am Mahnmahl für die Opfer von Distomo – deutsche Künstler auftreten. Es ist das erste Mal nach 60 Jahren, daß an dieser Stätte deutsche Worte zu hören sind.

Die Rede des Botschafters, das Konzert von QUIJOTE, beides ist im Programm angekündigt. Aber trotzdem bleibt die Frage: Wie werden es die Griechen aufnehmen?

Es wird ein wunderbarer und bewegender Abend. Wir werden mit herzlichem Applaus empfangen, das ist mehr als nur Höflichkeit. Schon beim zweiten Lied beginnt man im Publikum mitzuklatschen und zu singen. Daß zwischenzeitlich der Strom ausfällt, tut der Stimmung keinen Abbruch. Wir singen ein Lied a capella, die Zuschauer stimmen in Griechisch ein, die gute Akustik tut ein übriges. Eine Stunde Konzert, ergänzt durch kurze Texte von und über Mikis Theodorakis, und selbstverständlich äußern wir uns zum Anlaß des Abends. Natalia Sakkatou, unsere wunderbare Betreuerin, übersetzt mit viel

Gefühl. Am Schluß stürmischer Beifall. Es herrscht eine Atmosphäre, wie wir sie ganz selten erlebt haben.

Nach dem Konzert: Wie viele Hände sich uns entgegenstrecken, wie viele Menschen sich bei uns bedanken, wir können es nicht zählen. Dabei wäre es doch an uns gewesen, sich zu bedanken. Für diese Einladung, ja, für die Ehre, die uns zuteil wurde, als Deutsche an diesem Ort der Mahnung und des Gedenkens spielen zu dürfen.

Der nächste Vormittag, der Jahrestag des Massakers: Der Gottesdienst in der Kirche von Distomo, dann die Prozession zur Gedenkstätte oberhalb des Ortes. Tausend, zehntausend Menschen, QUIJOTE mittendrin. Wieder kommen

Leute auf uns zu, drücken uns die Hand. Keiner spricht die Sprache des anderen, aber man versteht sich ohne Worte. Ein Junge, vielleicht acht oder neun Jahre, singt einige Takte „Ena to Chelidoni“ – „Nur diese eine Schwalbe“, und strahlt uns mit großen Augen an.

Oben, am Mahnmahl, wird die Stimmung ernst, Schweigen breitet sich aus. Der Bürgermeister spricht Worte des Gedenkens. Dann: Die Namen der Ermordeten, und nach jedem Namen: Anwesend! Vielen Griechen stehen die Tränen in den Augen, uns geht es nicht besser. Anschließend die Kranzniederlegung. Mit dem Intonieren der griechischen Hymne endet die Gedenkveranstaltung. Nur langsam löst sich Spannung.

Was bleibt: Für uns unvergeßliche Eindrücke, die Herzlichkeit der Griechen, die Wärme, mit der wir aufgenommen wurden, der Wunsch, daß wir wiederkommen im nächsten Jahr. Aber es bleiben viele offene Fragen: Wiedergutmachung, wenn dies überhaupt möglich ist; juristisch, politisch, moralisch...? Wir haben versucht, es in unserem Konzert zu formulieren: „Wirkliche Versöhnung kann es nur geben, wenn die Massaker von Distomo und all den anderen Orten als historische Wahrheit in ihren Einzelheiten anerkannt werden und eine Lösung gefunden wird, die den Opfern gerecht wird.“ Ein Anfang ist gemacht, mehr – noch – nicht.

Ludwig Streng, QUIJOTE

Putin und die Restauration

Während der Jahre der Regierung Wladimir Putins hat die kapitalistische Restauration in Rußland neue Züge angenommen, ist sie immer aggressiver geworden. Das herrschende Regime setzt den Jelzinschen Kurs der antisozialen, radikal-liberalen Reformen in noch härterer Form fort. Die Verteilung der politischen Kräfte im Lande hat sich zugunsten der Bürokratie verändert, die Macht gewinnt Züge des Autoritarismus. Ihr ist es gelungen, eine harte administrative Beamten-Vertikale auszubauen, die gesetzgebenden und rechtsprechenden Organe unter Kontrolle zu stellen, sich die Gouverneure unterzuordnen und die elektronischen Massenmedien zu monopolisieren. Die Macht entzog den Bürgern die Möglichkeit zu sauberen und ehrlichen Wahlen. Konsequenz wird der Plan zur Entfernung der oppositionellen Kräfte vom politischen Feld realisiert. Gewaltige Mittel und die Eigenressourcen der Administration waren auf die Diskreditierung der KPRF im Verlauf der Parlamentswahlen, auf die Schwächung ihrer Positionen in der Staatsduma und in der Gesellschaft gerichtet. Danach hat sich die Attacke noch verstärkt. Die Macht hat Kurs auf die volle Vernichtung der KPRF als der einzigen politischen Kraft

genommen, die den aktiven Widerstand gegen die kapitalistische Restauration fortsetzt. Für die Erreichung dieses Zieles nutzt sie nicht nur Angriffe von außen, sondern auch von innen. ... Die Kommunistische Partei hat dem Schlag stand-

gehalten, sie gruppierte ihre Reihen um und erklärt jetzt den Übergang zur politischen Gegenoffensive.

(Aus einem Beschluß des X. Parteitags der KPRF, Übersetzung: Eberhard Bock)



Unser treuer Leser Genosse

Franz Krzywinski aus Dresden begeht am 31. August seinen 87. Geburtstag.

Unsere verlässlichen Mitstreiter

Hermann Schmitz (6. August) aus Suhl,

Anna-Dorothee Wetzel (6. August) aus Berlin und

Hans Frobin (22. August), ebenfalls aus Berlin, werden 80.

Jochen Peters (7. August) aus Suhl vollendet sein 75. Lebensjahr.

Kurt Hoppe (3. August) aus Braunschweig und

Christa Krüger (14. August) aus Berlin feiern den 70.

Edith Fuchs (17. August) aus Fronhausen ist mit 60 die jüngste Jubilarin.

Herzliche Glückwünsche!

Zum 60. Jahrestag des Pariser Aufstandes

Im Zuge der Befreiung Frankreichs hatte die Inbesitznahme der Hauptstadt eminente politische Bedeutung. Selbst die Kollaborateure des Vichy-Regimes hegten die Illusion, über Paris ihre Herrschaft zu verlängern. Vor allem die Amerikaner waren geneigt, eher auf sie zu setzen als auf den ihnen unbequemen General de Gaulle, der sich zudem noch mit den Kommunisten arrangiert hatte. Sie planten, das befreite Frankreich unter ihre Militärverwaltung zu stellen. Hierzu hatten sie in den USA bereits Personal ausgebildet und Besatzungsgeld drucken lassen. Für die französische Exilregierung unter de Gaulle war hingegen kein Platz vorgesehen. Da die mit den Alliierten gelandeten französischen Truppen zahlenmäßig nicht ins Gewicht fielen, konnte er letztlich nur über die Kraft der Widerstandsbewegung seine Autorität durchsetzen.

Schon 1943 hatte sich die Résistance in ein kompliziertes Unterstellungsverhältnis zu de Gaulle begeben. Dadurch war es zur Schaffung einer nationalen antifaschistischen Einheitsfront gekommen. Die FKP bildete deren Kern. Ihre Organisation (FTPF) stellte im Sommer 1944 die Hälfte der 500 000 Widerstandskämpfer, die gemeinsam mit den Gaulisten und einigen anderen politischen Gruppierungen in der einheitlichen Partisanenorganisation (FFI) zusammengefaßt worden waren. Noch vor der Landung der Alliierten erlangte die französische Widerstandsbewegung militärstrategische Bedeutung. Im Herbst 1943 konnte unter maßgeblicher Beteiligung kommunistischer Partisanen die Insel Korsika befreit werden. Am Tage der Landung der Alliierten in der Normandie rief die FKP-Führung ihre Landsleute zum nationalen bewaffneten Aufstand auf, der bald darauf 36 % des französischen Territoriums erfaßte. So wurden durch die Résistance im Juni/Juli die unterirdischen Telefonkabel in der Normandie und im Pariser Gebiet unterbrochen, 600 Zugentgleisungen herbeigeführt, 1800 Lokomotiven und 6000 Waggons außer Betrieb gesetzt. Darüber hinaus griffen die Partisanen verstärkt die Faschisten an, liquidierten

Widerstandsnester, befreiten einige Gebiete und ebneten dadurch den Alliierten den Weg.

Im Frühjahr 1944 kam es auch zu einem Aufschwung des antifaschistischen Kampfes der Pariser Bevölkerung. Am 14. Juli – dem Nationalfeiertag – waren die Straßen von der französischen Trikolore beherrscht, die in unterschiedlicher Form von über 100 000 Demonstranten getragen wurde. Am 17. Juli kam es im Pariser Osten zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Gewerkschaftern und der Vichy-Polizei. Am 10. August wurde der gesamte Pariser Verkehrsknotenpunkt lahmgelegt. Der von den Eisenbahneringeleitete Generalstreik gewann schnell Aufstandscharakter. Vier Tage später schloß sich die bisher mit den Deutschen kollaborierende Polizei dem Streik an und besetzte die Pariser Präfektur. Am gleichen Tag gab der FFI-Befehlshaber der Pariser Region Oberst Henri Rol-Tanguy den Befehl, sich den rebellierenden Polizisten anzuschließen, alle Zufahrtstraßen nach Paris zu blockieren und Fahrzeuge zu requirieren. Die FFI besetzte die strategischen Punkte der Stadt und griff einzelne Faschisten und deutsche Einheiten an. Ursprünglich mit nur 400 Gewehren und Maschinenpistolen, sehr viel mehr Pistolen, kalten Waffen und Brandflaschen ausgerüstet, nahmen die Partisanen den Deutschen die Waffen ab, erbeuteten viele und hoben einige Waffenlager aus. Die Résistance schien nun überall zu sein. Am 17. August befreite die FFI politische Gefangene und zur Vernichtung vorgesehene Juden, schloß Ämter und Fabriken und ließ überall Barrikaden errichten. Die bewaffneten Aktionen gingen langsam in einen Volksaufstand über.

Zu jener Zeit standen die Alliierten noch über 100 km von Paris entfernt. Trotz Luftüberlegenheit, einer gewaltigen Übermacht an Kräften und Mitteln sowie FFI-Unterstützung waren sie zwei Monate nach ihrer Landung kaum über die Normandie hinausgekommen. Erst am 18. August konnte die deutsche Abwehrfront gesprengt wer-

den. An diesem Tag brach der Aufstand in Paris mit voller Wucht aus. Einen Tag später kontrollierten die Aufständischen bereits drei Viertel der Hauptstadt.

Die Ereignisse in Paris beunruhigten de Gaulle, denn der Aufstand sollte erst bei Eintreffen französischer Truppen beginnen. Doch die Alliierten dachten nicht daran, auf die Metropole vorzurücken, da sie verlustreiche Straßenkämpfe befürchteten. Sie planten, südlich davon nach Westen vorzustoßen. Geschickt nutzte nun der General antikommunistische Vorbehalte bei den Amerikanern und warnte vor unliebsamen „Umwälzungen“ in Paris.

Schließlich konnte sich de Gaulle durchsetzen. Die 2. Französische Panzerdivision unter General Philipp Leclerc durfte nach Paris aufbrechen. Als sie am Abend des 24. August mit Hilfe der Aufständischen dort einrollte, war die Stadt schon

befreit. Nur an einigen isolierten Punkten verteidigten sich noch die Deutschen. Am gleichen Abend unterschrieb der faschistische Stadtkommandant General von Choltitz die bedingungslose Kapitulation. Die Befreiung von Paris, bei der Kommunisten die führende Rolle spielten, hatte historische Auswirkungen. Hier etablierte sich die neue französische Regierung, an der auch die FKP beteiligt war. Damit scheiterten letztlich die angloamerikanischen Pläne, Frankreich in Abhängigkeit zu zwingen. Für den nationalgesinnten Flügel der französischen Bourgeoisie bedeutete die Befreiung von Paris durch eigene Kräfte die Wiedergewinnung ihres Selbstbewußtseins bis zu einer Souveränität, die sich später in einer eigenständigen Haltung gegenüber Washington manifestieren sollte.

Bernhard Majorow

Oberst Henri Rol-Tanguy

Am 12. 6. 1908 in einer bretonischen Familie von Seeleuten geboren, arbeitete Henri Tanguy frühzeitig bei Renault. Mit 15 Jahren trat er dem Kommunistischen Jugendverband bei. Die politischen Kämpfe der dreißiger Jahre, insbesondere die Abwehr des Faschismus durch eine machtvolle Volksfront im Jahre 1934, festigten seine Überzeugungen und Erfahrungen. Folgerichtig führte sein Weg in die Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien. 1938 war er Politikommissar der XIV. Brigade. Nach Frankreich zurückgekehrt, setzte Tanguy seine politische Arbeit fort. Nach Beginn der faschistischen Okkupation ging er in die Illegalität und schloß sich dem Widerstand an. Im August 1941 gehörte er bereits zum Führungskern der im Raum Paris operierenden bewaffneten Formationen. Diese handelten im Rahmen der Forces Francaises de l'Interieur (FFI), die 1943 entstanden. In ihnen wurde Henri Tanguy (Kriegsname „Rol“) zum Major ernannt, um kurze Zeit darauf als Colonel Chef (einem Generalsrang entsprechend) die bewaffneten Kräfte der FFI für die Ile de France (Großraum Paris und Umgebung) zu befehlen.

Der am 19. 8. 1944 beginnende Aufstand in Paris fand unter direkter Führung des Kommunisten Rol-Tanguy statt. Zusammen mit General Leclerc nahm er vier Tage später die Kapitulation der Nazi-Garnison entgegen.

Nach dem Krieg bekleidete der Oberst wichtige militärische Funktionen. So war er Stadtkommandant von Koblenz. Nach 1947 wurde er auf weniger bedeutende Posten abgeschoben – aus politischen Gründen. 1962 erfolgte seine Pensionierung. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des ZK der FKP. Ihm gehörte er bis 1987 an.

Am 8. 9. 2002 vollendete sich das beispielhafte Leben Henri Rol-Tanguys. Für den konservativen Staatspräsidenten Chirac war es selbstverständlich, den großen alten Mann der Résistance am 12. 9. 2002 mit einem militärischen Zeremoniell am Pariser Invalidendom zu ehren. Er nannte den Offizier der Ehrenlegion, den „Compagnon der Befreiung“ (Auszeichnung durch de Gaulle 1946), den Kommunisten einen „großen französischen Patrioten“. Das war er ohne jeden Zweifel – und so gehört der Mann, der einst ein anderes Frankreich wollte, heute zum Pantheon dieser Republik.

Dr. Peter Fisch

1954 wurden die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz verkündet

Im Juni 1954 fanden fünf Prinzipien Eingang in das Gemeinsame Kommuniqué des chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai und des indischen Premierministers Jawaharlal Nehru, die später als die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz internationale Akzeptanz erfuhren. Sie wurden zur Norm der Beziehungen zwischen den Staaten, bildeten den Grundstein der Dokumente der Konferenz von Bandung 1955 und wurden seitdem in über 160 internationalen Grundsatzdokumenten verankert. Sie lauteten: 1. Gegenseitige Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität, 2. Gegenseitiger Nichtangriff, 3. Gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, 4. Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, 5. Friedliche Koexistenz.

Auf dieser Grundlage wurden Beziehungen zwischen zahlreichen Ländern von historisch überlieferten oder aktuellen Problemen befreit, neue Kontakte zwischen den Ländern entwickelt und Wege für ein friedvolles und fruchtbringendes Miteinander zwischen den Völkern geöffnet. Von besonderer Bedeutung waren diese Prinzipien für das Verhältnis zwischen vielen aus kolonialer

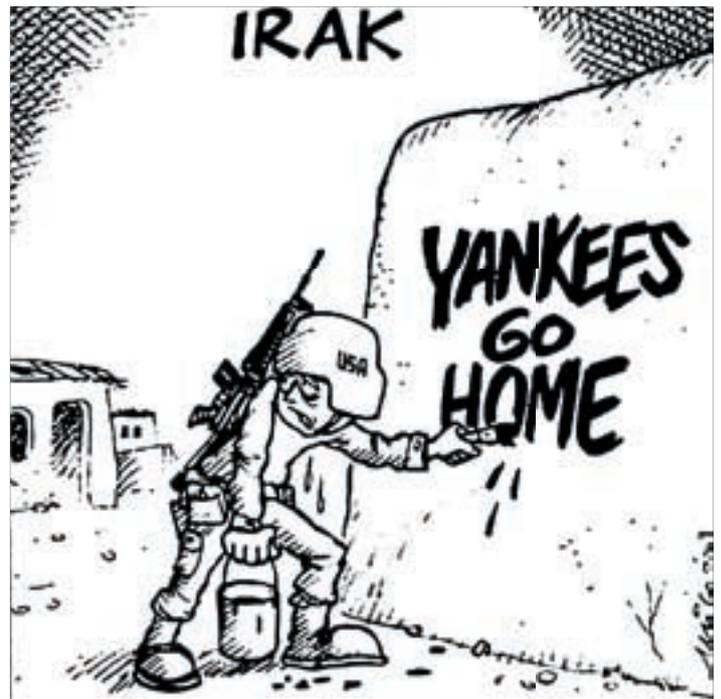
Herrschaft befreiten jungen Staaten, aber auch als Orientierung für die Gestaltung der internationalen Beziehungen generell haben sie eine große Rolle gespielt. Von besonderem Wert erwiesen sie sich für die Gestaltung des Nebeneinanderbestehens von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Im Rückblick läßt sich heute feststellen, daß die auch nach der Verkündung und weltweiten Anerkennung dieser Prinzipien zahlreichen internationalen Konflikte stets mit deren Verletzung verbunden waren. Wo blieb das Prinzip der Nichteinmischung bei der Zerstörung der UdSSR, der Liquidierung der DDR? Wo blieb das Prinzip des Nichtangriffs bei der Aggression gegen Jugoslawien, gegen Irak? Was haben diese Prinzipien mit der „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ zu tun? Wieso ist die EU mit ca. 4 Millionen km² plötzlich „Europa“? Dieser Kontinent besitzt doch eine Fläche von 10 Millionen km². Man könnte noch viele solche Fragen stellen. Als Schlußfolgerung ergibt sich: Die Besinnung auf die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz ist durchaus keine Frage der Geschichtsbetrachtung. Diese

Grundsätze der internationalen Beziehungen sind hochaktuell. Angesichts der offenen Weltherrschaftsanmaßung der USA, hegemonistischer Ambitionen der EU, der immer unverhüllteren aggressiven Militärstrategie der NATO und der EU ist es nicht nur erforderlich, das historische Datum der Formulierung dieser Prinzipien in

Erinnerung zu rufen. Sie sind auch Waffe im Kampf gegen die imperialistische Politik. Souveränität, Nichteinmischung, Nichtangriff und Gleichberechtigung erweisen sich als Werte, die in den heutigen internationalen Beziehungen wieder gebührende Respektierung finden müssen.

Rolf Berthold



Aus „Solidaire“, Brüssel

Ein Kommunist – Speaker des indischen Parlaments

Die Kommunisten und andere Linke haben bei den Parlamentswahlen in Indien ihr bestes Ergebnis seit 1947 erreicht. Allein die beiden kommunistischen Parteien, die sich vor allem in taktischen Fragen unterscheiden, errangen zusammen 54 der 543 Sitze: 44 gingen an die KPI (Marxistisch) und 10 an die KPI. Am besten schnitt die Linke in den traditionellen kommunistischen Hochburgen Kerala (18 von 20 Sitzen), Westbengalen (35 von 42 Sitzen) und Tripura ab. Auch in Andhra Pradesh und Tamil Nadu erzielte sie beachtliche Erfolge.

Die säkular-demokratische Allianz, die sich im Ergebnis des Sieges über die reaktionär-religionsfanatische und pro-imperialistische Rechtspartei

BJP herausgebildet hat, wäre ohne das aktive Engagement der Linkskräfte nicht denkbar. Im Ergebnis von Verhandlungen zwischen dem jetzt wieder ans Ruder gelangten Indischen Nationalkongreß und den beiden kommunistischen Parteien erklärten diese ihre

Bereitschaft zu parlamentarischer Unterstützung der Regierung, ohne ihr jedoch beizutreten. Während die KPI anfangs zu einer Kabinettsbeteiligung tendierte, wollte die einflußreichere KPI (M) die Hände politisch frei behalten. Ein hochgeachteter Parteifüh-

rer, der dem Politbüro der KPI (M) angehört, wurde mit Unterstützung der Kongreßpartei zum Speaker (Präsidenten) des Unterhauses gewählt – eine Premiere in der Geschichte Indiens.

R. F., gestützt auf „Prawda“, Moskau, und andere Quellen

PTB errang Achtungserfolg

Die Parti du Travail de Belgique (PTB) – aus maoistischen Anfängen zu einer erfolgreichen kommunistischen Partei aufgestiegen – konnte bei den jüngsten Europa- und Regionalwahlen zulegen. 44452 für Sitze im Europa-Parlament votierende (0,8%) unterstützten ihre Liste. Bei der Ent-

scheidung über Mandate in den Regionalparlamenten – die PTB hatte hierzu nicht überall eigene Kandidaten aufgestellt – entschied sich 37 311 Belgier für die PTB. Am besten schnitt sie in Großstädten wie Charleroi (1,16 %) und Liège (Lüttich – 1,50 %) ab. In Anvers (Antwerpen) entfielen

3792 Stimmen auf die PTB. Obwohl es sich noch um ein bescheidenes Ergebnis handelt, widerspiegelt es die allmählich wachsende Kraft der belgischen Kommunisten, an deren Seite auch viele ausländische Mitbürger stehen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Die Gneisenau-Ente

Zu den einflußreicheren „Meinungsmachern“ in der BRD gehört dpa – die Deutsche Presse-Agentur. Sie agiert nicht bloß als Nachrichtenlieferant, sondern versorgt insbesondere regionale und lokale Presseerzeugnisse mit politischen Kommentaren. Die Themenvielfalt ist umfassend, der Grundtenor jedoch penetrant eintönig – er erschöpft sich in verbissene Antikommunismus und bemühter Rechtfertigung aller Scheußlichkeiten des kapitalistischen Systems. dpa verdankt den vorderen Platz in der Gilde der Berufslügner nicht zuletzt jahrzehntelanger Erfahrung in diesem Metier. Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen, will ich eine 53 Jahre zurückliegende Begebenheit schildern.

Im Sommer 1951 arbeitete ich als Sektorleiter Presse im FDJ-Zentralrat. Der Kalte Krieg lief seinerzeit auf Hochtouren, während wir FDJler vor allem mit den letzten Vorbereitungen zu den Weltfestspielen der Jugend und Studenten befaßt waren, die im August in der DDR-Hauptstadt Berlin stattfinden sollten.

Am 19. Juli 1951 rief mich Erich Honecker, damals FDJ-Vorsitzender, zu sich. Auf seinem Schreibtisch lagen Westberliner Zeitungen: der „Tagesspiegel“ und der „TAG“. Auf beiden waren Textstellen mit Rotstift markiert. Erich Honecker forderte mich auf: „Lies das mal!“ Da stand Ungeheuerliches.

Von DPA als „Tatsachenmeldung“ verbreitet hieß es: In Sommerschenburg, einem kleinen Ort im Anhaltinischen, nahe der Grenze zur BRD, sei der Leichnam des preußischen Generalfeldmarschalls Neidhardt von Gneisenau von ortsansässigen FDJ-Mitgliedern aus seinem Sarkophag gezerrt worden. Anschließend hätten die Grabschänder die sterblichen Überreste des kongenialen Gegenspielers Napoleons aus der Gruft zum Friedhof geschleppt, dort mit Benzin übergossen und verbrannt.

Honeckers Kommentar war kurz: „Eine widerliche Provokation!“ Dann wies er mich an: „Laß Dir sofort ein Auto geben, fahr dorthin und sieh nach, was an der Sache dran ist. Und nimm einen Fotografen mit. Dokumentiert alles so genau wie möglich.“

Kaum eine Stunde später machten wir uns – Karl-Heinz Eckebrecht als Fotograf und ich – auf den Weg. Am Ziel angekommen, erfuhren wir von Einwohnern, daß sich Gneisenaus letzte Ruhestätte in einem Mausoleum befand. Die Obhutspflicht liege bei der evangelischen Kirche. Ich begab mich also zum Pfarrhaus, um den Pastor – einen Herrn Lange – über den Anlaß meines Erscheinens zu informieren und seine Mitwirkung bei der Aufklärung der Angelegenheit zu erbitten. Zunächst wies mich aber an der Pfarrhaustür eine schnippische Dame ab. Der Herr Pfarrer bereitete sich auf seine Abendpredigt vor, da sei an Störung nicht zu denken. Ich hinterließ die Nachricht, mich nach dem

Gottesdienst erneut einzufinden und dann auf Kooperationsbereitschaft zu hoffen. Unterdessen hörte ich mich im Dorf um. Niemand wußte von der „Grabschändung“. Die Falschmeldung löste Empörung aus. Alteingesessene erzählten mir aber, daß ihre Gegend bei Kriegsende von Einheiten der U. S. Army besetzt worden sei. Deren Angehörige hatten tatsächlich Gneisenaus Mausoleum geöffnet und sich aus Grabbeigaben bedient. So war der Degen des Generalfeldmarschalls abhanden gekommen.

Nach der Abendandacht fand sich eine ganze Gruppe an der Grabstätte ein. Pfarrer Lange hatte seine Kirchenratsmitglieder mitgebracht, der Bürgermeister war präsent, hinzu kamen etliche Schaulustige, ich vertrat die FDJ.

Das schwere Eichenholztor zur Gruft, dreifach verschlossen mit spinnweb-

behangenen Schlössern, war sichtlich lange nicht geöffnet worden. Doch um zweifelsfrei festzustellen, ob sich Gneisenaus Gebeine noch im Sarg befanden, mußte das Mausoleum betreten und der Sargdeckel angehoben werden. Anfangs sträubten sich die Kirchenratsmitglieder dagegen, willigten dann aber ein, weil sie sich sonst nicht imstande sahen, ein Protokoll mit zu unterschreiben, das die angeblichen Missetäter aus der FDJ von dem ungeheuerlichen Vorwurf entlastete, die Westjournalaille hingegen der Lüge überführte.

Nachts fuhren wir zurück nach Berlin, Protokoll und fotografische Beweise in der Tasche. Ich informierte Erich Honecker. Tags darauf wurden unsere Ermittlungsergebnisse auf einer Pressekonferenz öffentlich gemacht. Alle DDR-Zeitungen berichteten darüber, die Westpresse hingegen verschwieg das Ableben ihrer Ente.

Wolfgang Clausner

Einkaufsfahrt nach „Brandenburg“

Archie hatte seit längerem den Wunsch, einmal Brandenburg zu besuchen. Sein jüngerer Freund, ein Bibliothekar, der sich mit einem Buchladen in Form einer Ich-AG durchs Leben schlug, fuhr bis vor kurzem zu einem Verwandten in diese Stadt und erzählte stets Interessantes von ihr. Aber Archie hatte keine Lust, sich mit dem Auto dorthin zu quälen. Die Bundesbahn war auch nicht verlockend, und so entschloß er sich eines Tages zu einer ungewohnten Busreise. Einen ganzen Wäschekorb voller bunter, vielversprechender Hochglanzeinladungen mit unglaublichen Warenangeboten, die ungebeten in seinem Briefkasten landeten, hatte er schon weggetan, aber er biß an, als ein solches Lock- und Lackpapier von einem seriösen Busunternehmen kam, mit dem er schon einmal vor zehn Jahren bis ins Ausland unterwegs gewesen war.

Also diesmal nach Brandenburg. Er müsse ja den Wahnsinnskrempel nicht kaufen, vielleicht eine Kleinigkeit, redete er sich ein. Und er könne sich ein wenig in der Stadt umsehen. Die Busfahrt ging nicht nach Brandenburg, sondern nach Glindow, in den dortigen Gasthof „Deutsches Haus“. Eine Erklärung dafür gab es nicht. Der Umgangston des „Animateurs“, der weitschweifig und in Endlosschleifen sprach, war vom Start an aggressiv und herablassend, ja sogar beleidigend. Der junge Mann duzte die vorwiegend älteren Damen und machte allerlei alberne Witze. Als besonders befremdlich erschien Archie, daß er den lebenserfahrenen Senioren unterstellte, sie wüßten keinen Unterschied zwischen Qualität und Schund zu machen und kauften daher vorwiegend Minderwertiges ein.

Auf die Dauer konnte das unser „Brandenburg-Reisender“ nicht widerspruchslos ertragen. Vor der Pause wies Archie deshalb den Begleiter Rico auf das Ungebührliche seiner Aussagen hin, besonders, als dieser launig erklärte, es geschähe den Leuten doch ganz recht, wenn sie nun

höhere Ausgaben im Gesundheitsbereich hätten und ihre Gebißeile bald selbst bezahlen müßten. Archie fand das inhuman und sagte das auch in den vollen Saal hinein.

Als die Pause eintrat, in der das bescheidene, aber teure Mittagessen serviert wurde, verließ ein Großteil der Anwesenden auf wackligen Knien den Saal, um sich nach der langen Zeit des Sitzens die Beine zu vertreten. Mit dem Fortgang der Veranstaltung wurde Rico noch aggressiver, offensichtlich wegen der schwachen Verkaufsabschlüsse für das monströse Küchengerät, das den Leuten anzudrehen er gehalten war. Es handle sich schließlich nicht um einen Wandertag, nächstes Mal werde er sie gleich in den Supermarkt befördern, drohte der junge Mann. Es machte sich Unmut im Publikum breit. Archie veranlaßte diese Stimmung, noch einmal das Wort zu nehmen. Er wies darauf hin, daß solche unverschämten Reden kontraproduktiv und ungünstig für Verkaufsabschlüsse seien. Die Teilnehmer würden von weiteren Werbefahrten dieser Art abgeschreckt. Daraufhin erklärte Rico, nun habe er „die Faxen endgültig dicke“. Er ließ Archie und dessen Begleiterin, die sich gar nicht geäußert hatte, von seinem Helfer aus dem Saal führen. Dem Gemaßregelten schlossen sich noch zwei weitere Personen an. Gelegentlich kamen ältere Herrschaften in die Gaststube, wo Archie jetzt saß und versicherten ihn ihrer Solidarität, gingen dann aber wieder brav in den Saal zurück. Viele kannten sich bereits von solchen Fahrten her und betrachteten diese wohl als die einzige Zerstreuung, die sie noch in ihrem tristen Leben erwarten konnten. So wurden sie zu einer leichten Beute der Werbung.

Immer, wenn Archie in seiner Wohnung an einer Reproduktion des Cranach-Bildes „Die Vertreibung aus dem Paradies“ vorbeigeht, muß er an frühere Zeiten und den „Ausflug“ nach „Brandenburg“ denken.

Manfred Hocke

1. Regionalgruppen-Konferenz des RF in Berlin

Am 11. Juli fand in Berlin das 1. Treffen der „RotFuchs“-Regionalgruppenleitungen statt. Fast auf den Tag genau drei Jahre nach seiner Gründung bestehen 14 regionale Zusammenschlüsse des Fördervereins, die mehr als 700 Mitglieder in ihren Reihen zählen und viele tausend Leser in ihrem Territorium betreuen. Hauptaufgabe der Gruppen ist es, die Verbreitung der kommunistisch-sozialistischen Monatsschrift unablässig zu steigern und politische Bildungsarbeit zu leisten. Bisher haben landesweit etwa 75 Veranstaltungen mit mehr als 1800 Teilnehmern stattgefunden, auf denen prominente Autoren und Fachleute der verschiedensten Bereiche Lesungen durchgeführt oder Sachvorträge gehalten haben. Auch im Ausland bilden sich erste Freundeskreise. Interesse wurde u. a. aus Luxemburg signalisiert. Der „RotFuchs“ wird gegenwärtig an Bezieher in 27 Ländern versandt. Auf der Beratung, die in einer freimütigen und optimistischen Atmosphäre verlief, hielt RF-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger das einleitende Referat zur derzeitigen innen- und außenpolitischen Gesamtlage. Die Entwicklung in der BRD verlaufe vom „Sozialstaat“ und der „sozialen Marktwirtschaft“ zu Hartz IV, vom „Aufbau Ost“ zum „Sonderwirtschaftsge-

biet Ost“. Niemals habe es eine solche West-Flucht gegeben wie heute. Die frühere DDR habe sich in das Südtalien Deutschlands verwandelt. Hier bestehe eine „Ein-Drittel-Gesellschaft“. Nach der Konterrevolution sitze die Bourgeoisie fest im Sattel. Die SPD besorge die Drecksarbeit und verschwinde anschließend im Wählertief. Die Unternehmerverbände seien die eigentliche Regierung der BRD. Der Redner analysierte die jüngsten Europa- und Landtagswahlen. Dazu stellte er fest, daß sich außer der SPD alle etablierten Parteien als Sieger betrachtet hätten, obwohl allein durch die Nichtwähler echte Zuwächse erzielt worden seien. In der mehrstündigen Diskussion sprachen Vertreter der meisten Regionalgruppen. Viele konstruktive Vorschläge wurden unterbreitet, die zur weiteren Qualifizierung der Zeitung – der „wichtigsten Lokomotive“ des Vereins – beitragen sollen. Die Forderung nach systematischer Erhöhung des theoretischen Niveaus des RF und Wiedereinführung einer ständigen Rubrik „Wissenschaftliche Weltanschauung“ fand ebenso Unterstützung wie die Fortsetzung des Ringens um die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Basis. Der RF-Förderverein

betrachtet sich nicht als Partei und will auch keine werden, betont aber sein Engagement als einer der Wegbereiter für den breitestmöglichen Zusammenschluß konsequent

linker Kräfte. Zugegen waren Mitglieder des Vereinsvorstandes mit dessen Vorsitzendem Dr. sc. Gerhard Feldbauer und seinem Stellvertreter Rolf Berthold. **R. F.**

Von Lesern entdeckt



Ein einstiger Liegeplatz im Hafen von Kloster auf Hiddensee erinnert heute an die Volksmarine Aufnahme: Rudolf Janert



Ein Tip für das ND: In Barth am Bodden gibt es die Pension „Rotfuchs“. Foto: H. Hübner

ND auf Fuchspirsch

Das ND hat vor kurzem eine neue Rubrik für Leserfragen eingerichtet. Dr. Günter Grosch aus Halle wandte sich an die „Sozialistische Tageszeitung“, um zu erfahren, ob der „RotFuchs“ mehr als ein „linker Debattierklub“ sei. Die Redaktion schickte ihren Mitarbeiter René Heilig auf Entdeckungsreise. Der recherchierte gründlich und fand Wasser in der Wüste. Er teilte Dr. Grosch etliche Einzelheiten über eine PDS-nahe Jugendgruppe mit, die sich „Die ROTfuchse“ nennt. Wir sandten dem so abgefrühstückten Fragesteller zur Ansicht unsere Zeitung und fügten ein paar erläuternde Zeilen hinzu. Dr. Grosch abonnierte zwar nicht den RF, schickte uns aber einen freundlichen Brief, in dem es u. a. heißt: „Richtig ist tatsächlich, daß ich mit meiner Anfrage an das ND die linke Vereinigung ‚RotFuchs‘ gemeint habe, über die ich zwecks Verbesserung meiner Allgemeinbildung Genaueres wissen wollte. Mir ist völlig unverständlich, wieso das ND in seiner Antwort auf meine Frage Informationen über den kleinen, in Hettstedt ansässigen Verein ‚Die ROTfuchse‘ gegeben hat und nicht über die bundesweit tätige linke Vereinigung ‚RotFuchs‘. Das ND hätte aus meinen ergänzenden Detailfragen unschwer erkennen können, daß mein Interesse Ihrer Vereinigung gegolten hat. Zumindest aber hätte das ND auf beide namentlich schlecht zu unterscheidende Vereinigungen eingehen müssen. Inzwischen hat sich ja ND-Leserin Monika Kauf in ihrem Brief (veröffentlicht am 18. 6.) zu ‚RotFuchs‘ positioniert. Auf der Grundlage Ihrer übersandten Materialien kann ich mir jetzt ein umfassendes Bild von ‚RotFuchs‘ machen. Ich wünsche Ihnen und der linken Vereinigung ‚RotFuchs‘ für die weitere Diskussion aktueller gesellschaftspolitischer Probleme alles Gute.“

Das possierliche Gebaren des ND, das – bei allen Heiligen! – vom „RotFuchs“ noch nie etwas gehört haben wollte, bedarf wohl keines Kommentars. **S. R.**

Fritz Bringmann – ein großes Leben

Der Titel des Buches ist schlicht, unauffällig fast: „Fritz Bringmann. Erinnerungen eines Antifaschisten“. Doch es genügt ein kurzer Blick in die 225 Seiten umfassende Abhandlung, um die Brisanz und Aktualität des Geschilderten zu erfassen. Es geht um das Schicksal eines außergewöhnlichen Menschen, eines bewunderungswürdig standhaften Kommunisten. Auf ihn mag das Wort Brechts in seinem wahrsten Sinne zutreffen, daß einer, der niemals zu kämpfen aufgibt, unverzichtbar ist. Der Autor hat in jahrelanger Arbeit sein Leben dokumentiert – eine außerordentlich beachtenswerte Leistung, die uns besser als jedes Geschichtsbuch es vermag die Dramatik des Klassenkampfes eines nahezu ganzen Jahrhunderts nahebringt.

Fritz Bringmann, 1918 in einer sozialdemokratischen Familie in Lübeck geboren, hat sich bereits als 16jähriger politisch engagiert und an Aktionen gegen den Faschismus in Deutschland teilgenommen. Anfang November 1936 wurde er von der Gestapo verhaftet und in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Vier Jahre später, Ende September 1940, brachte man ihn in das Konzentrationslager Neuengamme. Fast ein Jahrzehnt war er in den Fängen der Faschisten. So oder ähnlich erging es auch all seinen Brüdern. Was mag es für die Eltern bedeutet haben, daß ihre acht Söhne aufgrund aktiver Teilnahme am antifaschistischen Widerstand von den Nazis verfolgt wurden? Drei von ihnen warf man für 10 und mehr Jahre in Zuchthäuser und Konzentrationslager, zwei wurden interniert und gerieten in Kriegsgefangenschaft, drei setzten ihren Kampf in der Emigration fort.

Fritz Bringmann wurde Kommunist – im KZ Sachsenhausen! Er sah, daß Solidarität immer wieder von jenen kam, die das rote Dreieck an der Häftlingsjacke trugen. Hilfe, die auch ihm zuteil wurde, rettete sein Leben. Und er gab sie zurück, ständig der Gefahr ausgesetzt, entdeckt zu werden. Sowjetische Kriegsgefangene, die man nach Neuengamme gebracht hatte, überreichten ihm vor ihrem Abtransport in die Vernichtung nach Sachsenhausen eine handgefertigte Schnitzarbeit und ein Schreiben: „Hier in der Gefangenschaft traf wir Genossen Fritz, welcher uns große Hilfe erwies ...“

Die Erinnerungen Fritz Bringmanns an die Zeit in den Konzentrationslagern sind erschütternd und aufrüttelnd zugleich: Es waren Menschen, und es waren Millionen, die durch Faschismus und Krieg auf unvorstellbar grausame Weise umgebracht wurden oder ihre Gesundheit, die Familie, Hab und Gut verloren. Auch die Ausstellung in meiner mecklenburgischen Heimat bei Ludwigslust, wo sich eine Außenstelle des KZ Neuengamme befand, die wir als Pioniere besucht haben, berichtet davon. Das war „verordneter Antifaschismus“! Wie anders verlief die Entwicklung in der Bundesrepublik. Während Nazis in ihren Ämtern blieben oder in ihre

Funktionen zurückkehrten, sah sich Fritz Bringmann erneut massiven Repressalien ausgesetzt. Festnahmen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Vorladungen, Vernehmungen und Verurteilungen wechselten einander ab. Grund: Der Mann war „unbelehrbar“! Er gehörte zu den ersten, die sich nach dem Krieg für einen demokratischen Neubeginn einsetzten. Erste hoffnungsvolle Schritte, so z. B. der Aufbau der FDJ, wurden schnell gestoppt. Die Bundesregierung war kaum vereidigt, da stellte sie auch schon den Antrag, die KPD zu verbieten.

Doch Fritz Bringmann gab nicht auf. Der Kampf gegen Remilitarisierung und Antikommunismus wurde zu seinem Lebensinhalt. Dazu gehörte auch die Leitung des Erholungsheimes Seppensen in der Nordheide, jetzt bekannt als Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V. Als Landessekretär und Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in Schleswig-Holstein und später als Generalsekretär der Internationalen Lagergemeinschaft des KZ Neuengamme suchte er immer wieder das Gespräch auch mit jungen Menschen.

Zugleich galt sein Einsatz der Schaffung einer Gedenkstätte im ehemaligen KZ Neuengamme, in das zwischen 1940 und 1945 mehr als 106 000 Frauen und Männer aus 25 okkupierten Ländern deportiert worden waren. Gegen unzählige Widerstände gelang es schließlich – 20 Jahre nach dem Sturz des Hitlerfaschismus! – ein Ehrenmal am Ort der Verbrechen einzuweihen. Auch die Errichtung eines Dokumentationshauses, das die Internationale Lagergemeinschaft schon Ende der 50er Jahre gefordert hatte, blieb über 20 Jahre unverwirklicht. Jetzt gibt es sein Buch. Er schreibt darin:

„Wenn ich hier zurückblicke auf eine vielen schon entfernt liegende Zeit, dann möchte ich damit eine Tür offenhalten für diejenigen, die etwas wissen wollen über die Zeit, in der ich gelebt habe, und gegen diejenigen, die diese Tür gerne zuschlagen würden. Es soll auch eine Tür für die Generationen meiner Kinder, Enkel und Urenkel sein, von denen ich mir noch viele Fragen wünsche.“

Bruni Steiniger
Fritz Bringmann. *Erinnerungen eines Antifaschisten*. Konkret Literaturverlag, Hamburg 2004, 255 S., ISBN 3-89458-231-6.

Erholung in Heideruh

Das Ferienheim „Heideruh“ liegt etwas abseits bei Buchholz in der Nordheide mitten in einem Landschaftsschutzgebiet. Wer hier seinen Urlaub verbringt, mag schnell vergessen, daß Hamburg und einige attraktive Kleinstädte gar nicht so weit sind.

„Heideruh“ wurde 1945 von Antifaschisten aus dem Norden gegründet und war von Beginn an eine Erholungsstätte für VVN-Kameraden, die sich nach den grausamen Jahren der Hitler-Tyrannie ein Heim geschaffen haben, in dem sie Entspannung suchten und Kraft für Arbeit und Kampf schöpfen konnten. „Daran hat sich bis heute nichts geändert“, erklären Helmut und Helga, die beiden ehrenamtlich tätigen Geschäftsführer. Geändert hat sich indes seit einem guten Jahrzehnt nur, daß mittlerweile der Großteil der Gäste aus der früheren DDR stammt. Schon ein flüchtiger Blick auf die Kennzeichen der Autos auf dem hauseigenen Parkplatz zeigt dies.

Tausende freiwilliger Helfer sorgten im Laufe von fünf Jahrzehnten dafür, daß Heideruh immer ein gefragter Treffpunkt Gleichgesinnter war. Spotless-Verleger Klaus Huhn hat den Schöpfern des Heimes und denen, die es heute in Gang halten, in seinem Buch „Fünf Sterne für Heideruh“ ein kleines Denkmal gesetzt. Ohne freiwillige Helfer, die sich vom Zimmerservice bis zur Gartenarbeit um alles kümmern, würde der Heimbetrieb nicht funktionieren. Schließlich ist nur der Koch angestellt. „Nachwuchs wird immer

gesucht“, betonen Helga und Helmut. Die Zahl ehrenamtlicher Helfer ist dabei gar nicht mal gering. Es fehlt jedoch die jüngere Generation. Getragen wird das Heim vom eingetragenen Verein „Heideruh“, der etwa 300 Mitglieder zählt. Der Komplex umfaßt drei Wohngebäude, einen Aufenthaltsraum mit Terrasse, einen Pavillon, der gut als Tagungsraum geeignet ist, eine Bibliothek und ein Wirtschaftsgebäude mit Speiseraum. 21 Zimmer, teilweise mit Dusche und Toilette, bieten insgesamt 38 Betten. Kinder sind willkommen, und im Wald gibt es auch einen Spielplatz. Wer gerne wandert oder mit dem Rad fährt, ist hier ebenfalls am richtigen Fleck. Auch für Ausflugsfahrten in die Lüneburger Heide, nach Hamburg oder Worpsswede oder in zwei nahe Tierparks ist „Heideruh“ ein gut gelegener Ausgangspunkt. Die Hamburger Gedenkstätten können von hier aus besucht werden. Neuengamme, Fuhlsbüttel, die KZ-Gedenkstätte Bullenhuser Damm und nicht zuletzt das Thälmann-Haus sind häufig Ziele der Gäste. Wer nicht mit dem Privatauto unterwegs sein kann oder möchte, nutzt die Ausflugsfahrten mit dem heimeigenen Kleinbus. Heideruh ist auch für „RotFuchs“-Leser ein ideales Urlaubsziel. Sie müssen dort nicht einmal auf ihre Lieblingszeitschrift verzichten.

B. G.

Kontaktadresse:
Heideruh e. V., Ahornweg 45,
21244 Buchholz i. d. N., Ortsteil
Seppensen, Telefon 04181 / 8726

¡Presente!

Werner Seelenbinder – einer aus der ersten Reihe



■ Anlässlich seines 100. Geburtstags am 2. August und des 60. Jahrestages seiner Ermordung am 24. Oktober gehört diese **¡Presente!**-Seite der Erinnerung an einen aus der „ersten Reihe“, der für immer in unserem Gedächtnis ist: **Werner Seelenbinder**. Er wuchs wie Anton Saefkow und Käthe Niederkirchner in einem Berliner Proletarierviertel auf. Mit 17 Jahren kam er zur Arbeitersportbewegung. Im Jahre 1925 errang er seinen ersten internationalen Sieg auf der 1. Internationalen Arbeiterolympiade in Frankfurt/Main. Auf dem Arbeiter-Turn- und Sportfest 1926 in Wien wurde er Sieger im Mittelgewicht des klassischen Ringkampfes. 1928 fuhr er zur I. Internationalen Spartakiade der Roten Sport-Internationale nach Moskau. Die Eindrücke im Lande Lenins waren so stark, daß er nach seiner Rückkehr um Aufnahme in die Partei bat.

1933 erhielt Werner Seelenbinder den Parteauftrag, in einen faschistischen Sportverein einzutreten und alles daranzusetzen, in die Nationalmannschaft aufgenommen und Olympiakandidat zu werden. Diszipliniert führte er diesen Auftrag aus, obwohl er nun das verhaßte Hakenkreuz an der Sportkleidung tragen mußte. Er wurde sechsmal Deutscher Meister im Halbschwergewicht und fuhr als Mitglied der Nationalmannschaft nach Schweden, Dänemark, Lettland und Frankreich. Diese Reisen und auch seine Teilnahme an den Olympischen Sommer-

spielen 1936 in Berlin nutzte er für Kurierdienste und andere Aufträge der Partei. Obwohl ihm die faschistischen Sportfunktionäre mißtrauten, konnte er seine illegale Arbeit lange Zeit fortsetzen. Während des zweiten Weltkrieges schickte er antifaschistische Flugblätter an die Front. Am 4. Februar 1942 verhaftete ihn die Gestapo als aktives Mitglied der Robert-Uhrig-Gruppe; er wurde eingekerkert. Am 5. September 1944 verurteilte ihn der „Volksgerichtshof“ zum Tode. Am Tag seiner Hinrichtung, dem 24. Oktober 1944, schrieb er an seine nächsten Angehörigen: „Ich hätte so gern mit Euch, mit meinen Freunden und Sportkameraden die Köstlichkeiten und Annehmlichkeiten, die das Leben nach dem Kriege zu bieten hat und die ich jetzt doppelt zu schätzen weiß, erlebt ... Das Schicksal hat es nun leider nach furchtbarer Leidenszeit anders über mich bestimmt.“

Stephan Hermlin schrieb in seinem (von Peter Vogel 1987 verfilmten) Porträtbuch „Die erste Reihe“:

Werner war niemals Nurnsportler gewesen. Er kannte sich in der Politik aus und nahm bewußt Anteil an ihr. Niemals hatte er sich von dem Wort Nationalsozialismus täuschen lassen, hinter dem er alles wußte, was den Arbeitern und dem Sozialismus feindlich war. In der ersten großen Ringerveranstaltung nach Hitlers Macht ergreifung, an der Werner Seelenbinder teilnahm und bei der er, wie gewöhnlich, siegte, hoben am Schluß die versammelten Ringer den Arm zum Hitlergruß. Man sang das Horst-Wessel-Lied. Seelenbinder hatte die Hand nicht erhoben, und seine Lippen waren zusammengepreßt. ... Das Lied erstarb, Beifall für Seelenbinder klang auf. Werner wurde verhaftet, nach ein paar Tagen entlassen – aber man disqualifizierte ihn für ein Jahr.

Nach diesem Jahr war er noch besser geworden. Er hatte sich zu einem Künstler seines Sports entwickelt, er war ein Mann geworden, dessen Muskeln einem geübten, intelligenten Gehirn gehorchten. Er errang sofort die deutsche Meisterschaft. Er war froh, wieder öffentlich ringen zu dürfen, aber er vergaß keinen Moment, was er zu tun hatte. Er scheute nicht davor zurück, nach einem Kampf unter den Zuschauern Geld zu sammeln. Nicht viele wußten, daß dieses Geld für die Rote Hilfe bestimmt war, die die Familien der politischen Gefangenen unterstützte. Werner Seelenbinder war kein Visionär, aber er sah ganze Armeen von Sportlern ins Massengrab ziehen. Die Kulisse der Berliner Olympiade wurde vor dem täglichen Mord in den Konzentrationslagern, der Rassenhetze und einer Armada von Panzern und Bombern aufgerichtet. Als Werner Seelenbinder in die deutsche Olympiamannschaft eingereiht wurde,

erklärte er seinen besten Freunden seinen Plan: er müsse unter allen Umständen seinen; dann, bei der Siegerehrung, vor dem Mikrophon stehend, würde er der ganzen Welt die Wahrheit über das Hitlerregime ins Gesicht schreien. Er war nicht unter den Siegern. Er konnte in seiner Klasse nur den vierten Platz besetzen. Man sagt, daß Werner Seelenbinder, der, gerade weil er ein guter Sportsmann war, auch lächelnd verlieren konnte, später geweint und von seiner schwersten Niederlage gesprochen habe.

Aber seine Laufbahn war weiter erfolgreich, und er verdoppelte seine politische Tätigkeit. Er verbreitete Flugblätter, nahm Verfolgte bei sich auf und brachte sie weiter in Sicherheit, benutzte vor allem seine Auslandsreisen, die er auch nach Beginn des Krieges fortsetzen konnte, dazu, um Informationen zu sammeln und weiterzugeben und um die Verbindung zwischen der Widerstandsbewegung in Deutschland und den Emigrationsgruppen zu festigen. Man war auf ihn aufmerksam geworden. In Paris, wo er auf dem Turnier während der Weltausstellung 1937 einen großen Erfolg errang, durchwühlten Naziagenten sein Gepäck im Hotel. Auf ganz selbstverständliche Weise hatte Werner Seelenbinder sein Leben lang seine Liebe zu den Menschen und ihrer Zukunft mit der Liebe zu seinem Sport verbunden, bis er im Februar 1942 verhaftet wurde. Fast zwei Jahre lang hat er Furchtbares erduldet. Bis zuletzt zeigte er die rührende, einfache Anhänglichkeit, die er seinen Freunden und seiner Familie entgegenbrachte. Sein bereits zitierter letzter Brief aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden ist an diese Nächsten gerichtet.

„Ich habe“, heißt es darin, „in der Zeit meiner Haft wohl alles durchgemacht, was ein Mensch durchmachen kann. Krankheit, körperliche und seelische Qualen, nichts ist mir erspart geblieben. Ich weiß aber, daß ich in Eurem Herzen und dem vieler Sportkameraden einen Platz gefunden habe, den ich immer darin behaupten werde. Dieses Bewußtsein macht mich stolz und stark und wird mich in der letzten Stunde nicht schwächer finden.“

Der Berliner Ringer-Verband hat das Jahr 2004 in ehrendem Gedenken zum Werner-Seelenbinder-Jahr erklärt.

Wer sich näher mit Seelenbinder beschäftigen möchte, dem seien vor allem zwei Bücher empfohlen – beide von Walter Radetz:

– *Werner Seelenbinder. Leben, Haltung, Wirkung. Sportverlag, Berlin 1969, 128 S., mit Abbildungen*

– *Der Stärkere. Ein Buch über Werner Seelenbinder. Sportverlag, Berlin 1975, 440 S., mit Abbildungen*

W. M.

Leserbriefe an RotFuchs



Liebe Mitglieder, Sympathisanten, Autoren und Leser des „RotFuchs“. Liebe Genossen! Ich möchte Euch aus Polen herzlich grüßen. Auch bei uns wird der „RotFuchs“ fleißig und gründlich gelesen. Mein Glückwunsch aus Anlaß des 3. Jahrestages der Gründung des RF-Fördervereins. Ihr habt in dieser Zeit große Leistungen bei der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie – nicht nur in Deutschland – vollbracht.

Ich wünsche Euch weitere Erfolge in der Redaktionsarbeit, bei der schöpferischen theoretischen Tätigkeit sowie im persönlichen Leben. Ich fühle mich mit Euch eng verbunden.

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Wrocław

Das Urteil des Internationalen Gerichtshofs zur israelischen „Mauer“ besitzt einige interessante Aspekte. Es legitimiert „Mauern“ als Schutzmaßnahme jedes souveränen Staates, wenn sie auf seinem eigenen Gebiet errichtet werden, nicht aber auf durch Aggression besetztem Territorium. Das blamiert natürlich alle Kritiker der Berliner „Mauer“, die allein aus deren Existenz Schlußfolgerungen auf den Charakter der DDR ziehen wollten (insbesondere natürlich jene Heuchler, die auf einmal die israelische Mauer begrüßten).

Gerhard Rosenberg, Berlin

Nummehr ist es heraus: Wer Sperranlagen an den Staatsgrenzen auf fremdem Hoheitsgebiet baut, verstößt gegen das Völkerrecht – insbesondere die Unverletzlichkeit des Territoriums des Nachbarn, dessen Souveränität. Warum wurden die Sicherungsanlagen der DDR eigentlich nicht völkerrechtlich geächtet? Ganz einfach: weil sie in keinem Falle auf dem Gebiet der alten BRD oder Westberlins verliefen. Was wäre wohl geschehen, wenn die DDR einfach ihre Sicherungsanlagen am Westufer der Elbe oder am Dassower See, am Stadtrand von Lübeck oder gar über die vom Völkerrecht geschützte „Linie der Staatsgrenze“ hinaus gebaut hätte?

Die Staatsgrenze der DDR war nicht mit den Sicherungsanlagen identisch. Die DDR wahrte immer einige Meter Zwischenraum zwischen der völkerrechtlichen Staatsgrenze und den staatsrechtlich geregelten Sicherungsanlagen. Selbstverständlich darf Israel auf seinem Staatsgebiet alles machen, auch Sicherungsmauern von neun Metern errichten ..., aber nicht auf dem Territorium oder Hoheitsgebiet seiner palästinensischen Nachbarn.

RA Dr. Klaus Emmerich, Crivitz

Der Beitrag in Nr. 77 des RF unter dem Titel „Rumsfelds Folterkammern“ veranlaßt mich zu folgender Anmerkung: Die von den USA nach Bekanntwerden der Folterungen in Irak zum Ausdruck gebrachte Entrüstung erweckt den Eindruck, als habe es derartiges in der jüngeren Geschichte jenes Landes nie gegeben. Es sei deshalb daran erinnert, daß bereits im Korea-Krieg und später in Vietnam solche Greuelthaten von US-Militärs an der Bevölkerung verübt wurden. Erschütternde Folterberichte gaben Zeitzeugen im Februar 1951 auf einer Tagung des Rates der Internationalen Demokratischen Frauenföderation.

Als die aufrechte BRD-Bürgerin Lilly Wächter im gleichen Jahr ihre Eindrücke aus Korea bei einer Reihe von Veranstaltungen in verschiedenen westdeutschen Städten öffentlich machte, wurde sie unter Protest ihrer zahlreichen Zuhörer in Stuttgart verhaftet, vor ein Gericht der amerikanischen Besatzungsmacht gestellt und in 1. Instanz zu acht Monaten Haft und 15 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Man warf ihr vor, zu Aufruhr und Unruhe gegen die US-Besatzungstruppen angestiftet zu haben. In der Berufungsinstanz wurde sie vom britischen Kronanwalt D. N. Pritt

und DDR-Rechtsanwalt Dr. F. K. Kaul verteidigt. Diese konnten zumindest erwirken, daß ein Teil der Anklagepunkte fallengelassen wurde. Dennoch mußte Lilly Wächter für einige Monate ins Gefängnis. Nach ihrer Haftentlassung setzte sie den Kampf für den Frieden und die Wahrheit über die USA-Verbrechen in Korea fort.

RA Ralph Dobra, Gotha

Ich bin sehr froh, den „RotFuchs“ kennengelernt zu haben. Ich möchte ihn auf keinen Fall mehr missen. Zufällig kam ich durch eine Annonce im ND an ihn heran. Zufällig deshalb, weil ich aus finanziellen Gründen keine Tageszeitung halten kann. Ich lese das ND zeitlich versetzt aus dritter Hand und bekomme es alle drei bis vier Wochen von meinen Eltern. Auch mein Freund ist vom „RotFuchs“ begeistert und kann das nächste Exemplar kaum abwarten. (...)

Ganz besonders haben mich die Beiträge von ev-luth. Theologen Peter Franz interessiert. Man könnte sie getrost jedem Kirchgänger empfehlen, doch nicht nur ihm.

Ich lese den RF zwei-, drei- und manchmal sogar viermal, ehe die nächste Ausgabe eintrifft. Vielleicht gewinnt Ihr auch weitere Leser durch die politische Satire, denn manche Menschen verstehen Zeichnungen und Karikaturen besser als Texte.

Sobald es mir meine finanziellen Verhältnisse erlauben (ich erhalte weder ALG I noch ALG II noch SH!), werde ich einen Antrag auf Mitgliedschaft im Förderverein stellen.

Wilfried Durand, Unterwellenborn

Leider habe ich von der Existenz des „RotFuchs“-Fördervereins bis zum 1. Juli 2004 nichts geahnt. Durch einen ehemaligen Major der NVA bekam ich die erste Zeitung in den Schwarzwald geschickt. Bisher war ich als sogenannter Einzelkämpfer aktiv. Im Raum Nordschwarzwald sind viele junge Menschen aus den „neuen Bundesländern“ ansässig geworden, um einer Arbeit nachgehen zu können. Dies ist eine gute Basis, auch im erzscharzen Baden-Württemberg einen „Kessel“ zu bilden. Meine bisherigen Kontakte begrenzten sich auf die Lehrerschaft und Sportler. Ich selbst bin im 60. Lebensjahr, wurde im Januar 1945 in Dresden geboren. Die Geschichte unserer DDR habe ich selbst miterlebt, ich war bis zur „Wende“ Offizier der bewaffneten Organe. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den „RotFüchsen“.

Günter Lorenz, Bad Herrenalb

Den „RotFuchs“ schätze ich als eine wichtige unverdächtige Quelle für Infos zur Festigung linken Gedankenguts. Man kommt sich heute sehr einsam vor, sogar wenn man unter sogenannten Linken weilt, was vor allem für die PDS zutrifft. Am Tage, als Schröder 1998 gewählt wurde, habe ich nach mehr als 30 Jahren Mitgliedschaft die SPD verlassen. Ich ahnte, daß sich meine Erwartung an die SPD und die Grünen, nur durch und mit ihnen würde sich die arbeiterfeindliche Entwicklung umkehren lassen, keinesfalls erfüllen werde. (...)

Ihr Bericht in Nr. 77 über die EU-fromme Gründung der Europäischen Linkspartei hat mir deutlich gemacht, daß ein Verlassen der Positionen des Sozialismus eigentlich immer im Verrat an den Positionen einer menschlichen, sozial gestalteten Welt enden wird. Ich habe die Geschichte der Sozialdemokratie aufmerksam studiert und kann mir keine größeren Verräter an der Sache vorstellen als die Führer der SPD – angefangen von Bernstein über Ebert, Noske, Kautsky und Helmut Schmidt (der übrigens Noske einmal als Vorbild bezeichnete und auch heute noch die Fäden zieht, z. B. bei der sogenannten EU-Verfassung). Ein Herr Schröder, der Rudolf Dressler – das soziale Gewissen der SPD – wie einen rüdigigen Hund abfertigte, ist sich nicht zu schade, dafür den schlimmsten Revanchisten als willfähriger Erfüllungsgehilfe zu dienen. Dieser SPD kann und darf man nicht nähertreten, ohne selbst deformiert oder verraten zu werden – wahrscheinlich aber beides. (...) Der im gleichen Juni-Heft abgedruckte Bericht von Fidel Castro hat mich zu diesem Brief angeregt, denn ich denke da genauso wie er. Aber

auch den im Kasten gedruckten Ausspruch gegen das Herumtragen eines Dogmas wie eine Monstranz auf dem Kreuzgang würde ich gern unterschreiben. Lernen wir doch von Fidel Castro, zumal das auch im wohlverstandenen Sinne von Marx und Engels wäre.

Eberhard Wendt, Kelmis (Belgien)

Mit großem Interesse habe ich den Bericht von Wolfgang Mäder über das Auftreten von Prof. Hans Heinz Holz in Nr. 78 des RF gelesen. Die Möglichkeiten zur Entstehung partieller revolutionärer Situationen zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehe ich auch so. Die Erinnerung an die Merkmale einer Revolution ist äußerst wichtig. Auf dem Wege zum Sozialismus stellt die Beseitigung des Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln nur einen Schritt dar – es geht um „die Negierung der gesellschaftlichen Grundstrukturen in ihrer Gesamtheit“. Die Revolution wird also begleitet sein von einer Vielzahl evolutionärer Prozesse. Somit ist die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse ein äußerst langwieriger Vorgang, der immer wieder durch kapitalistische Einflüsse gestört wird.

Durch meine Tätigkeit als Ökonom in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Investitionen auf betrieblicher Ebene habe ich die vielfältigen Probleme, die mit der Organisation, Planung und Leitung des gesellschaftlichen Eigentums verbunden waren, kennengelernt. Erst nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann sich der Mensch als wichtigste Produktivkraft den neuen Herausforderungen im Denken und Handeln anpassen. Gerade hierin sehe ich aber auch die große Gefahr des Zurückbleibens hinter eingefahrenen kapitalistischen Strukturen.

Margot Falk, Schulzendorf

Die Nr. 77 enthält einen informativen Beitrag von Dr. Vera Butler über „Scharons Atombomben“. Meine Anerkennung und eine ergänzende Bemerkung: Die in dem Artikel genannten nuklear aufrüstbaren U-Boote sind Boote der Dolphin-Klasse. Sie wurden in der BRD gebaut. 1999 verschenkte die Schröder-Regierung zwei, im Jahre 2000 ein weiteres Boot an Israel. Und das, obwohl die Entsendung von Kriegswaffen in Spannungsgebiete ausdrücklich verboten ist. Von der deutschen Kassenlage mal ganz abgesehen. Nun war „Verteidigungsminister“ Struck gerade in Israel. Scharon würdigte Deutschland als einen der besten Freunde seines Staates in Europa und hob vor allem die sehr starken Wirtschaftsverbindungen im Sicherheitsbereich hervor, also gemeinsame, rechtlich zumindest bedenkliche oder illegale Rüstungsaktivitäten. Und dann kam Scharon noch auf die seit Monaten geäußerte Bitte nach zwei weiteren U-Booten der Dolphin-Klasse zurück. Israel möchte auf lange Sicht drei U-Boote im Mittelmeer und drei im Roten Meer stationieren. Es wolle sich eine Zweitschlagskapazität mit unkonventionell munitionierten Marschflugkörpern sichern. Die Atommacht am östlichen Mittelmeer könne sich so gegen Angriffe aus Iran oder anderen Ländern ähnlicher Entfernung verteidigen. Und was sagt Struck? Einerseits dürfe Deutschland keine Waffen in Spannungsgebiete entsenden, zum anderen aber habe Berlin ein Interesse daran, die Machtverhältnisse im Mittelmeerraum zu stabilisieren. Eine deutsche Finanzierung sei allerdings ausgeschlossen, da es an Geldern dafür fehle ...

Ich denke, wenn die Bundeswehr uns schon am Hindukusch verteidigt, werden doch noch zwei U-Boote für den Frieden im Mittelmeer drin sein. Wetten, daß ...?

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Das Juli-Heft war wieder inhaltlich toll und lesenswert. Und es fällt mir wirklich schwer, aus der Vielfalt interessanter Themen und ihrer Bearbeitung eines herauszuheben. Nur so viel: Dem Leitartikel „Unsere Farbe“ kann ich Wort für Wort zustimmen, insbesondere dann, wenn nötige Auseinandersetzung mit Achtung und Respekt vor dem Andersdenkenden verbunden wird, wie sie unser „RotFuchs“ beispielhaft praktiziert. Ein Genosse – gleich welcher Partei

oder Auffassung – muß uns immer näherstehen als ein geschworener Gegner der Linken, und das muß man bei aller Meinungsverschiedenheit stets spüren. Also seid auch künftig weder zahn- und farblos noch persönlich diffamierend!

Was mich so empört, ist die Infamie und Frechheit, mit der das Kapital und dessen politische Kostgänger über die kleinen Leute herfallen und immer neue Sozialopfer herauspressen. Das hätten sie sich zu Zeiten der Existenz des Sozialismus in dieser Brutalität nicht erlaubt. Da branzten sie noch mit der „sozialen“ Marktwirtschaft, mit 35-Stunden-Woche, hohem Lohnniveau und viel bezahltem Urlaub, um uns das „bessere System“ vorzuführen. Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz ist das völlig anders. Und der „Mann des großen Geldes“, Bundespräsident Horst Köhler, meint sogar, daß wir alle noch mehr „Mut zu Reformen“ haben und uns auf noch größere soziale Härten einstellen müßten. (...) Ich habe weder vom „Präsidenten aller Deutschen“ noch von CDU, SPD und FDP oder gar den Wirtschaftsbossen gehört, daß auch die Wohlhabenden dieser Gesellschaft einen Beitrag zum „Aufschwung“ leisten und zugunsten der Allgemeinheit auf Teile ihrer irrational hohen Managergehälter, Beamtenbezüge, Diäten, Ruhegelder und Aufwandsentschädigungen freiwillig verzichten sollten.

R. Kaschewsky, Eisenach

Vielen Dank für die dauerhafte Zusendung Eurer Zeitschrift. Ich bin in der DKP engagiert und gehe von dem Gedanken aus, daß nur im Sozialismus Gerechtigkeit möglich ist. Im praktischen Wirtschaftsalltag erlebe ich fast täglich die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems. Ich träume davon, daß sich „die Linke in Deutschland“ nicht gegenseitig in der theoretischen Frage des richtigen Sozialismus zerfleischt, zugleich aber Grenzen zieht, die z. B. Teile der PDS längst überschritten haben.

Jemand, der seit drei bis vier Jahren in der DKP aktiv ist, wünscht Euch, daß Euer Bemühen, positive Werte der DDR immer wieder in das Bewußtsein der Menschen zu rufen, von Erfolg gekrönt sein möge. Es darf nicht dazu kommen, die Uneinigkeit der Linken, die nur zum Erstarken des politischen Gegners beiträgt, zu fördern.

Ich jedenfalls lese den „RotFuchs“ – auch im Westen – mit großem Interesse und werde mit einer Solidarspende dazu beitragen, daß es Euch hoffentlich noch lange gibt – vielleicht mal unter Zusammenführung zu einer großen linken einigen Gruppe/Partei, vor der die heutigen Machthaber politisch Angst haben müssen. Das wäre mein Wunsch.

Werner Bischoff, Reinheim

Wie immer enthielt auch der April-„RotFuchs“, zu dem ich jetzt noch einmal griff, für alle Leser, die sich als Interessenten an einer Brechung der imperialistischen Hegemonie verstehen, ein sehr nahrhaftes geistiges Futter. Ich bin jedoch beim Vergleich zweier Beiträge auf einen (scheinbaren?) Widerspruch gestoßen, den ich gern geklärt sehen würde. Zu den Führungskreisen imperialistischer Macht schreibt Dr. Rudolf Druх in seinem Beitrag „Notschrei in letzter Minute“: „Abgeschirmt von der Öffentlichkeit, in durch ihre Privatpolizei abgesicherten Kommandozentralen, stützen sich die neuen ‚Weltlenker‘ mehr denn je auf die Beherrschung der Informations- und Kommunikationsmittel.“ Dazu steht in einer gewissen Spannung, was Prof. Dr. Werner Roß in seinem Artikel „Von Stümpfern regiert?“ feststellt: „Es bedarf keiner piffigen Parodie, um zu wissen, daß die Herrschenden von den durch sie nicht mehr kontrollierbaren Ereignissen nur noch getrieben werden. Ursächlich hierfür ist die Tatsache, daß der Kapitalismus eine ziellose und unbeherrschbare Dynamik voll tiefer Irrationalität entwickelt, was zwangsläufig zu einer gesellschaftspolitischen Blindfahrt führt.“ Beherrschen imperialistische Kreise (Journalisten, Medienpolitiker, Wirtschaftskapitäne, Hochschullehrer usw.) die Medien, oder werden sie von ihnen und ihren Trugbildern beherrscht? Sind sie Treibende der neoliberalistischen Profiterweiterung (Druх) oder sind sie Getriebene

(Roß)? Steckt hinter der weltweit agierenden Finanzwelt und deren Protagonisten ein rationaler Herrschaftswille, oder sind sie Gefangene einer irrationalen Blindfahrt? **Peter Franz, Weimar**

Es gab Zeiten, da wurde Schrott als wertvoller Sekundärrohstoff gesammelt, und die Abnehmer bekamen dafür – und auch für anderes Altmaterial – sogar noch etwas Geld. Schließlich war das Aufbereiten von Eisenschrott in der Regel kostengünstiger als das Gewinnen und Transportieren von Eisenerz, das Herstellen von Roheisen und seine Weiterverarbeitung. Auch die Verwendung von Altpapier statt Bäumen war etwas Normales. Früher gab es Pioniere, die Sekundärrohstoffe verschiedener Art sammeln und zu SERO brachten. Das Geld, das sie dafür erhielten, stärkte die Klassenkasse für die nächste Fahrt. (...)

Heute ist alles ganz anders. Ist es besser? Der Grubenbesitzer erhält für das verkaufte Erz Geld, anteilig viel mehr als seine Bergleute. Der Hüttenbesitzer erhält für das verkaufte Roheisen Geld, viel mehr als anteilig seine Schmelzer. Der Holzgroßhändler erhält für das verkaufte Holz Geld, viel mehr als anteilig die Holzfäller. Und zwischen allen Rohstoffgewinnern und Warenherstellern gibt es noch viele Transportunternehmer, Makler, Banker, Anwälte, Zwischenhändler und Lagerhausbesitzer, die alle ihre Scheibe abschneiden wollen, anteilig viel mehr als das, was die Arbeitenden erhalten. Deshalb wurde SERO abgeschafft.

Günter Werzlau, Taucha

„Ob erzkonservativ oder linksradikal – irgendwo hat sie doch fast jeder lieb: diese ‚taz‘ ...“ Ich glaubte, nicht richtig gelesen zu haben, als ich diese krasse Fehlinformation über Entstehen und Wirken jener Zeitung als Unterzeile im ND zu Gesicht bekam. Nicht mit der hiesigen Pressegeschichte vereinbar, werden Jüngere so in die Irre geführt. Wahr ist dagegen: Vor 25 Jahren war vor Lancierung der „taz“ in Westberlin die erfolgreiche Publikation progressiver und linker Gewerkschafter, der kleinformatierte „Extra-Dienst“, im Zuge des Aufschwungs fortschrittlicher Kräfte in die linke Zeitung „Die Neue“ überführt worden. Kaum war das neue progressive Presseerzeugnis bekannt, da wurde plötzlich die „taz“ mit viel Geld als superfreche und pseudorevolutionäre Nachgründung aus der Taufe gehoben. Auf diese Weise dividierte man die in der Neuformierung befindliche Linke durch scheinbar radikales Übertrumpfen auseinander. Mangels finanzieller Mittel mußte „Die Neue“ in der Folge ihr Erscheinen einstellen. Generationen von „taz“-Schreibern aber wurden ungeachtet des Konzernboykotts gegenüber linken Journalisten von großen bürgerlichen Zeitungen mit offenen Armen aufgenommen.

Fritz Teppich, Berlin

Die Erinnerung an die fürsorgliche Arbeit des bundesdeutschen Verfassungsschutzes im Leitartikel des Juli-RF ruft in mir das Bild eines Freundes wach, der in den 70er Jahren unter dem Damoklesschwert eines Berufsverbotes lebte und seither dem Freiheitsbegriff in seiner BRD-Prägung sehr skeptisch gegenüberstand. Er litt einfach unter der ständigen Fürsorge des Verfassungsschutzes. Inwieweit die Huld eines solchen „Schutzes“ zu einem psychisch bedingten Tod führen kann, vermochten damals die Ärzte nicht zu beantworten. Mir liegt viel daran, jungen Menschen Mut zu machen, aufkommender Fürsorge irgendwelcher „Schützer“ das aktive Wissen eines Marxisten entgegenzusetzen, daß Solidarität stärker ist als konservative Machterhaltung.

Hans-Rolf Müller, Hamburg

In der Juli-Ausgabe spricht mir der Leitartikel so richtig aus dem Herzen: „Ohne Vergesellschaftung der grundlegenden Produktionsmittel, ohne im revolutionären Kampf errungene politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten wird es keinen Sozialismus geben“, heißt es dort.

Ich bin noch Mitglied der PDS, fühle mich aber immer unwohler, da auch in den „Thesen zur

strategischen Weiterentwicklung der PDS“ vom 22. Juni 2004 die Zielrichtung Sozialismus nicht mehr enthalten ist. Die PDS will sich „als sozialistische Bürgerrechtspartei (entwickeln), die Freiheit und soziale Gerechtigkeit als zwei Seiten einer Medaille betrachtet und für die weitere Demokratisierung von Staat und Gesellschaft sowie das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur eintritt“. Politische Macht und Eigentum an Produktionsmitteln sollen demnach dort bleiben, wo sie gegenwärtig sind: in der Hand des deutschen Großkapitals. Oder verstehe ich das falsch? **Irmgard Weichert, Berlin**

In der Juli-Ausgabe ist mein Artikel zu Willi Bleicher abgedruckt. Darüber freue ich mich. Aber: Obwohl ich mich an die vorgegebene Zeichenzahl gehalten habe, wurde dieser Artikel redaktionell gekürzt – und zwar dort, wo es in der Geschichte der KPD sehr kritisch wird, was jedoch für den Weg Bleichers sehr wichtig ist. Ich erwarte, daß in der nächsten Ausgabe des RF vermerkt wird, daß mein Artikel ohne Rücksprache mit dem Autor redaktionell gekürzt wurde. Die Fehlinformation, daß die DGB-Spitze – statt der IGM-Spitze – Bleicher degradiert hat, geht auf das Konto der Redaktion, also der Kürzer. **Herbert Münchow, Leipzig**

Bemerkung der Redaktion
Wir entschuldigen uns für Irrtümer und Versäumnisse. Die geringfügigen Kürzungen betreffen Passagen, in denen eine Einschätzung der Politik der KPD aus der Sicht der KPO vorgenommen wurde.

Zum Leserbrief von Konstantin Brandt, Pinnow, möchte ich folgendes bemerken. Unsere Informationen zu den beiden Dschungelheimen im Kreis Parchim beziehen wir aus persönlichen Besuchen dort. Sie wurden auch gefilmt und fanden im Januar 2004 statt. (...) Der „RotFuchs“ ist keine Tageszeitung und konnte deshalb die aktuelle Veränderung im Lager Peeschen, das aufgelöst wird, nicht benennen. Das ändert aber nichts an der nach wie vor bestehenden Praxis der Absonderung von Flüchtlingen. Das Lager Tramm gilt weiterhin als Synonym für deren Unterbringung.

Unser Artikel basierte auf Aktivitäten und Berichten der „Karawane“. Bei ihr handelt es sich um einen bundesweiten Zusammenschluß von Flüchtlingen, Flüchtlingsorganisationen und BRD-Bürgern. In diesem Rahmen führen wir seit längerem eine Kampagne gegen die noch existierenden Dschungelheime. Hat Konstantin Brandt einmal überlegt, ob Veränderungen auch Ergebnis einer solchen Arbeit sein könnten?

Wir treten z. Z. gegen die „Residenzpflicht“ von Flüchtlingen auf, die sich nur in einem bestimmten Kilometerumkreis oder Landkreis bewegen dürfen. Je nachdem, wie die Behörde befindet. Damit können sie nicht an zentralen Demonstrationen oder bundesweiten Treffen teilnehmen. Wir setzen uns auch für eine Kampagne zugunsten der togogischen Flüchtlinge ein, in deren Heimatland eine Diktatur herrscht. Im Mai wurden von vier Abschiebeflügligen auch bekannte Oppositionelle aus Togo betroffen. Zuvor konnten mehrere Deportationen verhindert werden. Wir unterstützen schließlich den Hungerstreik eines iranischen Flüchtlings, eines Sozialisten, der abgeschoben werden soll.

Ich selbst habe beruflich mit Flüchtlingen gearbeitet und kann nicht nachvollziehen, wieso Konstantin Brandt das einzelne Beispiel einer Verbesserung der Situation ihrer Lage so hervorhebt und verallgemeinert. Hat er Afrikaner einmal in einer offenen Atmosphäre befragt, ob sie sich hier so aufgenommen fühlen, wie man andere empfängt? Warum werden Asylbewerber, die oftmals acht Jahre in diesem Status leben, nicht in Wohnungen untergebracht? (...) Ich bin bestürzt, daß im „RotFuchs“ ein solcher Leserbrief veröffentlicht wurde. Ich und meine

Freunde können dessen Intentionen nicht nachvollziehen.

K. W., Hamburg
(Der volle Name ist der Redaktion bekannt.)

Nun sind sie vorbei, die Feierlichkeiten zu Ehren des „Arbeiteraufstandes“ am 17. Juni 1953. In diesem Jahr gab es nicht so viel öffentliches Getöse. Doch wiederum stellt sich mir die Frage: Wie kann es sein, daß die Feinde aller Arbeitertraditionen einen „Aufstand der Arbeiter gegen höhere Arbeitsnormen“ mit einem derartigen Freudentaumel begleiten? Wäre ihnen eine solche Streikwelle seinerzeit in der BRD begegnet, hätten sie mit Gewißheit die Westalliierten gebeten, ihren Kapitalismus zu retten. Und es wären viele Menschenleben zu beklagen gewesen. Bei Demonstrationen im Ruhrgebiet, die viel harmloser waren, wurde in die Menge geschossen. Schließlich ist Philip Müller nicht auf einer Bananenschale ausgerutscht, sondern von einer Polizeikugel getroffen worden. (...)

Vor kurzem wurde ich gefragt, ob es heute noch möglich wäre, angesichts der derzeitigen Not und Armut hier im Osten einen solchen „Aufstand“ zu organisieren. Meine Antwort lautete: Nein, das ist nicht möglich. Erstens wären sowieso nur einige Linksradikale und Alternative dazu zu bewegen. Und die politische Polizei würde aus lauter Solidarität vielleicht noch ein paar Achtgroschenjungen beisteuern. Zweitens: Wer soll uns wie 1953 solche Mengen nagelneuer Maureranzüge mit Banditen darin als Verstärkung schicken? **Gerd Brunecker, Berlin**

Zu den Beiträgen „Die Wohnung als Ware“ von Hans Rehfeldt, „Fragen einer Frau vom Jahrgang 38“ und „Die Zweifel des Dr. Singh“ sowie zum Leserbrief von Dieter Bartsch, Berlin, die die Wohnungsfrage betreffen, möchte ich folgendes anfügen: In der Tat war die Wohnung in der DDR ein Sozialgut. Daher wurden Wohnungen nach Bedürftigkeit verteilt. Es gab lange Wartezeiten. Als junge Single hatte man keine Chance, das Elternhaus zu verlassen. Junge Ehepaare, oft schon mit dem ersten Kind, lebten in Jugendzimmern bei den Eltern oder anderen Verwandten. Da es in der DDR Arbeit und Einkommen für jeden gab, war diese Situation frustrierend. Einerseits war es positiv, daß Strafgefangene bei Entlassung einen Wohnungsanspruch hatten. Andererseits kam aber auch Neid auf bei vielen ehrlichen Menschen, die ihrer geregelten Arbeit nachgingen. Man müsse etwas anstellen, um so zu einer Wohnung zu gelangen, wurde gesagt.

Ein gewaltiger Fortschritt gegenüber kapitalistischen Ländern war die Beseitigung der Obdachlosigkeit. Doch das Recht auf Wohnraum bedeutete noch nicht das Recht auf eine eigene Wohnung. Besonders bitter war, daß Eltern oder Schwiegereltern, die die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR ablehnten, so auf erwachsene Kinder, die positiv zu ihr standen, Druck ausüben konnten, da ja eine Abhängigkeit bestand. (...)

Noch eine weitere Bemerkung. Meiner Ansicht nach wären kostendeckende Mieten sinnvoller gewesen, um den Verfall von Wohnungen zu vermeiden und mehr neue bauen zu können. Höhere Mieten hätten durch höhere Löhne und Gehälter ausgeglichen werden können. Auch durften private Hauseigentümer nur Sozialmieten verlangen, wodurch sie außerstande waren, ihre Immobilien zu erhalten. (...)

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Zwei Autoren hat mir der RF nahegebracht. Das sind der Herr Lenin und der Herr Hacks. Meine verblichene Wochenzeitung hat das nicht geschafft. „Der Lümmel aus Astrachan“ war ein Spötter von großem Ernst und Hacks selbst ein Genuß. Beiden fehlte so ganz der Opportunismus. Sie waren flexible Denker ohne Rücksicht auf die eigene Person. Unseren „RotFuchs“-Sympathisanten aus dem Umfeld der PDS würde ich gern ein Büchlein „Das Hemd

der Königin“ auf Wunsch gekürzt (Peter Hacks, Eulenspiegelverlag) empfehlen.

Ron Wiesner, Dahlen (Sachsen)

Mit den Ausführungen von Bernhard Wartke und Prof. Horst Schneider zu den Ereignissen des 20. Juli 1944 habet Ihr wieder mal ein Thema aufgegriffen, welches vom Zeitgeist mißbraucht wird. Da ich mich seit Jahrzehnten dafür interessiere, möchte ich auf zwei bedeutende Publikationen hinweisen, die aus christlich-humanistischer und marxistischer Sicht bis heute ihre Bedeutung behalten haben. Dies ist das Buch von Daniil Melnikow „20. Juli 1944 – Legende und Wirklichkeit“, dessen erste Auflage bereits 1964 im VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, erschien, und das Buch von Kurt Finker und Annerose Busse „Stauffenberg und der 20. Juli 1944“, welches im Union Verlag, Berlin, von 1967 bis 1975 fünf Auflagen und zum 40. Jahrestag 1984 eine sechste, überarbeitete Auflage hatte. Ich erwähne dies deshalb, weil in heutigen Publikationen beide Bücher nicht mehr aufgeführt werden. Leider ist das auch bei „Claus Schenk Graf von Stauffenberg – Der Täter und seine Zeit“ von Hans Bentzien der Fall. Es kam 2004 im Verlag Das Neue Berlin heraus. Ich weise auf die Erscheinungsjahre der beiden erstgenannten Werke hin, weil z. B. der jetzige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern 1994 öffentlich kundtat, daß endlich auch die Jugend seines Bundeslandes über die Helden und Ereignisse des 20. Juli 1944 Kenntnis erhalte. Herr Ringstorff muß in den 12 Jahren, in denen er die sozialistische Schule der DDR besuchte, beim Geschichtsunterricht häufig gefehlt haben. **Konstantin Brandt, Pinnow**

Nach einigem Zögern habe ich mich entschlossen, den „RotFuchs“ zu abonnieren. Mein Grund ist eindeutig. Ich bin für eine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte der DDR, einschließlich ihrer Sportpolitik. In der heutigen Medienlandschaft, eingeschlossen die Zeitung „Neues Deutschland“, ist dies kaum möglich. Und wenn, dann mit Entstellungen, Halbwahrheiten und Lügen. Ungenehme Beiträge fallen einfach unter den Tisch. Im „RotFuchs“ sehe ich eine Tribüne, um Standpunkte ehrlich auszutauschen und Debatten zu führen.

Ich möchte die Leser des RF auf eine Informationsbroschüre der Arbeitsgruppe Sport bei der GRH hinweisen. Sie ist im Mai 2004 erschienen und enthält einen Artikel von Prof. Dr. Günter Erbach „Politische Strafverfolgung gegen den DDR-Leistungssport“, außerdem einen Beitrag von mir zum „Dopingopfer-Hilfegesetz“ des Bundestages. Das Material kann bei der Geschäftsstelle des GRH-Vorstandes, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, bestellt werden.

Erhard Richter, Berlin

Vor 15 Jahren – am 21. September 1989 – wurde auf dem Tolkewitzer Friedhof in Dresden Genosse Fritz Johnne beerdigt. Er war Spanienkämpfer, General der NVA, Chef der Militärakademie und schließlich Botschafter der DDR in Kuba. Er berichtete, der letzte Ausländer gewesen zu sein, der mit Che Guevara vor dessen Ausreise nach Bolivien sprechen konnte. Er habe ihm gesagt, er sollte den Kampf nicht aufnehmen, denn in dem Andenland bestünde keine revolutionäre Situation.

Ich möchte hier an Fritz Johnne, einen exemplarischen Vertreter des guten Deutschland DDR, erinnern. **Dr. Heinz Senenko, Sebnitz**

Angeregt durch den Leserbrief von Horst Rocktäschel aus Erfurt (Juli-RF) möchte ich über Aktivitäten unseres seit 1991 bestehenden Magdeburger Vereins „Solidus“, dessen Vorsitzender ich bin, kurz berichten. Sicher ist diese Darstellung kein Einzelbeispiel dafür, wie Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins in den verschiedensten Verbänden, Organisationen, Parteien usw. wirken. Was haben wir u. a. getan? Wir werteten regelmäßig RF-Beiträge für die Mitglieder unseres Vereins aus, berieten uns seit Jahren mit den verschiedensten Verfechtern ähnlicher Positionen, verfaßten Protestschreiben an die Bundesregierung,

einzelne Minister, Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Ausschüsse sowie an die Landesregierung Sachsen-Anhalts. Unsere Mitglieder beteiligten sich an Unterschriftensammlungen und Postkartenversand, nahmen an Großdemonstrationen teil und erarbeiteten eigenes Agitationsmaterial. Nicht zuletzt trat „Solidus“ gegen Rentenungerechtigkeit und Rentenstrafrecht auf.

Werner Wild, Magdeburg

In Deutschland gibt es hochintelligente Menschen, die nur deshalb sprachlos sind, weil ihnen die passenden Worte fehlen. Auch Karl Marx war ein deutschsprachiger Wissenschaftler, der einfache Zusammenhänge so erklärte, daß auch derjenige sie verstehen konnte, dem der höhere Bildungsweg verschlossen war.

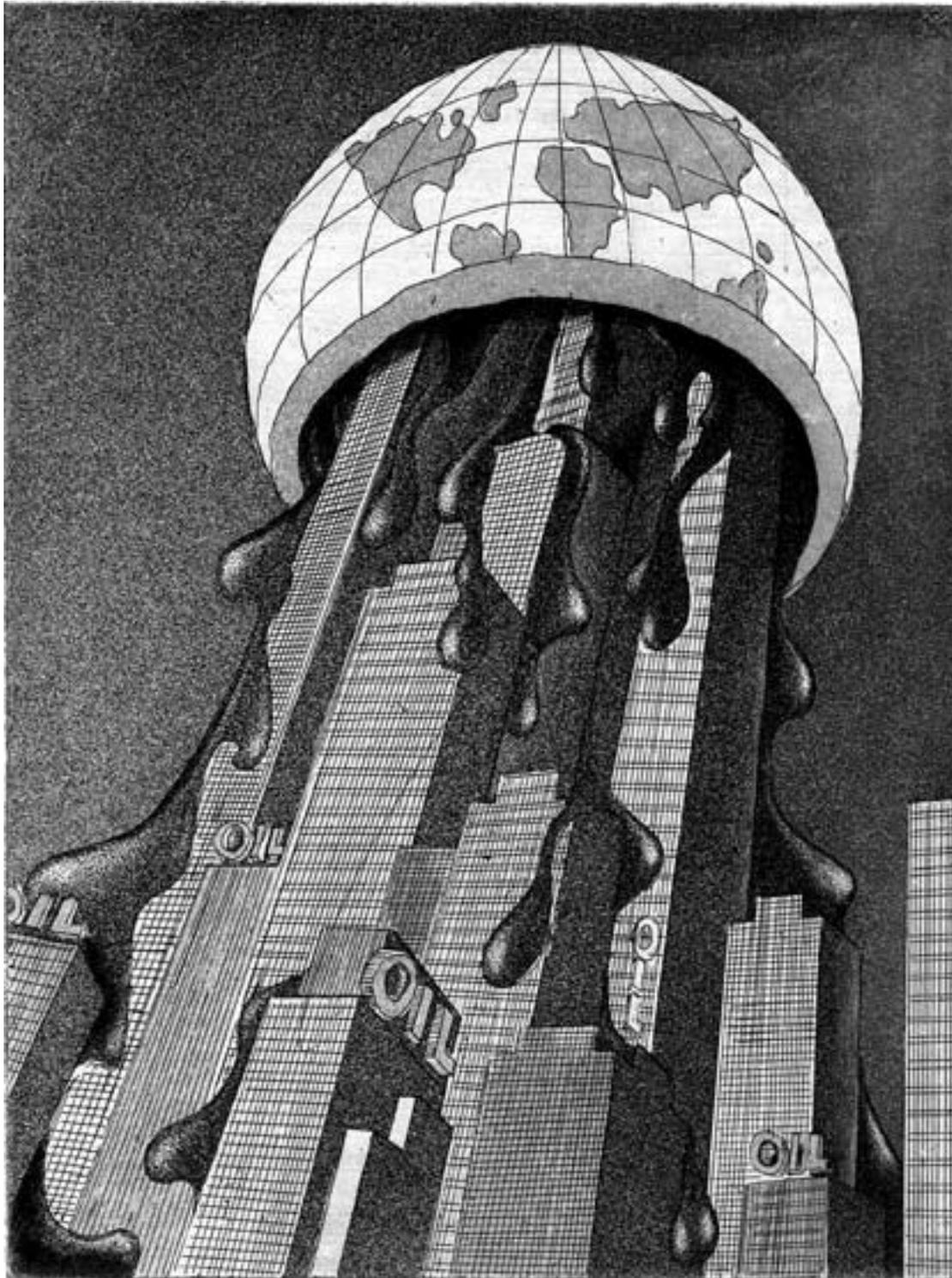
Es ist noch heute in Deutschland so (und höchstwahrscheinlich auch in allen anderen Ländern), daß die Wahrheiten zwar bekannt und sogar vielen zugänglich sind, aber deren Sprache ist nicht mehr verständlich. (...)

Die Frage wird immer wieder gestellt: Was machen wir falsch, wenn die anderen nicht von unserer Idee zu begeistern sind? Nach meiner Ansicht ist es einfach nur die falsche Sprache, die wir benutzen. Karl Marx mußte mit seiner Zeit gemäßen Worten die Proletarier ansprechen. „Ein Gespenst geht um in Europa“ ist das klassische Beispiel, das diese Sprache verdeutlicht.

Heutzutage ist diese Formulierung ein Begriff für Eingeweihte, der aber nicht mehr die Wirkung hervorbringt, die Marx damit bezweckte. Wer jetzt von Kapitalisten spricht, outet sich sofort als Linker, dem man höchstens noch interessiert zuhören wird, der aber um Gottes Willen auf Distanz bleiben möge. Wenn ich aber im Gespräch mit Arbeitskollegen, Verwandten oder Bekannten den Begriff „Scheckbuch-Mafia“ verwende, wird der Zusammenhang offensichtlich und man spricht mit mir sogar über Politik. Was ich damit verdeutlichen will, ist die Tatsache, daß seit Marxens Zeiten ein Wandel in der Sprache stattgefunden hat. Eine objektive Ursache dafür sehe ich in Entwicklungen der Naturwissenschaften, der Technik und der Gesellschaft. Eine subjektive Ursache ist die Manipulation durch die Massenmedien. Welchen Einfluß auf die Sprache die Scheckbuch-Mafia besitzt, könnte jeder aufgeklärte Mitbürger bei näherem Betrachten der Zusammenhänge selbst erkennen. Dieser Apparat der Manipulation wird sehr bewußt genutzt, um angestrebte politische (und profitorientierte) Ziele zu erreichen. **Wilfried Dessin, Karlsruhe**

Unterm Strich bleibt die PDS in der Klemme, für Gesetze verantwortlich gemacht zu werden, gegen die sie zwar ist, die sie aber dennoch umsetzen muß, schreibt Karin Nölte unter „Meine Sicht“ im ND. Muß sie, die PDS, Gesetze umsetzen, die Hunderttausende Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sowie deren Familien in eine noch bedrohlichere soziale Lage drängen? In dieser Situation ist es doch schizophoren, wenn die Bundesgeschäftsstelle des Parteivorstandes eine mehrseitige Mail an die Genossen in den Kreisen schickt, mit der diese angeregt werden, Betroffenen anhand der mitgesandten Vorlagen Unterstützung bei der Ausfüllung von Fragebögen anzubieten. Nicht die Organisation der aktuell und künftig Benachteiligten zu Protesten steht bei den Demokratischen Sozialisten auf der Tagesordnung, sondern die Frage, wie der rosa-grün-schwarze Raubzug durch möglichst mangelfreie Ausfüllung der Fragebögen unterstützt werden kann.

Die PDS ist nicht gezwungen, Gesetze umzusetzen, die sich gegen die Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und deren Kinder richten. Sie hat es in der Hand, die Betroffenen gemeinsam mit den Gewerkschaften und sozialen Bündnissen gegen diese menschenverachtende Politik zu mobilisieren. Ob sie allerdings einen solchen Paradigmenwechsel will? **Herbert Rubisch, Berlin**



Öl macht Macht

Grafik: Klaus Parche

Am **27. August** spricht der ev.-luth. Theologe
Genosse Peter Franz

um **16.30 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Berlin** über das Thema

Christentum und Marxismus

Mitglieder, Leser und weitere Interessenten sind herzlich eingeladen.

Die Regionalgruppe Strausberg

lädt für den **21. August** um **10.00 Uhr**

in die Gerhart-Hauptmann-Straße 6 ein.

Prof. Dr. Ingo Wagner, Leipzig, spricht über das Thema:

Gibt sich eine linke Partei ohne marxistische Wertorientierung auf?

Die Veranstaltung ist öffentlich.

Am **16. August** stellt **Wolfgang Herrmann** in der **Regionalgruppe Uckermark** das Buch

DDR kontra Agenda 2010

vor, das er gemeinsam mit seiner Schwester **Dr. Ute Kaden** geschrieben und bei edition ost veröffentlicht hat.

Die Veranstaltung beginnt um **18.00 Uhr** in der Gaststätte „**Cantine *******“, Güstower Straße 23, in Prenzlau.

I M P R E S S U M

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber: „RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der 15. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)

Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160759

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
rotfuchs.berlin@t-online.de

PC-Systembetreuerin:
Sylvia Feldbinder
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Bernd Koletzki